Note: Aug. 30 bound out of place after th[…]

F. M. J. Rehse Archiv […] München

176. Ausgabe 37. Jahrgang

München, Freitag, 31. August 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27460, 23695. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20647

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 80000, auswärts M. 100 000
Bezugsbedingungen siehe zweite Seite

Tagesspiegel

Neue Morde der Franzosen. — Lohnraub.

Das Echo der belgischen Note.

Einbruch in der deutschen Gesandtschaft in Budapest.

1 223 300 Arbeitslose in England.

Starke Spannung zwischen Italien und Griechenland.

Die Räumung Konstantinopels.

Die Deutschnationalen fordern die Diktatur.

Die jüdische Einheitsfront zwischen Zentralvereinlern, Zionisten und Bolschewisten

Wie unsere Leser wissen, gibt es keinen treudeutscheren Verband als den Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Diese wackere Vereinigung versendet nun auf Grund der ihr zur Verfügung gestellten riesigen Mittel ein merkwürdiges Buch an die Schulen in Württemberg und vermutlich auch in den anderen deutschen Staaten. Dieses Buch heißt: Fritz Kahn, „Die Juden als Rasse und Kulturvolk". Der Sendung war folgender Brief beigefügt: „Wir übersenden Ihnen das beiliegende Buch mit der Bitte, dasselbe nach Umlauf bei den Mitgliedern der Lehrerschaft der Schülerbibliothek einzuverleiben. Mit vorzüglicher Hochachtung Der Württembergische Landesausschuß des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, gez. Dr. med. A. Feldmann, Vorsitzender." Auf einem zweiten Blatt stand geschrieben: „Der Verfasser steht auf zionistischem, jüdisch-nationalem Standpunkt. Wir dagegen vertreten ein für allemal den Grundsatz, daß die jüdischen Deutschen national nur nach der deutschen, religiös nach der jüdischen Seite orientiert sind, worüber alles Nähere in Fuchs' ‚Im Deutschtum und Judentum' nachgelesen werden kann. Trotz dieser Verschiedenheit der Grundanschauung empfehlen wir das Kahnsche Buch, da es eine Anzahl der gebräuchlichsten antisemitischen Angriffe vorzüglich widerlegt."

Wie man sieht, hat der Zentralverein die Sache schlau eingefädelt: er betont sein „Deutschtum", verschickt aber mit dem Geld seiner Mitglieder zionistische Werke. Es wäre etwa so, als wenn ein Leser der „Frankfurter Zeitung" für den „Völkischen Beobachter" Propaganda machte.

Es lohnt sich, das Buch von Fritz Kahn genauer zu prüfen, um zu sehen, welche Gedanken der Zentralverein unter der Hand in die Hände deutscher Lehrer und Schüler einschmuggeln möchte. — Ein von den Hebräern mächtig gehaßter Mann ist Houston St. Chamberlain. Gegen ihn richtet sich zuerst ein Feuilletonistenunwetter im Stile eines Alfred Kerrs vom „Berl. Tagebl." seitens des Herrn Kahn, dann geht er auf die „Größe und Erhabenheit" freier Männer über, von denen er behauptet, daß sie die größten Juden gewesen seien. Der erste ist Moses, der zweite — — Christus, der dritte Karl Marx. In allen dreien sieht Kahn urweltliche Verkörperungen des jüdischen Gedankens, wobei uns zunächst interessiert, wie sich Herr Kahn Christus als Juden vorstellt. Er sagt: „Christus wird hier, ebenso wie späterhin Marx, als Typus gewürdigt, als Träger der in der Geschichte des jüdischen Volkes vom ersten Erzvater bis zum Kommunistenführer der Gegenwart ungebrochenen lebendigen Idee von der Errichtung des gerechten Reiches auf Erden, die in Moses, Christus, Marx nur ihre drei historisch bedeutendsten Repräsentanten gefunden hat." Es ist sicher zu begrüßen, daß auch Herr Kahn mit uns einer Meinung ist, daß die Erzgaunergestalten eines Abraham, Isaak und Jakob ungebrochen in Bela Kuhn, Lewiné und Trotzki ihr Dasein weiterfristen. Daß er Christus in die merkwürdige Gesellschaft bringt, ist für gewisse neuzeitliche jüdische Schriftsteller charakteristisch. Es ist Hebräern nämlich mit Christus ähnlich gegangen wie mit Richard Wagner: Nachdem sie seine Persönlichkeit beschmutzt und verfolgt hatten, da sie in die Tiefen des jüdischen Wesens so stark hineinleuchtete, so geben sie den Kampf schließlich auf, als Wagner sich trotz aller Anfeindungen durchgesetzt hatte. Und heute proklamieren die Juden Richard Wagner als einen der ihren, wenigstens dem Geiste nach. Nachdem der Versuch, Wagner eine jüdische Großmutter anzudrehen, nicht verfangen konnte, nachdem die Juden die Person Christi seit zweitausend Jahren in der gemeinsten Weise verlästert haben, drehen sie seit einiger Zeit den Spieß um und reklamieren Christus als den echten großen Juden ihrer Vergangenheit. Dadurch rückt die Gestalt des Erlösers notwendigerweise an die Messiasse von heute heran; Cohn macht, wie gesagt, daraus kein Hehl, und es wird geradezu herzerfrischend, wenn er weiter sagt (Seite 196): „**Heute lebend, würde Christus wieder einen Menschheitserlöser spielen (!), aber entsprechend dem veränderten Wesen der Zeit, sich anderer Propagandamittel (!!) bedienen**, als der Lehren seiner Gottesherkunft, Himmelssendung und Verkündigung des Jüngsten Gerichts. Er würde auf den Barrikaden der Kommunisten stehen." Und auf der nächsten Seite sagt Cohn: „Statt Christus könnte man als Modell für dieses Typenbild des jüdischen Weltgenies Jesaia oder Amos, statt Marx Lassalles oder Börne, Eisner oder Landauer, wenn jenen der Erfolg dieser beschieden wäre!" Nun ist nichts mehr undeutlich: Christus, die Kommunistenführer von ehute, Eisner-Kosmanowski, der Dokumentenfälscher, alle sollen aus ein und derselben Familie sein. Und auf Seite 198 heißt es: „1918 geht der Stern von Bethlehem zum zweiten Male auf, wieder steigt empor über den Dächern Judäas: Marx." ... „Die Neuzeit brach an jenem Tage an, als in Frankreich die Rufe Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit erschollen, als Marx und Engels in England das kommunistische Manifest verkündigten. Seit die Sonne unterging in jenem Kreuzigungsabend über Golgatha, hat Nacht gelegen über der Menschheit ..." „Als in Rußland auf den Trümmern des mittelalterlichen Zarenreiches der heutige kommunistische Staat errichtet wurde, schmolz man die Denkmäler der entthronten Tyrannen ein und [illegible] als erste eine Statue [illegible]

Weiterhin sieht Herr Fritz Kahn als eine „spezifisch jüdische Erlöser- und Prophetennatur, welche für das messianische Ideal des Menschheitsglückes kämpft", in Ferdinand Lassalle und fügt hinzu: „**Den Pfaden und Fahnen wandelt in unseren Tagen die Legion (!!) der jüdischen Revolutionäre nach, die seit Jahrzehnten (!) in Rußland der Sache der Freiheit dienten, und deren bekannte Repräsentanten in den westlichen Ländern Eisner, Luxemburg, Leviné, Toller, Landauer, Szamuely und viele andere geworden sind.**"

Nachdem Herr Kahn sich dann seiner Begeisterung für die Helden der Münchener Räterepublik und des Spartakusbundes hingegeben hat, schließt er seine Betrachtungen „der Passion, die ihre Opfer, ihre Helden von der Krippe zu Bethlehem zum Kreuz zu Golgatha hinführt. Zwischen der großen Passion und diesen tausend kleinen ist kein Unterschied des Wesens, sondern nur ein Unterschied des Grades, der Zeiten und der Mittel. **Sie sind der Typus der jüdischen Genialität und des jüdischen Schicksals**".

Hoffentlich gehen nach diesen Bekenntnissen nun auch den voreingenommensten bayerischen Volksparteilern endlich einmal die Augen auf über das Wesen des Zentralvereins sogenannter Staatsbürger jüdischen Glaubens. Denn durch die Bekenntnisse des Herrn Fritz Kahn werden die Geiselmörder Ungarns, Münchens und Rußlands als rassisch-national-jüdische Genies anerkannt und sie in eine Linie mit — Jesus Christus gestellt. Und dieses Buch verschickt der treudeutsche Zentralverein an **deutsche** Lehrer und Schüler! Damit ist alles gesagt nur ist es selbstverständlich, daß weder die christlichen noch die demokratischen Parteien aus diesen Erkenntnissen die Folgerungen zu ziehen wagen. Dies wird der kommende völkische Staat zu tun haben.

A. R.

Italienisch-griechischer Konflikt

Italienisches Ultimatum. — Griechenfeindliche Demonstrationen.

Wir berichteten in unserer gestrigen Ausgabe über die Niedermetzelung italienischer Offiziere, welche die griechische Bevölkerung in Albanien bei der Absteckung der Südgrenze vollführt hat. Dieser Vorfall hat in ganz Italien eine ungeheure Erregung wachgerufen und nachstehende Meldungen sind ein charakteristischer Ausfluß dieser Volks- und Regierungsstimmung. Das Ultimatum, welches Mussolini an die Regierung von Griechenland gerichtet hat, ist ein Zeichen dafür, wie sich eine nationale Regierung ihr Ansehen in der Welt zu wahren hat, ein Beispiel, welches uns leider die deutsche Regierung vor dem Kriege höchst selten geboten hat; gar nicht zu sprechen von den Vertretern des Geistes der Novemberrepublik. Das Ultimatum enthält derlei scharfe Stellen, wie sie selbst das österreichische Ultimatum an Serbien im Sommer 1914 nicht enthalten hat. Die Forderung nach dem Todesurteil für alle Schuldigen nimmt eine ganze Voruntersuchung hinweg und bekundet, daß andere Völker nicht willens sind, sich von Weltverschwörern ungestraft provozieren zu lassen. Man kann äußerst gespannt sein, welche Antwort Griechenland auf diese klaren Forderungen Italiens erteilen wird. Es liegt wieder die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung über dem Mittelmeer.

Ein scharfes italienisches Ultimatum an Griechenland

tu. **Rom**, 30. Aug. Die Agenzia Stefani teilt mit: Aus Präzedenzfällen des Mordes in Albanien, aus anderen Anzeichen und Tatsachen und aus der Gesamtheit der aus guter Quelle gesammelten übereinstimmenden Berichte ist die italienische Regierung zu der Überzeugung gelangt, daß auf die griechische Regierung außer der materiellen auch die moralische Verantwortung für den Mord fällt. Auf Grund dieser Überzeugung hat Ministerpräsident Mussolini in der Gewißheit, dem Gefühle des Unwillens des italienischen Volkes Ausdruck zu geben, den italienischen Gesandten in Athen beauftragt, der griechischen Regierung eine Note zu überreichen, in der Italien fordert:

1. Offizielle Entschuldigung in ausführlicher Form gegenüber der italienischen Regierung derart, daß die Entschuldigung der Kgl. Italienischen Gesandtschaft durch die höchste griechische Militärbehörde unterbreitet wird.

2. Abhaltung eines feierlichen Trauergottesdienstes in der katholischen Kathedrale von Athen in Anwesenheit aller Regierungsmitglieder.

3. Ehrenbezeigung für die italienische Flagge, welche durch die im Piräus vor Anker liegende griechische Flotte unserer Flottendivision, die sich zu diesem Zwecke dorthin begeben wird, durch Abgabe von 21 Salutschüssen bezeigt werden soll, während gleichzeitig die griechischen Schiffe die italienische Flagge hissen sollen.

4. Strengste Untersuchung durch die griechischen Behörden am Ort des Mordes im Beisein des italienischen Militärattachés, für dessen Person die griechische Regierung unbedingt verantwortlich ist. Diese Untersuchung muß innerhalb fünf Tagen, von der Annahme dieser Forderung an, beendet werden.

5. Todesurteil für alle Schuldigen.

6. Leistung einer Entschädigung von 50 Millionen Lire innerhalb fünf Tagen, von der Überreichung dieser Note an gerechnet.

7. Militärische Ehrenbezeigung für die Opfer des Mordes bei deren Einschiffung nach Italien.

Die italienische Regierung erwartet, daß Griechenland in kurzer Zeit auf die italienische Note antwortet.

Als Österreich 1914 ähnliches verlangte, folgte der Weltkrieg.

tu. **Paris**, 30. Aug. Das ganze Interesse der hiesigen diplomatischen Kreise ist gegenwärtig auf die Ermordung der italienischen Delegation in Janina konzentriert. Am Quai d'Orsay wird die dadurch geschaffene Lage für ernst gehalten, da Italien entschlossen ist, sich nicht mit einer bloßen Entschuldigung Griechenlands zufrieden zu geben. Der hiesige italienische Botschafter wurde beauftragt, sich mit der französischen Regierung in Verbindung zu setzen. Man rechnet damit, daß die Verbündeten gemeinschaftlich vorgehen, da die italienische Mission von der Botschafterkonferenz beauftragt war, die Südgrenze Albaniens festzusetzen. Die Lage wird dadurch kompliziert, daß außer Griechenland auch Albanien die persönliche Sicherheit der ermordeten Delegierten garantiert hatte.

Versiegelte Marschorder an die italien. Flotte

tu. **Rom**, 30. Aug. **Ein Telegramm an die „Tribuna" aus Tarento meldet: Ein Teil der italienischen Schlachtflotte, der zur alljährlichen Abhaltung der Schiffsübungen in den Gewässern von Tarento liegt, hat von Rom Order erhalten, die Manöver abzubrechen und in voller Kriegsausrüstung sich zur Abfahrt mit versiegelter Order bereitzuhalten. Die italienische Flotte hält sich bereit, in die Gewässer des Piräus abzudampfen.**

Antigriechische Demonstration in Mailand

tu. **Rom**, 30. Aug. Die durch die Ermordung der italienischen Militärkommission hervorgerufene Empörung führte gestern in Mailand zu einer Demonstration vor dem griechischen Konsulat, wo eine Gruppe junger Leute in Schwarzhemden tumultuierte. Das Konsulatsgebäude wurde beschmutzt. Auch eine Bombe wurde geworfen, die aber keinen Schaden anrichtete. Das Wappen des Konsulats wurde weggerissen und fortgetragen.

Die griechische Regierung bedauert.

tu. **Athen**, 30. Aug. Die griechische Regierung hat dem italienischen Gesandten in Athen ihr Bedauern über die Ermordung des Generals Tollini ausgesprochen. Sie gab die Versicherung, daß sie schärfste Maßnahmen ergreifen werde, um die Mörder in die Hand zu bekommen.

(Nähere Nachrichten siehe Seite 3.)

Aus dem Ruhrgebiet

tu. **Ruhrgebiet**, 30. Aug. Gestern wurden die Fabrikanlagen des „Phönix" in Hörde wieder besetzt. 600 der in französischen Diensten stehenden Arbeiter sind in den Unterkunftsräumen der Schupo einquartiert worden. Die Arbeiter haben mit dem Wegschaffen der Erzeugnisse begonnen.

tu. **Ruhrgebiet**, 30. Aug. Gestern nachmittags wurden auf dem Bahnhofe Hammerstein bei Vohwinkel 50 Personen, die im Besitz von englischen Geleitscheinen waren, festgehalten. Die Geleitscheine wurden zerrissen und die Festgehaltenen nach einigen Stunden ins unbesetzte Gebiet abgeschoben.

Ausweisungen zum Schutze der Verräter

tu. **München-Gladbach**, 30. Aug. **Es erhielten infolge der Vorgänge vom Samstag den Ausweisungsbefehl die Herren: Oberbürgermeister Gielen, Beigeordneter Wirs, der leitende Polizeiinspektor Länartz, Polizeikommissar** Frelh, Dr. Müller und Gewerkschaftssekretär [illegible] von dem christlichen [illegible] zugeschickt, um 1 Uhr mußten sie auf dem Bahnhof erscheinen, von wo aus sie ins unbesetzte Gebiet abtransportiert wurden; die Familien sollen ihnen binnen vier Tagen folgen. Die Franzosen haben auch ihr Republikschutzgesetz.

Lohnraub

Recklinghausen, 30. August. Gestern nachmittags wurde ein Lohn Geldtransport für die Zeche Schlegel und Eisen auf dem Königswall in Recklinghausen von französischen Kriminalisten für verfallen erklärt. Das Geld war einige Minuten vorher von der Reichsbank in Recklinghausen abgehoben worden. Der Beamte der Schachtanlage mußte das Geld zur französischen Kommandantur bringen, wo er eine Quittung erhielt. Die Belegschaft der Zeche konnte deshalb nicht gelöhnt werden.

Essen, 30. August. Auch heute nachmittags wurden in verschiedenen Geschäften Möbel und Teppiche von den Franzosen weggenommen. Nach einer Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" wurde am 28. August der 71 Jahre alte Landwirt Wilhelm Hülsmann in Umstand bei Kettwig durch einen Knieschuß von unbekannten Tätern verletzt. Wie der Arzt, der das Geschoß entfernte, feststellte, handelt es sich um ein französisches Militärgeschoß.

Neuer Mord

Paris, 30. August. Nach einer Aachener Meldung schoß in der Eifel eine französische Wache einen Deutschen nieder, der sich angeblich auf den Schienen aufhielt.

Das Echo der belgischen Note

Paris, 29. Aug. Zur belgischen Note nehmen die Morgenblätter nur vereinzelt Stellung. „Petit Parisien" hebt hervor, daß Belgien sich nicht darauf beschränke, die Rechte zu verteidigen, sondern daß es einen Weg aus dem Chaos heraus zeige. Die Lösung, die die belgische Note empfehle, finde sich bis auf einige Einzelheiten auch zwischen den Zeilen der letzten französischen Note. Sie bestehe darin, unter Festhaltung der Pfänder zu beschließen, daß Deutschland die Pflicht habe, nur die Materialien, durch den Krieg zu Wasser und zu Lande entstandenen Schäden wieder gutzumachen und den Rest der deutschen Schuld gleichzeitig mit den interalliierten Schulden zu streichen. — „Echo de Paris" findet, daß die belgische Note eine weitere Unterstreichung des bisherigen Standpunktes der belgischen Regierung in der Reparationsfrage ist, nämlich die enge Übereinstimmung mit Frankreich in allem, was die Besetzung des Ruhrgebietes angehe, und der Versuch einer Lösung, um durch eine Vereinbarung zwischen den Alliierten das Reparationsproblem, allgemein gesprochen, das Problem der durch den Krieg entstandenen Lasten zu lösen. — „Gaulois" findet, daß an der Note besonders interessant und neu das System sei, mit dem sie die Anwendung eines neuen Schlüssels für die Verteilung späterer Zahlungen Deutsch[lands] [illegible]

Der Dollar an 10 Millionen!

höhen und den Englands zu vermindern. Es sei wenig wahrscheinlich, daß ein derartiger Vorschlag Aussichten habe, angenommen zu werden.

London, 29. Aug. Die „Morningpost" schreibt zur belgischen Note, es sei klar, daß Belgien bestrebt sei, in enger Fühlung mit England zu bleiben. Die Note werde vielleicht den Weg für ein besseres Einvernehmen vorbereiten. Der neue Schatzkanzler Neville Chamberlain erklärte in einer Unterredung, die Aufgabe, vor der die Regierung stehe, sei die Rückkehr zu normaleren Bedingungen des Erwerbslebens. Dies Problem sei mit der europäischen Lage unwiderruflich verquickt. Er hoffe, daß es möglich sein werde, die Mittel zu finden, um harmonisch mit Frankreich, Italien und Belgien zu arbeiten und so eine endgültige Lösung der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden zu erzielen.

Theunis geht auf Urlaub

tu. **Brüssel**, 30. Aug. Theunis wird sich Ende der Woche auf einige Tage in Urlaub begeben, so daß mit dem englischen Ministerpräsidenten auch der belgische sich auf kurze Zeit von der aktiven Betätigung in der Politik zurückzieht.

Die flämische Sprache

Paris, 29. Aug. Nach einer Meldung des „Matin" aus Brüssel, beschloß die Regierung, alle Gesetze und Erlasse usw., die nicht in flämischer Sprache vorliegen, ins Flämische übersetzen zu lassen.

Das französische Gelbbuch.

tu. **Paris**, 30. Aug. Der Quai d'Orsay hat das seit kurzem erschienene Gelbbuch nun auch in englischer Sprache herausgegeben, um es hauptsächlich in den Vereinigten Staaten als Propagandamittel zu verwenden.

Die Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin

tu. **London**, 30. August. „Evening News" glaubt mitteilen zu können, daß Poincaré und Baldwin sich in Paris am 10. oder 12. September treffen werden.

Abreise des Dr. Benesch aus Rom

tu. **Prag**, 30. Aug. Wie aus Rom gemeldet wird, hat der Außenminister Dr. Benesch gestern abend die italienische Hauptstadt verlassen, nachdem er im Laufe des Nachmittags noch eine Audienz beim Papst gehabt hatte.

Benesch über seine Unterredung mit Mussolini

tu. **Prag**, 30. Aug. **Der Korrespondent der „Prager Abendzeitung" hatte in Rom eine Unterredung mit dem tschechischen Außenminister Dr. Benesch, der erklärte, vor der Tür stehe eine der wichtigsten Tagungen des Völkerbundes. Er habe sich daher mit dem italienischen Ministerpräsidenten, den er schon lange sehr gut kenne, über die allgemeine Politik unterhalten wollen. Dabei habe er sich bemüht, einige Mißverständnisse zu beseitigen, die über die Ziele und Absichten der Kleinen Entente entstanden sind. Unter den Spezialfragen, die angeschnitten wurden, stand die ungarische Frage im Vordergrund. Er habe Wert darauf gelegt, zu erklären, daß die Tschechoslowakei kein Interesse daran habe, irgendwelche Maßnahmen gegen den Fortbestand Ungarns zu treffen. Andererseits bestehe man darauf, daß die Friedensverträge nach ihrem Sinn und Wortlaut durchgeführt werden. Das Beispiel Oesterreich lasse sich nicht ohne weiteres auf Ungarn anwenden, denn hier liege die Situation doch etwas anders. Über das Prinzip der Anleihegewährung sei man mit Italien einig, über die Einzelheiten der Durchführung werde man sich noch unterhalten und das letzte Wort stehe dem Völkerbunde zu.**

Das englische Arbeitslosenheer.

tu. **London**, 30. August. **Die englische Arbeitslosenziffer in der letzten Woche belief sich auf 1 223 300 Personen; das bedeutet eine Zunahme um 11 426 gegenüber der vorigen Woche. Das ist die natürliche Kehrseite der deutschen Sklavenarbeit.**

Internationale Rote-Kreuz-Fragen

tu. **Genf**, 30. Aug. Die letzte Konferenz des internationalen Komitees vom Roten Kreuz hat in der Frage der Auseinandersetzung der Liga mit der Rote-Kreuz-Gesellschaft über die Reorganisation des Roten Kreuzes beschlossen, diese Frage einer besonderen Kommission zu übertragen, die einen Plan ausarbeitet, der bis spätestens 1. April 1924 fertiggestellt sein soll. Alsdann wird von den beiden Rote-Kreuz-Vereinigungen eine Internationale Konferenz einberufen werden, die endgültig über die Frage der Reorganisation des Roten Kreuzes entscheiden wird.

Deutschland und der Völkerbund

tu. **Basel**, 30. Aug. Branting erklärte auf der Durchreise von Berlin nach Genf einem Vertreter der Schweizerischen Depeschenagentur, die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund müsse mit großer Vorsicht behandelt werden. Deutschland habe eine Mehrheit für die sofortige Aufnahme, und zwar „ohne neue Bedingungen". Natürlich werde es Frankreich nicht gern sehen, wenn Deutschland in den Völkerbund hineinkommt, es sei aber selbstverständlich, daß ein Volk von 60 Millionen im Herzen Europas nicht außerhalb des Rates des Völkerbundes stehen kann. Man müsse den Glauben an die Zukunft haben, und dazu gehöre ein Völkerbund mit Amerika, Rußland und Deutschland.

Auf diese öligen Reden werden viele Deutsche wieder hereinfallen.

Der „Avanti" verkauft

tu. **Rom**, 30. Aug. **Das Zentralorgan der italienischen sozialdemokratischen Partei, der „Avanti", ist an eine Gruppe von Kapitalisten** [illegible] **verkauft worden.**

Einbruchsversuch in der deutschen Gesandtschaft in Budapest

tu. **Budapest**, 30. Aug. **Im Gebäude der deutschen Gesandtschaft war gestern Nacht ein Einbruch versucht worden. Noch im Laufe der Nacht gelang es, den Einbrecher, der mit einem Schlossergehilfen namens Rieß identisch ist, in dem Augenblick zu verhaften, als er einige Stunden nach dem Einbruch vom Dachboden des Gesandtschaftspalais flüchten wollte. Er gab an, daß er bereits zweimal in die Wohnung des Legationsrates Arendt eingedrungen sei, aber jedesmal gestört wurde. Die Untersuchung wird fortgesetzt.**

Die Räumung Konstantinopels

tu. **Konstantinopel**, 30. Aug. Der Abtransport der französischen Truppen soll innerhalb sechs Wochen vor sich gehen. Die ersten Truppen werden in Marseille am 12. September eintreffen, die letzten Truppen glaubt man für Anfang Oktober dort erwarten zu können.

Neues Kabinett in Japan

Tokio, 29. Aug. Graf Yamamoto hat die Aufforderung, ein neues Kabinett zu bilden, angenommen.

„Deutsches" Reich

Die Deutschnationalen fordern die Diktatur

tu. **Berlin**, 30. Aug. Die deutschnationalen Blätter veröffentlichen heute eine Entschließung, welche die Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei anläßlich einer Aussprache über die politische Lage im Reiche am 28. August nach Vorträgen der Abg. Hergt, Dr. Helfferich, Schiele und Dr. Reichert gefaßt haben. Das umfangreiche Schriftstück wird von der „Deutschen Zeitung" mit der Überschrift veröffentlicht „Deutschnationales Kampfprogramm, Einsetzung einer Diktatur durch das deutsche Volk!" In dieser Entschließung, die auch die „Kreuzzeitung" als ein „Programm" bewertet, werden nachstehende Forderungen eingehendst präzisiert:

1. Fortführung des Widerstandes an Rhein und Ruhr.

2. Vergeltungsmaßnahmen gegen die von den Feinden auf deutschem Boden verübten Gewalttaten, Ausweisung der französischen und belgischen Mitglieder der Ententekommissionen.

3. Einstellung aller Vertragsleistungen. Wehrhaftmachung des Volkes,

5. Außerordentliche Machtvollkommenheiten einer vom Druck der Straße, der Parteien und der Parteikoalitionen unabhängigen Stelle an Stelle des ungeeigneten Reichskabinetts: bei Verweigerung aller Vollmachten durch das Parlament Herbeiführung eines Volksentscheides.

5. Selbstschutz der ordnungsliebenden und wirklich arbeitenden Bevölkerung.

7. Nachprüfung der Steuergesetze, um die stärksten Auswüchse in ihrer Auswirkung zu verhindern.

8. Ausschaltung des verteuernden Zwischen- und Kettenhandels.

9. Schaffung eines real fundierten Geldes.

10. Aufhebung aller die Wirtschaft hemmenden Beschränkungen.

11. Maßnahmen zur produktiven Beschäftigung der Erwerbslosen.

12. Verhinderung der Zuwanderung fremdstämmiger, besonders ostjüdischer Elemente.

Zu diesem Programm bemerkt die „Deutsche Zeitung", es sei zu hoffen, daß die Taten der Deutschnationalen jederzeit im Einklang mit dem Programm stehen, denn die Zeit für Kompromisse jeder Art müsse für immer vorüber sein. Wer auf Hergt hofft, hofft vergebens.

Der neue Staatssekretär des Innern.

tu. **Berlin**, 30. Aug. Wie die „Tel.-Un." hört, ist der Ministerialdirektor Zweigert für den Posten des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern in Aussicht genommen. Er ist ein Sohn des früheren Oberreichsanwalts Zweigert, ist 43 Jahre alt, gehört seit Jahren dem Reichsjustizministerium an, wo er seit 1921 Abteilungsleiter und außerdem Mitglied des Reichsdisziplinarhofes ist. Hervorzuheben ist, daß Zweigert bei der Schaffung der Weimarer Verfassung mitgewirkt hat und als Verfassungskenner besondere Bedeutung hat. Irgendeiner politischen Partei gehört er nicht an.

Keine Neubesetzung des Botschafterpostens in Paris

tu. **Berlin**, 30. Aug. In der amerikanischen Presse ist die Nachricht verbreitet, die deutsche Reichsregierung habe die Absicht, demnächst den Botschafterposten in Paris wieder zu besetzen. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" an zuständiger Stelle erfährt, ist die Reichsregierung der Ansicht, daß keine Veranlassung vorliege, dieser Frage näherzutreten. Die an solche Gerüchte in bezug auf das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich geknüpften Kombinationen sind damit hinfällig.

Pläne des Reichsverkehrsministers.

tu. **Berlin**, 30. August. Reichsverkehrsminister Oser charakterisierte in einer Unterredung mit einem Berliner Journalisten die Lage der Eisenbahn und äußerte sich über seine Pläne wie folgt: Es wäre vollkommen verfehlt, sich bei der Herstellung des Gleichgewichts allein auf Tariferhöhungen zu beschränken. Allerdings darf man diese nicht mehr so stark wie früher vernachlässigen und wir sind deshalb zum Beispiel bestrebt, den Personentarif immer stärker dem Gütertarif anzupassen. Die zweite Aufgabe ist, die möglichst schnelle Zahlung der Sätze herbeizuführen. Vor allen Dingen wird das Werkstättenwesen vollkommen neu organisiert. Bei Gelegenheit des Herbstverkehrs werden die im unbesetzten Deutschland weilenden, ruhrvertriebenen Beamten Gelegenheit haben, dem Vaterland ihre Dienste zur Verfügung zu stellen. Die deutsche Eisenbahn muß wieder ein Musterbetrieb werden und in technischer Beziehung ihre alte geachtete Stellung in der Welt wieder erlangen.

Feindliche Propaganda in Amerika

Von El. Vollbehr.

Hätte Deutschland den Krieg glücklich zu Ende geführt — auf einer Walstatt wären die Feinde Sieger geblieben auf jeden Fall: im Kampfe von Schrift und Bild, als Mittel, die öffentliche Meinung, jene Inkarnation kritikloser Urteilskraft, auf ihre Seite zu bringen. England war der Hexenmeister, der seine Puppen tanzen ließ, Amerika die Bühne, auf der alle noch so starken Grotesken und Übertreibungen mit beifälligster Teilnahme aufgenommen wurden.

Wenn die Geschichte von Amerikas Beteiligung am Weltkriege einmal mit unverblümten, historischen Tatsachen der Mit-, mehr noch der Nachwelt, überliefert wird, muß der „Abteilung Propaganda" ein wichtiges, wenig auch wenig schönes Kapitel gewidmet werden.

Die stärkste Opposition fand England in Amerika nach Beendigung des Burenkrieges, erkannte seine allgemeine Unbeliebtheit und versäumte keinen Augenblick, die öffentliche Meinung durch Presse, Kirche und Schule zu beeinflussen. Jedes Mittel war recht — denn es galt, das erschütterte Ansehen des Weltreiches wiederherzustellen, koste es, was es wolle. Albion, der klügste aller Diplomaten, sah einen Weltkrieg voraus, erfaßte die ungeheure Rolle, die es einst in den Vereinigten Staaten auf einer oder der anderen Seite spielen würde und stellte danach sein Schachspiel auf. — Vierzehn Jahre des neuen Jahrhunderts waren verflossen, als Northcliff (1914) im amerikanischen Kongreß heftig angegriffen wurde wegen seines ungeheuren Einflusses auf die amerikanische Presse, die durch ihn enorme Gelder zum Zwecke ausgedehntester Propaganda einschlucken konnte.

Auf jeden Fall war England wohl vorbereitet, nicht allein eine sehr intensive probritische Propaganda erfolgreich in Amerika durchzuführen, sondern auch sich derselben raffiniert und schonungslos zu bedienen, die sich schließlich wie ein Oktopus um den amerikanischen Volkskörper wand und diejenigen in die Tiefe zog, welche aus irgendwelchen Gründen nicht mitmachen konnten oder wollten.

Die Irländer in Amerika waren empört über Wilsons englandfreundliche Weltpolitik, die Amerikaner deutscher Abstammung versuchten mit aller Anstrengung, daß Wilson seinen ersten „Neutralitäts-Erlaß" (vom 2. August 1917) an das amerikanische Volk praktisch durchführte, um schließlich erkennen zu müssen, daß solche Erlässe nur eine Geste waren, den Anschein des guten Willens zu wahren, denn auf der anderen Seite ließen die amerikanischen Großbanken den Alliierten schon im Sommer 1914 reichlichst die Milliarden zufließen. Hinzu kam die durch die englisch-amerikanische Presse aufgepeitschte Wut gegen Deutschlands Grenzverletzung in Belgien. Nun traten die verschiedenen Sekten in die Schranken und bearbeiteten die kochende Volksseele jeden Sonntag von der Kanzel herab, ihr Erbarmen für die armen mißhandelten Belgier wachrufend. Nach den Kirchen folgten schnell die Universitäten von einem Ende des Landes zum anderen, und in ganz kurzer Zeit schwebte eine solche vergiftete Luft des Hasses über dem Lande der Freiheit und Gerechtigkeit, daß die Kriegspartei fast schon am ersten Tag fest im Sattel saß. — Die ersten Opfer dieser Auswirkung einer raffiniertesten Propaganda waren die Irländer und Deutschen in den Staaten. — In den Frauenklubs und Volksschulen mußten die Märchen von verstümmelten belgischen Kindern und Frauen herhalten, um dem Haß Nährboden in den Familien der Intelligenz zu schaffen. Große buntgedruckte Plakate wurden millionenweise im ganzen Lande verteilt, um den Bürgern die „Roheit der Hunnen" ständig vor Augen zu führen. Ich hatte Gelegenheit, eine solche Giftblüte zu sehen: ein kleines barfüßiges Mädchen steht bei einem brennenden Dorfe, hebt dem Beschauer seinen blutenden Armstumpf entgegen mit den Worten: „Sie nahmen mir dies mit meinem Vater, was willst du für mich tun?"

Als in einer Versammlung kritische Stimmen auf besserem Beweismaterial bestanden, wurden die „Ungläubigen" in Englands Schwarzbuch eingetragen und von da ab systematisch verfolgt, in der Presse und durch anonyme Zuschriften als disloyale amerikanische „Bindestrichler" verleumdet.

Obgleich die Regierung damals, im Anfang des Krieges, schon Beweise genug geben konnte von der Unhaltbarkeit aller Verleumdungen, daß alle diese Greueltaten nur Ausgeburten wildesten Hasses waren, wurden diese Hetz- und Haßlügen nur noch gewissenloser über das Land verbreitet. Die Höhe wurde erreicht in dem ungeheuerlichen, scheußlichen Film von Gerard, dem früheren amerikanischen Botschafter in Berlin, „My four years in Germany", in welchem derart mit Scheußlichkeiten operiert wurde, daß Frauen in hysterische Weinkrämpfe ausbrachen und die Männer überzeugten, denn der Herr Botschafter selbst hatte es doch zusammengestellt, daß ein solches Hunnenvolk vom Erdboden verschwinden müsse. Gerards Film hatte einen phänomenalen, weil gröbste Sensationen immer ziehen, Erfolg, andere ähnliche Zerrbilder kursierten und hatten ihr Publikum, so daß das winzige kleine Geschöpf „Deutsche Propaganda" geheißen, kaum beachtet am Wege stand, ohne irgendwelchen Einfluß.

Wenn sich auch mutige Männer deutscher und irischer Abkunft im Kongreß zusammentaten, um diesem Maelstrom des wahnsinnigsten Hasses entgegenzutreten — als der April 1917 hereinbrach und mit ihm die Beteiligung Amerikas am Weltkriege, da wurden auch sie mundtot gemacht und konnten nicht mehr gegen den Strom schwimmen. Kein Mittel wurde unversucht gelassen, um prominente Friedensparteiler ans Kreuz zunageln. Ein Einwohner Kentuckys erzählte mir das entsetzliche Martyrium eines amerikanischen Predigers, der vom Mob im Automobil entführt wurde und in dunkler Nacht in einer Waldschlucht so lange auf den entblößten Körper gepeitscht wurde, bis er ohnmächtig zusammenbrach; daran nicht genug, begoß man ihn mit Petroleum und drohte ihm mit Verbrennen, wenn er nicht widerrufe! Rückkehr zu den barbarischsten Zeiten des Mittelalters. Und warum? Weil er Gott angefleht hatte, seines Geistes Frieden auf die europäischen Machthaber auszugießen und der Deutsche Kaiser ein Fürst des Friedens sein möge! — Ähnliches und noch Schrecklicheres ist in allen Teilen des Landes vorgegangen. Nicht Frauen sind meine Gewährsleute, sondern ältere, einwandfrei-

Bezugspreis

im Inland durch die Post im September M. 600000 und unter Streifband M. 1000000 (beide Preise sind freibleibend).

Streifbandbezugsgebühr f. September im Ausland

Österreich 20000 Kr., Tschechoslowakei 10 Kč., England und bisherige deutsche Kolonien 3 sh, Italien 10 Lire, Holland 1 Gulden, Vereinigte Staaten 1/2 Dollar, Schweiz u. d. übrigen dem Weltpostverein angeschl. Staaten 2 1/2 schweiz. Franken.

Männer, denen heute noch beim Erzählen das Blut in die Wangen steigt.

Brach z. B. ein Brand aus — dann hatten ihn deutsche Spione verursacht. Starben bei einem Transport 400 erschöpfte Pferde, die man, nachdem sie tagelang weder Futter noch Wasser bekommen hatten, plötzlich auf eine eiskalte Tränke losließ, dann hatten die Deutschen die Tränke vergiftet.

Es war mir in Neuyork möglich, eine Serie von französischen Greuelpropagandaschriften zu besichtigen, die in ihrer Ausführung künstlerisch vollkommen, in ihren Themen alles überboten, das an Scheußlichkeiten je gedacht wurde. Unter diesen „Künstlern", die ihre Werke englischen, amerikanischen, französischen und italienischen Heerführern widmeten, nimmt ein gewisser de T'Ostoya einen besonderen Platz ein. Einige dieser Blätter, das heißt die zahmsten, seien beschrieben:

„Le Surhomme (also: der Deutsche) à travers les âges", d. h. der Übermensch durch die Jahrhunderte, vom Affen über Friedrich den Großen und Bismarck, dem „Superlatif du Protoboche", bis zum Totenkopfhusaren. Und dieser Werdegang in der schmutzigen französischen Phantasie aufs sorgfältigste in meisterhafter Reproduktion wiedergegeben.

Ein Buch, „Die Geschichte der Hohenzollern", in Blut geschrieben, mutet fast kindisch an unter seinen greueltriefenden Nachbarn, unter denen man Illustrationen zu Heineschen Spottversen auf Deutschland in allergemeinster Art findet.

Auf einer Pamphletierung des Himmels kniet Gott Vater vor Bismarck, Wagner spielt dazu auf dem Flügel seine „barbarischen Melodien", und die kleinen Engel halten sich die Hosen zu! — Auf der nächsten Seite liegt Wilhelm II. auf einem Diwan, und als Räucherkerze brennt ihm zur Seite die Kathedrale von Reims. Die „Hymne der Intellectuellen", die anfängt: „Allons, brûlons et massacrons!" ist unter den „Zug der Mörder" gesetzt, die alles niederstechen und zu Tode quälen, das sie auf ihrem Wege finden.

Alle diese und ähnliche Zeichnungen erschienen in Paris 1916 und — fanden in Amerika reißenden Absatz. Es existieren Hunderte von Bänden über die „atrocités allemandes", die teils mit Handzeichnungen, teils mit Photographien illustriert sind; sonderbarerweise ist den Lesern aber nie aufgefallen, daß die Photographien nur Lokalbilder geben, alle „deutschen Scheußlichkeiten" aber in Zeichnungen veraugenscheinlicht sind.

Eine Welt voll Lüge und Feindseligkeit hat sich in den zehn Jahren hier in den „Staaten" angestaut, die zu überwinden, keine noch so geschickte deutsche Propaganda heute imstande wäre und sein könnte. Nur die brutale Wirkung der Tatsachen und ihrer Folgen auf die eigenen Zustände kann den Hebel der gesunden Vernunft und den der kommerziellen Notwendigkeiten da einsetzen, wo es gilt, mit Schauermären und Lügenlegenden aufzuräumen.

Ist 10 Jahre lang ein ganzes Volk zur „Vertilgung des Satans" in Europa aufgepeitscht worden, so kann sich diese verhetzte Mentalität von heute auf morgen nicht zu einem „Hosianna" bekehren. — England, der Regisseur, hat hier das entscheidende Wort.

Vervollkommnet und verstanden wird das ganze Bild, wenn man weiß, daß der Beauftragte „Englands" in Washington der jüdische Lord Reading-Rufus Isaacs war.

Die Durchführung der Notverordnung

tu. **Berlin**, 30. Aug. Amtlich wird gemeldet: Bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung inländischer Vermögensbestände in ausländischen Zahlungsmitteln (nicht Wertpapiere) kann allgemein jetzt schon den Bedingungen der Reichsbank entsprechend, unter ausdrücklichem Hinweis, daß die Ablieferung auf Grund der Notverordnung erfolgt, bei sämtlichen Reichsbankstellen, unter Wahrung aller Rechte und Fristen, gegen vorläufige Empfangsbescheinigung, abgeliefert werden.

Der Beginn des neuen Wirtschaftsjahres

tu. **Berlin**, 30. Aug. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat mit Verordnung vom 28. August den 15. Oktober als den Endtermin der öffentlichen Brotversorgung bestimmt.

Die neue Wochenindexziffer

tu. **Berlin**, 29. Aug. Die Lebenshaltungskosten-Indexziffer ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes vom 20. bis 27. August um 57 Prozent gestiegen. Der Lebenshaltungskosten-Index (Wohnung, Ernährung Heizung, Beleuchtung) beträgt für den Anfang der laufenden Woche 1 183 434 gegen 753 733 in der Vorwoche.

Die neuen Ernennungen

tu. **Berlin**, 30. Aug. Ebert hat das Mitglied des Reichstags Dr. Höfle zum Reichspostminister ernannt.

Wie die Blätter melden, ist die Ernennung des Geheimrats Kalle zum Preßchef der Reichsregierung vom Reichspräsidenten vollzogen worden.

Botschafter Sthamer in Berlin

tu. **Berlin**, 30. Aug. Der deutsche Botschafter in London, Dr. Sthamer, trifft, wie die Tel.-Union hört, heute abend in Berlin ein.

Die Skandalaffäre des Kommerzienrats Falk

tu. **Elberfeld**, 30. Aug. Die Verdachtsmomente gegen den Großindustriellen Max Falk haben sich so verstärkt, daß der Oberstaatsanwalt Antrag auf sofortige Eröffnung der Voruntersuchung gestellt hat. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Elberfeld hat gegen Falk wegen dringenden Verdachts erheblicher Schiebungen Haftbefehl erlassen.

Hans Dills politische Weisheit

Aus Helsingfors wird uns geschrieben:

„Sozialdemokraatti" hat von seinem Korrespondenten in Deutschland, G. Langenfelt, eine längere Schilderung der gegenwärtigen, politischen Lage in Bayern erhalten. Der Korrespondent horchte dabei auch den politischen Redakteur der „Münchener Post", Hans Dill, aus, der auch Mitglied des Bayerischen Landtages ist.

Dieser erzählt, daß die bayerischen Sozialdemokraten längst dem Treiben der Hitlerschen Garde und ähnlicher Organisationen ein Ende bereitet hätten, wenn sie nur gegen diese allein zu kämpfen gehabt hätten. Am meisten leide man doch wegen der Franzosen. Diese große Republik, in deren Grundgesetzen so viel schöne Worte sind, haben die Deutschen begonnen zu hassen, die deutschen Republikaner nicht am wenigsten.

Über die Zukunft Deutschlands sagte Hans Dill, daß darüber zwei Ansichten, beide sehr pessimistisch, herrschten. Eine ist, daß Frankreichs politisches Unternehmen gelingt und Deutschland zersplittert wird. Die hysterische Furcht Frankreichs vor Deutschland wäre lächerlich, wenn nicht dahinter die alten, napoleonischen Bestrebungen nach der Oberherrschaft in Europa verborgen wären. England mit seinem kriegsmüden Volk kann nichts tun, aber auch wenn es seine Zustimmung verweigerte, könnte Frankreich mit Waffen darauf antworten. Dies ist auch die Ansicht des offiziellen Frankreichs.

Es wird Frankreich gelingen, die Ruhr und das Rheinland vom übrigen Deutschland zu trennen und seine Bevölkerung in den Hungertod zu treiben, so daß sie gezwungen ist, ihre Einwilligung zur Bildung der Rheinrepublik zu geben. Bayern bildet seinen eigenen Staat, souverän und selbständig, unterstützt von Frankreich. Nachdem Preußen die für es so wichtigen Gebiete, Ruhr und Oberschlesien, verloren hat, sowie die Getreideländer Bayern und Rheinland, wird es das Opfer einer Folge von Revolutionen, der Schauplatz eines Bürgerkrieges und verliert hunderttausende Einwohner. — Die Aussicht, daß die anderen Staaten Frankreich zu Verhandlungen überreden werden, auf Grund deren die Ruhr allmählich geräumt würde, ist wenig wahrscheinlich.

Soweit die Unterredung, die der marxistische Abg. Hans Dill dem Vertreter des Helsingforser sozialdemokratischen Organs gewährte. Über die Großsprecherei, mit den Vaterländischen Kampfverbänden fertig werden zu können, wenn die Marxisten diese allein zu bekämpfen hätten, kann man nur lächeln. Die Marxisten würden auf Granit beißen.

Mehr interessieren uns seine anderen Äußerungen. Daß just die deutschen Republikaner, soll wohl heißen Marxisten, die Franzosen nicht am wenigsten hassen, ist doch wohl eitel Flunkerei, denn sonst würden sie nicht „Versöhnungsopfer" und dergleichen nationalen Selbstentmannungsklimbim treiben, aber daß Hans Dill nunmehr zugesteht, daß die Politik Frankreichs auf eine Zertrümmerung Deutschlands gerichtet ist, ist uns außerordentlich wertvoll. Wer war denn bisher der eifrigste Verfechter jener wahnwitzigen Reparationspolitik, die Frankreich niemals befriedigen kann, weil es eben etwas ganz anderes erreichen will? Der Marxismus. Erklärte nicht der neue marxistische Reichsfinanzminister **Hilferding noch unterm 6. Februar 1923 im „Vorwärts": „Wir deutschen Sozialisten wollen nicht nur, daß Frankreich die Reparationen erhalte, sondern wir wünschen auch, daß ihm die notwendigen Garantien gegeben werden."**

Ist es also nicht der helle Wahnsinn, daß wir Frankreich etwas geben, was es nicht will, in der Hoffnung, daß es auf etwas verzichtet, was zu erzielen es mit allen Kräften anstrebt?

Hans Dill findet sich, wie es scheint, ruhig damit ab, daß wir auch die Rheinprovinz und das Ruhrgebiet verlieren, daß sich Bayern unter französischem Protektorat selbständig macht und Preußen unter die Schreckensherrschaft des Bolschewismus gerät. Entweder er zählt mit Ehren-Crispien zu jenen, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, oder er ist politisch so kurzsichtig, nicht einzusehen, daß die seit fünf Jahren von Berlin getriebene Politik bewußt auf dieses Ziel hinarbeitet, so daß die separatistischen Elemente in Süddeutschland eigentlich nichts anderes zu tun brauchen, als ihr Pulver trocken zu halten und im übrigen den Dingen ihren freien Lauf zu lassen? Darauf warten ja nur alle jene dunklen Elemente in Bayern, die mit gewissen französischen Generälen und den rheinbündlerischen Hochverrätern Dorten und Smeets unter einer Decke stecken, daß über Nord- und Mitteldeutschland offen der Bolschewismus proklamiert werde, um an diesem Feuer ihr separatistisches Süppchen gemütlich kochen zu können. Der Zusammenhang zwischen der Zersetzung Preußens und Mitteldeutschlands durch den Bolschewismus und der separatistischen Wühlarbeit in den Rheinlanden und Bayern ist zu offenkundig, als daß man darüber hinwegsehen könnte. Hättest du geschwiegen, Hans Dill, so wäre das weiser gewesen.

Brief aus Bad Wildungen

Lieber Völkischer!

Endesunterzeichneter Pg. befindet sich zur Zeit hier in Bad Wildungen. Die Hotelbesitzer des hiesigen Kurortes haben sich teilweise bereit erklärt, Akademiker der benachbarten Universitäten für einige Wochen als Gäste bei sich aufzunehmen. So fand ich als Angehöriger der Universität Marburg im hiesigen Westendhotel (Besitzer Herr Schäfer) überaus freundliche und gastfreie Aufnahme.

Ich lese selbstverständlich den mir liebgewordenen „Völkischen". Heute hat sich nun — während ich auf einer hiesigen Bank arbeite — folgendes abgespielt:

Ein Dr. rer. pol. Mayer, semitischer Rasse, hat in meinem Postfach meinen „Völkischen" und an mir das Hakenkreuz gesehen. Er ist sofort in das Hotelbureau geeilt und hat dem anwesenden Geschäftsführer im Hinweis auf diese beiden „Provokationen" erklärt, er könne nicht mit einem „Völkischen" unter einem Dache wohnen, entweder müsse ich oder würde er das Hotel verlassen!

Der Geschäftsführer fragte, ob ich in irgendeiner Weise ihn provoziert habe — was besagter Jüngling aber verneinte.

Darauf erklärte der Geschäftsführer, unter diesen Umständen hätte er keinen Grund, mich zum Verlassen des Hauses aufzufordern, zumal ich hier „Gastfreundschaft" genösse! Der Herr solle übrigens sich an mich wenden, wenn er sich beleidigt fühle. — Das lehnte der Herr (natürlich) ab. — So müsse er denn die Konsequenzen ziehen und selbst ausziehen, das Haus lege auf ihn und seinesgleichen keinen gesteigerten Wert.

Der Dr. rer. pol. zog aus. Er versuchte (vergeblich!), im Badehotel unterzukommen. Auch ein anderes Hotel, in dem er Wohnung nehmen wollte, wurde vom Westendhotel über den Grund seines Auszuges von hier telephonisch sofort verständigt.

Der Bericht möge aber dem „Völkischen" zeigen, daß es noch Hotels gibt, die nicht im Geschäftsinteresse, sondern nach deutschem Empfinden handeln.

Eine Abfuhr

holte sich der Reichsminister des Innern beim Deutschen Ärztevereinsbund (Nr. 1288 des „Ärztlichen Vereinsblattes"). Auf Anregung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft hatte er in einem Schreiben an den Ärztevereinsbund darauf hingewiesen, daß durch den auf dem Lande eingerissenen Tauschverkehr von Leistungen und Naturalien die Erzeugnisse verzettelt und die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung empfindlich gestört werde... Es bestünde nämlich die Befürchtung, daß ein geringer Teil der Bevölkerung sich überreichlich eindecke, während andere ungenügend versorgt werden.

Auf dieses sehr bezeichnende Schreiben wurde ihm vom Generalsekretär des Ärztevereinsbundes mit Recht geantwortet, daß in den großen und mittleren Städten von solcher Naturalhonorierung nichts bekannt sei; die Ärzte auf dem Lande dagegen müßten bei den hohen Ansprüchen an ihre physische Leistungsfähigkeit auf ihre Ernährung besonders bedacht sein, und so stelle in vernünftigen Grenzen die unmittelbare Lieferung von Naturalien nur eine Art von bargeldlosem Austausch dar.

„Wir halten uns im Interesse der Volksgesundheit für verpflichtet — heißt es dann weiter —, unsere warnende Stimme zu erheben, daß die Reichsregierung sich aus der vorliegenden, für die Ernährung der Allgemeinheit belanglosen Frage zu Ausnahmebestimmungen gegen die Ärzte nicht verleiten lassen möge. Die Ärzteschaft ist schon in stärkster Erregung über die unbegreifliche Absicht des Reichsrates, durch den „Leistungswucher" die Ärzte in ihrem Ansehen noch mehr herabzudrücken und das Vertrauen der Bevölkerung zu ihren Helfern in Krankheit und Not noch mehr zu untergraben. Wir fürchten, sie von der Leitung der Organisation aus nicht mehr in der Hand zu behalten, wenn weitere Zwangsmaßnahmen gegen sie ergriffen werden sollten. Wir haben das Vertrauen zum Herrn Reichsminister des Innern, daß er gewillt und imstande sein wird, Maßnahmen zu verhüten, die letzten Endes die öffentliche Gesundheitspflege schädigen müssen."

Zu dieser trefflichen Antwort hätte der Herr Generalsekretär gleich dem Herrn Reichsminister des Innern die Nase draufstoßen sollen, wo seine Warnung und sein Einschreiten dringend notwendig gewesen wäre. Wir meinen die Juden, die sich wohl alle „reichlich" mit Naturalien eingedeckt haben und eindecken; ganz abgesehen von den übrigen Schiebern, Kriegs-, Revolutions- und Reparationsgewinnlern. Er konnte dies aber nicht gut; ihm, als Juden, kann man es auch nicht zumuten.

Bei dieser Gelegenheit und zur Illustration des Vorgesagten sei erinnert an eine Geschichte, die sich etwa 1916 in München abspielte und die Gerichte beschäftigte. Ein Großjude hatte gleich den ganzen Keller eines kleinen Kaufmannes gemietet und mit Naturalien aller Art heimlich bis in den letzten Winkel angefüllt! Es waren kaum einige Wochen nach der Verhandlung verflossen, als ein Schutzmann schon wiederum eine Frau mit einem Huckelkorb abfaßte, die im Begriff war, dem Hebräer eine Viertelssau beizuschleppen! Und dabei geberdet sich dieser Herr stets als streng orthodox-mosaisch! Zur Beruhigung des Gewissens war die Sau wohl geschächtet worden.

Ob der Herr Reichsminister des Innern unsere Anregungen beachten wird? Wir bezweifeln es sehr!

Streiflichter

Die Wegbereiter der Verelendung. Daß der Mittelstand von der Sozialdemokratie bewußt ins Elend getrieben wurde beweisen nachfolgende Aussprüche marxistischere Führer:

Engels: Nur über den Leichnam des Mittelstandes gelangt die Sozialdemokratie zum Siege." — Bebel: „Der Gewerbestand ist der Schutt auf dem Wege der Besserung." — Schippel: „Wir sind die Partei der Besitzlosen. Wir wollen den Kleinbesitzer überzeugen, daß er als Besitzender keine Zukunft hat." — Schippel: „Uns kann der Untergang des Gewerbestandes gleichgültig sein; im Gegenteil, je eher er verschwindet, desto besser ist es, denn derselbe ist der größte Hemmschuh in wirtschaftlicher, sozialer, gewerkschaftlicher und politischer Beziehung. Überall tritt er uns hindernd in den Weg und darum können wir seinen Untergang nicht früh genug herbeiführen." — Ledebour: „Es liegt vor allem im Ziel der Sozialdemokratie, daß die mittelständigen Schichten ihre Existenz aufgeben; auf Hilfe hat dieser sogenannte Mittelstand von uns nichts zu hoffen; geradezu Hauptzweck der Sozialdemokratie ist es, durch Konsumvereine, Bazare, Großwarenhäuser, großindustrielle Betriebe usw. den Gewerbestand systematisch zu ruinieren." — Dr. Danneberg: „Die Gewerbetreibenden sind die Parasiten der Volkswirtschaft." — Stadtrat Richter (Wien): „Wir Sozialdemokraten sind nicht dazu da, kleinen gewerblichen Betrieben die Existenz zu ermöglichen, im Gegenteil, wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Zwergbetriebe zu verschwinden haben." — Bürgermeister Jakob Reumann: „Ich bin nicht dazu da, um die Interessen der Gewerbetreibenden zu vertreten: — Kautzky sen.: „Wir werden immer und überall bestrebt sein, den Untergang des Kleingewerbes zu beschleunigen. Wir erklären nicht nur den großen Gutshöfen, sondern auch dem kleinsten Bauernhause den Krieg. Wir haben kein Interesse am Kleingewerbe." — Vizebürgermeister Emmerling (Wien): „Wenn aus auf mich ankäme, würden die Gewerbetreibenden keine städtischen Arbeiten und Lieferungen bekommen."

Englands neue Flottenbasis im fernen Osten aus Sorge um Indien

Von J. Eiser sen., Bremen.

Wie erinnerlich, hat am 1. Mai, dem „Weltfriedensdemonstrationstag des internationalen Proletariats", das englische Unterhaus mit 253 gegen 94 Stimmen den Vorschlag der Regierung, Singapore zu einer Schiffswerft und Marinefestung ersten Ranges auszubauen und zwar mit Kosten von 9½ Millionen Pfund, angenommen. In Beantwortung einer Anfrage Asquiths erklärte der erste Lord der Admiralität, die geplante Festung sei keine Verletzung des Washingtoner Abrüstungsvertrages, da dieses Gebiet ausdrücklich aus den Abmachungen für die Entfestigung des fernen Ostens ausgenommen sei. (!!)

„Daily Expreß" erblickt in der Erklärung des ersten Lords eine wichtige Änderung der britischen Flottenpolitik und eine Verlegung des Flottenschwergewichtes von der Nordsee nach dem fernen Osten. Singapore soll die große Flottenbasis der Zukunft werden. Diese Änderung sei die natürliche Folge des Aufhörens der „deutschen Bedrohung".

Man hat, das ist zwischen den Zeilen zu lesen, in Washington, auf der Abrüstungskonferenz, aus „taktischen" Gründen bei den Abmachungen über die Entfestigung des fernen Ostens, die Amerika wünschte, Konzessionen englischerseits dahingehend gemacht, daß man im Einverständnis mit der Admiralität strategisch weniger wichtige Positionen dort „entfestigen" wolle, aber dafür strategisch wichtige Punkte nicht nur von der Entfestigung ausnahm, sondern als Ersatz für entfestigte Plätze nunmehr kräftig befestigte. Echt englisch! —

Der Aufsatz eines Japaners (abgedruckt im „Völkischen Beobachter" v. 12. Juni 1923, S. 3) hat in England, wie mir Freunde mitteilen (der englische Gesandte übermittelte seiner Regierung die Nr. des „Beobachters"), und nicht bloß dort wie eine Bombe gewirkt. Es fanden in diversen Kollegs, in der Throgmorton-Street, der . . . doch warum vorzeitig aus der Schule plaudern? — — Nachtsitzungen statt! — —

Seit dieser Zeit ist an „zuständiger Stelle", und zwar mehr wie einer . . . die Rüstungsfrage „brennend" geworden in England. Gewiß, sie war es bisher schon, der französisch-englische und der amerikanisch-englische Gegensatz, die Annullierung des englisch-japanischen Bündnisvertrages, der Ruhrkonflikt pp., sie alle schufen „Besorgnisse in England", aber direkt „brennend" wird die Besorgnis nunmehr von Tag zu Tag erst durch gewisse Regungen im Osten und den französischen unbequemen Nachbar, der sich zu einem „Enfant terrible" für England mählich auswächst. — Die Rüstungsdebatten im Oberhaus, wie Unterhaus, künstliche, wie natürliche, bestellte oder gemanagerte, folgen sich.

Im Oberhaus kam es am 12. Juli abends zu einer Erörterung über die Rüstungsfrage. Lord Salisbury erklärte, die Regierung sei von der Gefahr des Rüstungswettbewerbes überzeugt. Sie habe sich aber bei der Verstärkung der Luftmacht keiner Übertreibung schuldig gemacht. Auch Lord Grey bezeichnete die Rückkehr zum alten Rüstungswettbewerb für besorgniserregend. Er gab jedoch zu, daß England seine Luftmacht habe verstärken müssen.

Außerdem wurde die Frage des Flottenstützungspunktes in Singapore erörtert. Lord Grey betonte, der einzige in Betracht kommende Gegner sei Japan. Ein Konflikt sei jedoch unwahrscheinlich, und der Plan entspreche zudem dem Geiste des Washingtoner Abkommens.

Im Oberhause hob Lord Linlithgow am 23. Juli in Beantwortung einer entsprechenden Anfrage die Bedeutung Singapores als englischen Flottenstützpunkt hervor, wie ein solcher dort errichtet werden soll. Lord Linlithgow hob unter anderem hervor, daß die Ausführung dieses Planes die britische Seeherrschaft im äußersten Osten vollständig machen würde.

In einer temperamentvollen Erwiderung protestierte der sattsam bekannte Israelit und bei Kriegsausbruch in England Wehrminister, Haldane, gegen das Projekt. Er sagte: Gegen wen soll Singapore als Flottenstützpunkt ausgebaut werden? Gegen Amerika? Gegen Japan? Ich verstehe nicht, wo die Admiralität zur Zeit eine Bedrohung Englands zur See finden will?

Vorstehende kurze Kontroverse öffnet einen Blick hinter die Kulissen der englischen Politik. Englands Sorgen kreisen immer und immer um Indien, und man bemüht sich, die englische Stellung dort immer mehr zu festigen, sie unangreifbar zu machen.

Dieses Bestreben ließ Lord Linlithgow unvorsichtigerweise von dem Singaporeprojekt in der Öffentlichkeit sprechen, worauf Visconte Haldane sofort einsprang, um die eventuell zu befürchtende ungünstige außenpolitische Wirkung abzuschwächen. Die deutsche Öffentlichkeit aber sollte auch aus derartig kleinen Vorgängen lernen, die englische Politik unter englischem Gesichtspunkt zu werten. Erst bei solcher Einschätzung werden wir wissen, was wir von England zu gewärtigen haben und werden England als Faktor in der Gestaltung unseres eigenen Schicksals einigermaßen richtig einsetzen können.

Das sehr scharf beobachtende Japan hat aber sofort die Kontroverse Lord Linlithgow mit Haldane am 23. Juli richtig erfaßt, und so wurde den „Times" aus Tokio gemeldet:

„Daß der japanische Außenminister Uchida in einem Interview erklärte, daß das britische Projekt einer Flottenbasis in Singapore kein Gegenstand irgendeines Abkommens zwischen Japan und Großbritannien sei, und daß man zu seiner Rechtfertigung eigentlich nur eine Annullierung des englisch-japanischen Bündnisses anführen könnte. Der Plan entspreche nicht dem Geiste des Vertrages von Washington. Außerdem sei in den japanisch-englischen Beziehungen nichts eingetreten, was ein derartiges Unternehmen Englands notwendig mache."

Daraufhin wurde die Stimmung in Iliums „eingeweihten" Kreisen täglich nervöser. Mosul, Bagdad, Mesopotamien, Persien, Indien, Singapore, alles kreist" . . .

Am 30. Juli mußte Baldwin im Unterhaus auf eine weitere Anfrage erklären, die britische Regierung habe auf der Washingtoner Konferenz mitgeteilt, daß sie sich das Recht vorbehalte, in Singapore einen Stützpunkt zu errichten. Dies sei den anderen auf der Konferenz vertreten gewesenen Mächten bekannt.

Inzwischen starb der amerikanische Präsident Harding. Sein Nachfolger wird kaum viel das Steuer der amerikanischen Politik zugunsten Englands seitwärts drücken dürfen... Die Kommunistenaffären in Japan aber dürften sich wohl in nächster Zeit häufen — — zu Englands und seiner Lenker Gunsten. Wer lebt, wird es sehen.

„Der Genius Englands schwebt nicht mehr sonnenwärts, welttrotzend, gleich einem Adler im Sturmwind, der seine mächtige Jugend erneuert, wie John Milton sah, daß er es tat; der Genius Englands, viel ähnlicher einem gefräßigen Storch, der auf Nahrung und hauptsächlich auf eine heile Haut bedacht ist, steht mit seiner anderen Extremität sonnenwärts, mit seinem Straußenkopf verborgen in dem ersten besten Gebüsch, unter alten Kirchengewändern und Königsmänteln, oder was sonst für ein schützender Trug sich vorfinden mag, und so erwartet er den Ausgang. — Der Ausgang hat auf sich warten lassen; aber man sieht jetzt, daß er unvermeidlich ist. Es gibt keinen auf groben irdischen Proviant bedachten und seinen Kopf in trügerischen Plunder steckenden Storch, der nicht eines Tages erweckt werden wird in einer schrecklichen Aposteriori-Manier, wenn nicht anders."

Der das sagte, war kein Geringerer als Carlyle, der größte, englische Geschichtschreiber (Cromwells Letters III, 10). Carlyle ist ein Konservativer im besten Sinne des Wortes und Aristokrat im höchsten Grade.

Karl Radek

Ein Herr Oskar Blum hat ein Buch geschrieben „Russische Köpfe". In dem Abschnitt, der sich mit Karl Radek befaßt, lesen wir folgendes:

„Am 28. Oktober kann man ihn in den Wandelgängen des Smolnii beobachten. Schmächtige, sprungbereite Gestalt, grauer Ulster, Reisemütze, die unvermeidliche Pfeife zwischen den Zähnen, brutaler, lüsterner Mund, spöttischer Blick, Hände eines Taschenspielers. Der Globetrotter der Weltrevolution. Radek war angelangt. Von nun an faßte er festen Fuß in Rußland."

„Der grundlegende Wesenszug Radeks ist der Zynismus. Ist es Freude, ist es Schadenfreude. In ihm lebt kein Durst nach persönlicher Machtentfaltung, wie beispielsweise in Trotzki. Radek zieht es vor, hinter dem Vorhang zu wirken. Er will der Drahtzieher sein im großen Marionettentheater der Revolution. Weil er vielleicht der einzige ist, dem die Revolution fast Selbstzweck bedeutet. Über andere kam eine merkwürdige Ruhe, Revolutionäre sind Staatsmänner, Tyrannenstürzer Ministerialbeamte geworden."

„**Rußland ist jetzt das uninteressanteste Land**, pflegt Radek seit einiger Zeit zu äußern, weil es ruhig geworden ist; weil die atemraubenden Emotionen der Rutschbahn nur noch anderswo zu finden sind. Hier beginnt die Periode organischer Entwicklung, verhältnismäßiger Ordnung. Schwamm darüber!"

„Radek entstand zwischen den Rassen und zwischen den Kulturen. Weit draußen an der gali-

---

2

Das öde Haus

Novelle von E. Th. A. Hoffmann.

Er zupfte mich endlich am Arm; schnell mich umdrehend, wies ich ihn ziemlich hart und zornig ab. Er ließ aber nicht nach mit Bitten und Quälen. Noch gar nichts habe er heute verdient, nur ein paar Bleifedern, ein Bündelchen Zahnstocher möge ich ihm abkaufen. Voller Ungeduld, den Überlästigen nur geschwind los zu werden, griff ich in die Tasche nach dem Geldbeutel. Mit den Worten: „Auch hier hab ich noch schöne Sachen!" zog er den untern Schub seines Kastens heraus und hielt mir einen kleinen runden Taschenspiegel, der in dem Schub unter anderen Gläsern lag, in kleiner Entfernung seitwärts vor.

Ich erblickte das öde Haus hinter mir, das Fenster und in den schärfsten, deutlichsten Zügen die holde Engelsgestalt meiner Vision. — Schnell kauft' ich den kleinen Spiegel, der es mir nun möglich machte, in bequemer Stellung, ohne den Nachbarn aufzufallen, nach dem Fenster hinzuschauen. — Doch, indem ich nun länger und länger das Gesicht im Fenster anblickte, wurd' ich von einem seltsamen, ganz unbeschreiblichen Gefühl, das ich beinahe waches Träumen nennen möchte, befangen.

Mir war es, als lähme eine Art Starrsucht nicht sowohl mein ganzes Regen und Bewegen als vielmehr nur meinen Blick, den ich nun niemals mehr würde abwenden können von dem Spiegel. Mit Beschämung muß ich euch bekennen, daß mir jenes Ammenmärchen einfiel, womit mich in früher Kindheit meine Wartfrau augenblicklich zu Bette trieb, wenn ich mich etwa gelüsten ließ, abends vor dem großen Spiegel in meines Vaters Zimmer stehen zu bleiben und hineinzugucken. Sie sagte nämlich, wenn Kinder nachts in den Spiegel blickten, gucke ein fremdes, garstiges Gesicht heraus, und der Kinder Augen blieben dann erstarrt stehen. Mir war das ganz entsetzlich graulich, aber in vollem Grausen konnt' ich doch oft nicht unterlassen, wenigstens nach dem Spiegel hinzublinzeln, weil ich neugierig war auf das fremde Gesicht. Einmal glaubt' ich ein Paar gräßliche, glühende Augen aus dem Spiegel fürchterlich herausfunkeln zu sehen, ich schrie auf und stürzte dann ohnmächtig nieder. In diesem Zufall brach eine langwierige Krankheit aus, aber noch jetzt ist es mir, als hätten jene Augen mich wirklich angefunkelt.

Kurz, alles dieses tolle Zeug aus meiner frühen Kindheit fiel mir ein, Eiskälte bebte durch meine Adern — ich wollte den Spiegel von mir schleudern — ich vermocht' es nicht — nun blickten mich die Himmelsaugen der holden Gestalt an — ja, ihr Blick war auf mich gerichtet und strahlte bis ins Herz hinein.

Jenes Grausen, das mich plötzlich ergriffen, ließ von mir ab und gab Raum dem wonnigen Schmerz süßer Sehnsucht, die mich mit elektrischer Wärme durchglühte. „Sie haben da einen niedlichen Spiegel", sprach eine Stimme neben mir. Ich erwachte aus dem Traum und war nicht wenig betroffen, als ich neben mir, von beiden Seiten mich zweideutig anlächelnde Gesichter erblickte.

Mehrere Personen hatten auf derselben Bank Platz genommen, und nichts war gewisser, als daß ich ihnen mit dem starren Hineinblicken in den Spiegel und vielleicht auch mit einigen seltsamen Gesichtern, die ich in meinem exaltierten Zustande schnitt, auf meine Kosten ein ergötzliches Schauspiel gegeben. „Sie haben da einen „niedlichen Spiegel," wiederholte der Mann, als ich nicht antwortete, mit einem Blick, der jener Frage noch hinzufügte: „Aber sagen Sie mir, was soll das wahnsinnige Hineinstarren, erscheinen Ihnen Geister" usw. Der Mann, schon ziemlich hoch in Jahren, sehr sauber gekleidet, hatte im Ton der Rede, im Blick etwas ungemein Gutmütiges und Zutrauen Erweckendes. Ich nahm gar keinen Anstand, ihm geradezu zu sagen, daß ich im Spiegel ein wundervolles Mädchen erblickt, das hinter mir im Fenster des öden Hauses gelegen.

Noch weiter ging ich, ich fragte den Alten, ob er nicht auch das holde Antlitz gesehen. „Dort drüben? — In dem alten Hause? — In dem letzten Fenster?" so fragte mich nun wieder ganz verwundert der Alte. „Allerdings, allerdings", sprach ich; da lächelte der Alte sehr und fing an: „Nun, das ist doch eine wunderliche Täuschung — nun meine alten Augen —, Gott ehre mir meine alten Augen. Ei, ei, mein Herr, wohl habe ich mit unbewaffnetem Auge das hübsche Gesicht dort im Fenster gesehen, aber es war ja ein, wie es mir schien, recht gut und lebendig in Öl gemaltes Porträt." Schnell drehte ich mich um nach dem Fenster, alles war verschwunden, die Jalousie heruntergelassen. „Ja!" fuhr der Alte fort, „ja, mein Herr, nun ist's zu spät, sich davon zu überzeugen, denn eben nahm der Bediente, der dort, wie ich weiß, als Kastellan das Absteigequartier der Gräfin von S. ganz allein bewohnt, das Bild, nachdem er es abgestäubt, vom Fenster fort und ließ die Jalousie herunter."

„War es denn gewiß ein Bild?" fragte ich nochmals ganz bestürzt. „Trauen Sie meinen Augen," erwiderte der Alte. „Daß Sie nur den Reflex des Bildes im Spiegel sahen, vermehrte gewiß sehr die optische Täuschung und — wie ich noch in Ihren Jahren war, hätt' ich nicht auch das Bild eines schönen Mädchens, kraft meiner Fantasie, ins Leben gerufen?" „Aber Hand und Arm bewegten sich doch," fiel ich ein. „Ja, ja, sie regten sich, alles regte sich," sprach der Alte, lächelnd und sanft mich auf die Schulter klopfend. Dann stand er auf und verließ mich, höflich sich verbeugend, mit den Worten: „Nehmen Sie sich doch vor Taschenspiegeln in acht, die so häßlich lügen. — Ganz gehorsamster Diener."

— Ihr könnt denken, wie mir zu Mute war, als ich mich so als einen törichten, blödsichtigen Fantasten behandelt sah. Mir kam die Überzeugung, daß der Alte recht hatte, und daß nur in mir selbst das tolle Gaukelspiel aufgegangen, das mich mit dem öden Hause, zu meiner eignen Beschämung, so garstig mystifizierte.

Ganz voller Unmut und Verdruß lief ich nach Hause, fest entschlossen, mich ganz loszusagen von jedem Gedanken an die Mysterien des öden Hauses, und wenigstens einige Tage hindurch die Allee zu vermeiden. Dies hielt ich treulich, und kam noch hinzu, daß mich den Tag über dringend gewordene Geschäfte am Schreibtisch, an den Abenden aber geistreiche fröhliche Freunde in ihrem Kreise festhielten, so mußt' es wohl geschehen, daß ich beinahe gar nicht mehr an jene Geheimnisse dachte. Nur begab es sich in dieser Zeit, daß ich zuweilen aus dem Schlaf auffuhr, wie plötzlich durch äußere Berührung geweckt, und dann war es mir doch deutlich, daß nur der Gedanke an das geheimnisvolle Wesen, das ich in meiner Vision und in dem Fenster des öden Hauses erblickt, mich geweckt hatte. Ja selbst während der Arbeit, während der lebhaftesten Unterhaltung mit meinen Freunden, durchfuhr mich oft plötzlich, ohne weitern Anlaß, jener Gedanke, wie ein elektrischer Blitz. Doch waren dies nur schnell vorübergehende Momente.

Den kleinen Taschenspiegel, der mir so täuschend das anmutige Bildnis reflektiert, hatte ich zum prosaischen Hausbedarf bestimmt. Ich pflegte mir vor demselben die Halsbinde festzuknüpfen. So geschah es, daß er mir, als ich einst dies wichtige Geschäft abtun wollte, blind schien, und ich ihn nach bekannter Methode anhauchte, um ihn dann hell zu polieren. — Alle meine Pulse stockten, mein Innerstes bebte vor wonnigem Grauen! — ja so muß ich das Gefühl nennen, das mich übermannte, als ich, sowie mein Hauch den Spiegel überlief, im bläulichen Nebel das holde Antlitz sah, das mich mit jenem wehmütigen, das Herz durchbohrenden Blick anschaute! — Ihr lacht? — Ihr seid mit mir fertig, ihr haltet mich für einen unheilbaren Träumer, aber sprecht, denkt, was ihr wollt, genug, die Holde blickte mich an aus dem Spiegel, aber sowie der Hauch zerrann, verschwand das Gesicht in dem Funkeln des Spiegels.

Ich will euch nicht ermüden, ich will euch nicht herzählen alle Momente, die sich, einer aus dem andern, entwickelten. Nur so viel will ich sagen, daß ich unaufhörlich die Versuche mit dem Spiegel erneuerte, daß es mir oft gelang, das geliebte Bild durch meinen Hauch hervorzurufen, daß aber manchmal die angestrengtesten Bemühungen ohne Erfolg blieben. Dann rannte ich wie wahnsinnig auf und ab vor dem öden Hause und starrte in die Fenster, aber kein menschliches Wesen wollte sich zeigen. — Ich lebte nur in dem Gedanken an sie, alles übrige war abgestorben für mich, ich vernachlässigte meine Freunde, meine Studien.

Dieser Zustand, wollte er in mildern Schmerz, in träumerische Sehnsucht übergehen, ja schien es, als wolle das Bild an Leben und Kraft verlieren, wurde oft bis zur höchsten Spitze gesteigert durch Momente, an die ich noch jetzt mit tiefem Entsetzen denke.

Da ich von einem Seelenzustande rede, der mich hätte ins Verderben stürzen können, so ist für euch, ihr Ungläubigen, da nichts zu belächeln und zu bespötteln, hört und fühlt mit mir, was ich ausgestanden.

Wie gesagt, oft, wenn jenes Bild ganz verblaßt war, ergriff mich ein körperliches Übelbefinden, die Gestalt trat, wie sonst niemals, mit einer Lebendigkeit, mit einem Glanz hervor, daß ich sie zu erfassen wähnte. Aber dann kam es mir auf grauliche Weise vor, ich sei selbst die Gestalt, und von den Nebeln des Spiegels umhüllt und umschlossen. Ein empfindlicher Brustschmerz, und dann gänzliche Apathie endigte den peinlichen Zustand, der immer eine, das innerste Mark wegzehrende Erschöpfung hinterließ. In diesen Momenten mißlang jeder Versuch mit dem Spiegel, hatte ich mich aber erkräftigt, und trat dann das Bild wieder lebendig aus dem Spiegel hervor, so mag ich nicht leugnen, daß sich damit ein besonderer, mir sonst fremder physischer Reiz verband.

Diese ewige Spannung wirkte gar verderblich auf mich ein, blaß wie der Tod und zerstört im ganzen Wesen schwankte ich umher, meine Freunde hielten mich für krank, und ihre ewigen Mahnungen brachten mich endlich dahin, über meinen Zustand, so wie ich es nur vermochte, ernstlich nachzusinnen. War es Absicht oder Zufall, daß einer der Freunde, welcher Arzneikunde studierte, bei einem Besuch Reils Buch über Geisteszerrüttungen zurückließ. Ich fing an zu lesen, das Werk zog mich unwiderstehlich an, aber wie ward mir, als ich in allem, was über fixen Wahnsinn gesagt wird, mich selbst wieder fand!

Das tiefe Entsetzen, das ich, mich selbst auf dem Wege zum Tollhause erblickend, empfand, brachte mich zur Besinnung und zum festen Entschluß, den ich rasch ausführte. Ich steckte meinen Taschenspiegel ein und eilte schnell zu dem Doktor K., berühmt durch seine Behandlung und Heilung der Wahnsinnigen, durch sein tieferes Eingehen in das psychische Prinzip, welches oft sogar körperliche Krankheiten hervorzubringen und wieder zu heilen vermag. Ich erzählte ihm alles, ich verschwieg ihm nicht den kleinsten Umstand und beschwor ihn mich zu retten von dem ungeheuern Schicksal, von dem bedroht ich mich glaubte. Er hörte mich sehr ruhig an, doch bemerkte ich wohl in seinem Blick tiefes Erstaunen. „Noch," fing er an, „noch ist die Gefahr keineswegs so nahe als Sie glauben, und ich kann mit Gewißheit behaupten, daß ich sie ganz abzuwenden vermag. Daß Sie auf unerhörte Weise psychisch angegriffen sind, leidet gar keinen Zweifel, aber die völlige klare Erkenntnis dieses Angriffs irgendeines bösen Prinzips gibt Ihnen selbst die Waffen in die Hand, sich dagegen zu wehren. Lassen Sie mir Ihren Taschenspiegel, zwingen Sie sich zu irgendeiner Arbeit, die Ihre Geisteskräfte in Anspruch nimmt, meiden Sie die Allee, arbeiten Sie von der Frühe an, so lange Sie es nur auszuhalten vermögen, dann aber, nach einem tüchtigen Spaziergange, fort in die Gesellschaft Ihrer Freunde, die Sie so lange vermißt. Essen Sie nahrhafte Speisen, trinken Sie starken kräftigen Wein. Sie sehen, daß ich bloß die fixe Idee, das heißt, die Erscheinung des Sie betörenden Antlitzes im Fenster des öden Hauses und im Spiegel vertilgen, Ihren Geist auf andere Dinge leiten und Ihren Körper stärken will. Stehen Sie selbst meiner Absicht redlich bei."

Es wurde mir schwer, mich von dem Spiegel zu trennen, der Arzt, der ihn schon genommen, schien es zu bemerken, er hauchte ihn an und frug, indem er mir ihn vorhielt: „Sehen Sie etwas?" „Nicht das Mindeste," erwiderte ich, wie es sich auch in der Tat verhielt. „Hauchen Sie den Spiegel an," sprach dann der Arzt, indem er mir den Spiegel in die Hand gab. Ich tat es, das Wunderbild trat deutlicher als je hervor. „Da ist sie," rief ich laut.

Fortsetzung folgt.

sischen Grenze geboren, blieb er stets auf der Mittellinie zwischen West und Ost. Er ist Pole und Jude, Deutscher und Russe: alles zusammen und nichts von alledem im besonderen. **Nichts bindet ihn an Rußland, seine Sehnsucht eilt schon anderen Zeiten entgegen, er steht sprungbereit da.“**

Die „Vossische Zeitung“ druckt selbstverständlich diese zweifellos zutreffende Kritik ihres Blutsverwandten mit breitem Grinsen ab. Wohin Radek bei seinem nächsten Sprunge setzen wird, ist klar, ebenso klar wie der Zynismus der alljüdischen „Vossischen Zeitung“, die das Abstoßende und Abscheuliche in Radeks Verbrecherphysiognomie und schändlichem Tun ins literarische übersetzt, um ihm beim deutschen Pöbel den Boden vorzubereiten, auf dem er seine nächsten Sprünge zu machen gedenkt.

Scheidemanns Dolchstoß

Aus dem „Deutschen Revolutions-Almanach 1919“.

Von *.

Philipp Scheidemann glaubte im „Vorwärts“, Nr. 331 vom 18. Juli 1923, „die heimtückische Verleumdung von dem Dolchstoß glänzend ad absurdum“ führen zu können, indem er feststellt, daß die Revolution vom 9. November 1918 erst ausgebrochen sei, nachdem die Oberste Heeresleitung wiederholt die Abgabe eines Friedensangebotes verlangt habe, „weil nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr (bestehe), dem Feinde den Frieden aufzuzwingen“.

Das Gedächtnis des Herrn Scheidemann und seine Logik sind wahrhaft bewundernswert! Daß die Regisseure des 9. November 1918 zur offenen Inszenesetzung und Proklamation ihrer Neidingstat nicht eher den Mut fanden, als bis sie gewiß waren, daß ihre heimliche Wühlarbeit hinter der Front und im Heere (daher der Name „Dolchstoß“!) ihr Ziel erreicht hatte, und daß ihnen diese Gewißheit durch das Friedensverlangen der Heeresleitung gegeben war — weiß heutzutage jedes Kind. Dazu bedarf es nicht erst der geistigen Offenbarungen eines Herrn Scheidemann! Beweist er doch selbst gerade das Gegenteil von dem, was er will: denn in dem Augenblick, wo die Heeresleitung erklärte, es sei geboten, „den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen“ (3. Oktober 1918) — fiel für jeden ehrlichen Deutschen, mochte er sich nun Sozialdemokrat, Pazifist oder sonstwie nennen! — überhaupt jeder triftige Grund zu gewaltsamer Staatsumwälzung fort — zum mindesten für die Zeit bis zur endgültigen Friedensunterzeichnung! Denn nun galt es, in dem Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden noch einmal alle Kraft zusammenzuhalten, innerlich festzubleiben und zusammenzustehen, um nicht den überlegenen feindlichen Militarismus noch mehr zu stärken, der natürlicherweise um so mehr auftrumpfen würde, je weniger widerstandsfähig sich das deutsche Volk und Heer im Verlaufe der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen erwiese! Diesen letzten inneren, bis aufs äußerste angespannten Zusammenhalt und Widerstand noch in allerletzter Stunde, im letzten Augenblicke, da Waffenstillstand und Frieden schon unmittelbar vor der Tür standen, planmäßig zersprengt und das deutsche Volk dadurch seinem gehässigsten Feinde völlig wehr- und waffenlos ausgeliefert zu haben — das ist der Fluch der heimtückischen Neidingstat des „Dolchstoßes“, an der jeder mitschuldig wird, der sie nur irgend zu beschönigen wagt!

„Wehe dem Volk, das seine Waffen fünf Minuten zu früh aus der Hand legt!“ — hat Scheidemann ja selbst in voller Erkenntnis der Sachlage noch kurz vor der Revolution gesagt! Nicht darum handelt es sich, ob die Oberste Heeresleitung noch die Aussicht zu rein militärischer Niederwerfung der Feinde hatte oder nicht — die hatte auch Friedrich der Große seit dem „Hungerlager von Bunzelwitz“, seit 1761 nicht mehr, und gewann doch den Krieg und einen ehrenvollen Frieden! —, sondern allein darum, daß unmittelbar während der Anbahnung ehrenvoller Friedensverhandlungen eine erbärmliche Verschwörung mit jahrelang vorbereiteten Plänen den in äußerster Not ausharrenden Frontsoldaten jählings in den Rücken fiel!

Um aber jedes Mißverständnis über den Charakter dieses „Dolchstoßes“, über seine planmäßige Vorbereitung und die Persönlichkeit der Regisseure des 9. November 1918 auszuschließen, sei einem Zeugen das Wort gegeben, dessen Sachkunde wohl auch Herr Philipp Scheidemann nicht in Zweifel ziehen wird:

Im „Deutschen Revolutions-Almanach 1919“ (Verlag Hoffman und Campe, Hamburg-Berlin), der Beiträge der Herren Philipp Scheidemann, Kautsky, Bernstein, Hugo Haase, Otto Landsberg, Ludo Hartmann, Kurt Eisner, Friedrich Stampfer, Siegfried Jakobsohn, Alfred Wolffenstein, Stephan Großmann, Paul Landau, Alfred Kerr (wo bleibt Tucholski —?), Wilhelm Dittmann usw. enthält, sind auf S. 49 ff. die

„Daten der Revolution“

in Deutschland und Österreich-Ungarn zusammengestellt. Es heißt da u. a.:

1914. 2. Dezember: . . . Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht im Reichstage . . .

1916. 27. Januar: Erstes Erscheinen der Spartakusbriefe.
1. Mai: Karl Liebknecht sucht zur Front gehende Soldaten auf dem Potsdamer Bahnhof an der Abreise zu verhindern. Rede auf dem Potsdamer Platz . . .
Mai—Juni: „Hungerdemonstrationen“ in verschiedenen Städten Deutschlands. (Beachte die Anführungsstriche bei dem Wort: „Hungerdemonstrationen“!)
Juni—Juli: Verbreitung von revolutionären Flugblättern in Deutschland und an den Fronten . . .
Sommer: Zum Streik auffordernde Flugblätter werden in größeren Städten Deutschlands verbreitet.
28.—30. Juni: Massenstreiks in Berliner u. Braunschweiger Munitionsbetrieben.
20. September: Die erste Nummer der geheim verbreiteten Zeitschrift „Spartakus“ erscheint. (Bedenke: 1916!)
21. Oktober: Friedrich Adler erschießt den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh in Wien . . .

1917. 16./17. April: Große Streiks in den Kriegsindustriezentren . . . Dazu Auftreten von gedrucktem Agitationsmaterial aus dem Auslande . . . (!!)
Sommer: Revolutionäre Agitation in der Marine. Gehorsamsverweigerungen auf Schiffen der Nordseestation.
November: Beginn der russisch-bolschewistischen Agitation an der Ostfront und im Innern Deutschlands (!).

1918. Januar: Verstärkte revolutionäre Ententepropaganda im Innern und an der Westfront durch Flugblattschmuggel (!) und Fliegerabwürfe . . .
28. Januar: Erste politische Massenstreiks in Deutschland; Arbeiterräte treten hier zum erstenmal in öffentliche Erscheinung (!) . . .
7. Oktober: Reichskonferenz der Spartakusgruppe in Gotha. Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten wird für sofort an allen Orten beschlossen, wo solche noch nicht vorhanden (!) . . . Militäragitation.
21. Oktober: Beginn der Waffenkäufe im Kreise der Unabhängigen (Selbstladepistolen und Munition) mittels russischer Gelder (!) . . .
6. November: . . . Übergabe von vier Millionen Rubel durch den russischen Botschafter Joffe an den Unabhängigen Oskar Cohn für die Zwecke der deutschen Revolution . . . (!).

So bezeugt vom „Deutschen Revolutions-Almanach 1919“, mit Beiträgen der Herren Philipp Scheidemann, Kautsky, Haase, Bernstein, Eisner, Landsberg, Landau, Hartmann, Stampfer, Jakobsohn, Wolffenstein, Großmann, Kerr (Tucholski fehlt!) und vieler anderer dii minores. Man sollte meinen, das genügt.

Daß Liebknecht-Luxemburg-Haase-Oskar Cohn und Co. mit ihrer ganzen jüdisch-bolschewistischen Sippschaft die Urheber und Lenker des „Dolchstoßes“, 200 Kieler Matrosen und die deutsche Arbeiterschaft samt Herrn Philipp Scheidemann nur das Werkzeug dieser edeljüdischen Führer gewesen, geht aus dem gewichtigen Zeugnis des „Deutschen Revolutions-Almanach 1919“ für jeden ehrlichen, vernünftigen Deutschen klipp und klar hervor.

Daß niederträchtige Heuchelei und Lüge diesen „Dolchstoß“ führte, bewies schon der Soldatenrat von Kiel, als er am 9. November 1918 durch Flugblätter verkündete: „Die englische Flotte ist mit roter Fahne vor Helgoland erschienen. Von den Franzosen wird Ähnliches erwartet.“ —

Daß dieser Dolchstoß aber überhaupt geführt werden, daß jüdisches Bolschewistentum überhaupt Wurzel fassen und Anhang finden konnte, lag mit an der Blindheit und Schwäche der Regierung und des Bürgertums in der Heimat, die aus „humanitären“ oder weiß Gott welch jüdisch-freimaurerischen Gründen sonst noch lieber ein ganzes Volk verderben als gewissenlose, von ausländischem Gelde bezahlte Hetzer unschädlich machen ließen!

Der 8. August 1918, der „schwarze Tag“, an dem einer frisch und tapfer angreifenden deutschen Division aus den Reihen einer zurückgehenden Truppe der Ruf „Streikbrecher!“ entgegengeschleudert wurde, offenbarte zum erstenmal erschreckend die Wirkung dieser heimtückischen, jüdischen Agitation. Die Forderung der Obersten Heeresleitung nach Friedensverhandlungen, um nutzlose Opfer von Tausenden wackerer Soldaten zu ersparen, entsprach nach alledem nur einer militärischen Pflicht.

Ein todeswürdiges Verbrechen aber war es, als die Einpeitscher der Revolution durch das heuchlerische Versprechen von „Frieden, Freiheit, Brot“ (!!) das Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft schmählich mißbrauchten, um das deutsche Volk durch diese Tat erst recht in tausendfache Blutopfer, in den Jammer und das Elend jahrelanger Versklavung und Fremdherrschaft hineinzutreiben!

Einen Mann aber, der, wie Philipp Scheidemann, diesen Tatbestand absichtlich verschleiert, der vor dem 9. November 1918 selbst sagt: „Wehe dem Volke, das seine Waffen fünf Minuten zu früh aus der Hand legt!“ — um später begeistert zu verkünden: „Das deutsche Volk hat am 9. November auf der ganzen Linie gesiegt!“ — den nimmt heute hoffentlich kein ehrlicher, vernünftiger Deutscher, mag er sich nun als national oder liberal, als Sozialdemokrat oder Kommunist bekennen, überhaupt noch im geringsten ernst!

IHRE ANZEIGE
hat im
Völkischen Beobachter
deshalb Erfolg, weil unsere Leser wissen, daß in unserem Anzeigenteil nur
einwandfreie Firmen
Aufnahme finden.
Deutsche kaufen nur in deutschen Geschäften deutsche Ware.

Aus einer jüdischen Hochschule

Durch die Presse geht die Nachricht: Die medizinische Fakultät der Universität Heidelberg hat den Holzindustriellen N. Wolffsohn in Mannheim in Anerkennung seiner **namhaften Verdienste um die tatkräftige Förderung wissenschaftlicher Forschung** und seines besonderen Interesses für alle Bestrebungen der praktischen Medizin **zum Wohle der leidenden Menschheit** zum Ehrendoktor ernannt.

Wir fragen an, ob wir es mit jenem Hebräer zu tun haben, der zunächst einmal kein Holz-Industrieller, sondern einer der ganz modernen Holzverschieber ist und laut einer vorliegenden Auskunft am 25. Juli 1884 zu Memel als rassenreiner Echtdeutscher geboren wurde und es während des Krieges (wie die meisten seiner Blutsverwandten) vortrefflich verstanden hat, anstatt unter den Truppen dem Vaterlande, in der Heimat seinem eigenen Geldbeutel zu dienen. Dieser „Deutsche“ ist während der Kriegsjahre nach Mannheim übergesiedelt und hat auch an dieser Städte sein Unterkommen gefunden.

Wenn wir nun wirklich schon so weit verjudet sind, daß solchen Blutsaugern für schmutziges Papiergeld von einer Universität der Ehrendoktor erteilt wird, dann erübrigt sich jedes weitere Wort. Fraglicher Herr wohnt in Mannheim in der Heinrich-Lanz-Straße 43. Wir wären dankbar, wenn es gelingen würde festzustellen, ob dieser Ehrendoktor W. mit dem oben näher bezeichneten Ostjuden identisch ist.

Besonders eine Antwort der Universität Heidelberg wäre uns wertvoll.

Letzte Nachrichten

Der griechische-italienische Konflikt.

Zur Ermordung der italienischen Kommission. — Bericht eines Augenzeugen.

tu. Rom, 30. Aug. Von dem führenden Offizier der in Südalbanien tätigen Militärkommission für die Regelung der albanisch-griechischen Grenzlinie erhält die italienische Regierung über die gestern gemeldete Ermordung der italienischen Mitglieder der Kommission folgenden Bericht:

Ich habe heute die Leichen des Generals Tellini, des Oberstabsarztes Torti, des Leutnants Beacini, des Chauffeurs Farneti und des Dolmetschers Craveri nach Janina überführt. Das Attentat geschah am 27. August um 9 Uhr vormittags auf der Straße von Janina nach Santa Quaranta östlich des an der griechischen Grenze von Kakdia stehenden Postens, an einem Punkte, wo die Straße einen dichten Wald durchschneidet. Einige Minuten nach der Vorbeifahrt des Kraftwagens des albanischen Delegierten, der an der Spitze der Wagenkolonne fuhr, wurde über die Straße ein Baumstamm gelegt, und zwar unmittelbar an einer sehr scharfen Kurve.

Der Kraftwagen, in dem die italienische Delegation saß, mußte stoppen, und sofort darauf wurden gegen die Insassen ungefähr 30 bis 40 Schüsse abgegeben. Der Oberstabsarzt wurde tot am Wagen gefunden. Die anderen hatten gerade noch Zeit, auszusteigen und einige Schritte zu gehen. Ihre Leichen wurden auf der Straße aufgelesen. Der griechische Oberst Bozari, der aus großer Entfernung dem italienischen Wagen folgte, traf an der Mordstelle ein, als alles vorbei war und die Attentäter sich in den Wald geflüchtet hatten. Die albanische Gerichtskommission hat festgestellt, daß die Leichen nicht durchsucht worden sind, so daß auf ein politisches Verbrechen mit Sicherheit geschlossen werden muß.

Da die griechische Regierung, ungeachtet der Tatsache, daß die Tat auf griechischem Boden geschehen ist, sich nicht veranlaßt gefühlt hat, auch nur ein Zeichen des Bedauerns und der Anteilnahme über das Verbrechen nach Rom zu senden, hat die italienische Regierung sich veranlaßt gesehen, die schärfsten Maßregeln zu veranlassen und die entsprechende Genugtuung zu fordern.

tu. London, 30. Aug. Aus Athen wird gemeldet, daß der griechische Ministerpräsident Gonatas in einer Unterredung die Ansicht äußerte, die Mörder könnten nur Albaner sein, und er glaube nicht, daß dieser Zwischenfall die guten Beziehungen zwischen Griechenland und Italien zu beeinträchtigen geeignet sei. Nach einer weiteren Meldung aus der griechischen Hauptstadt ist die griechische Regierung fest entschlossen, sich erniedrigende Bedingungen von Italien nicht bieten zu lassen und zur Beilegung des Konfliktes den Völkerbund anzurufen.

tu. London, 30. Aug. Die politische Mordtat in Albanien war gestern Gegenstand von Beratungen der Botschafterkonferenz in Paris. Die Debatte darüber wird heute fortgesetzt. Die in der Sache liegenden Gefahrmöglichkeiten werden in Londoner politischen Kreisen klar erkannt und die Presse drückt die Hoffnung aus, daß im Interesse der Gerechtigkeit und Freiheit Europas die Leidenschaft der Gemüter im Zaume gehalten werden wird.

Die italienische Aktion.

tu. Rom, 30. Aug. Ein Teil der in Tarrent konzentrierten Flotte ist heute früh ausgelaufen. Es verlautet, daß sie die Richtung nach dem Pyräus genommen hat. Andere Schiffe liegen vor dem Kap Leuka vor Anker. Einige Abteilungen Karabinieri halten sich zur Abfahrt bereit.

Über die Tragweite des italienischen Schrittes schreibt die „Idea Nationale“: Wir brauchen nicht Rache für vergossenes Blut zu fordern. Unsere Regierung wird allein dafür sorgen. Ein Staat, der nicht im Stande ist, einen solchen Verstoß gegen die Kulturbegriffe zu verhindern, muß eine rascheste und restlose Demütigung erfahren.

Antigriechische Ausschreitungen.

tu. Triest, 30. Aug. Gestern abend zog eine große Menge unter Vorantragung einer griechischen Fahne durch die Stadt und verbrannte die Fahne auf dem Freiheitsplatz. Die Demonstranten zogen dann in die Altstadt und drangen in ein von Griechen starkbesuchtes Café ein, dessen Einrichtung sie vollständig zertrümmerten und verschiedene Gäste mißhandelten. Unter Schmährufen auf Griechenland begaben sich die Demonstranten dann zur griechischen Kirche, sowie zur griechischen Schule, wo sie sich verschiedener Tafeln bemächtigten und sie ins Meer warfen. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Es bleibt beim passiven Widerstand.

tu. Berlin, 30. Aug. Der Bericht des englischen Arbeitervertreters Tom Shaw aus dem Ruhrgebiet ist vielfach Anlaß von Mißverständnissen geworden. Erst gestern ist von zuständigen Arbeiterkreisen des Ruhrgebietes wieder eine Resolution eingelaufen, die durchaus auf dem Standpunkt steht, daß man am passiven Widerstand in der bisherigen Form festhalten müsse. Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Belagerungszustand über Bochum.

tu. Bochum, 30. Aug. Über Bochum ist der Belagerungszustand verhängt worden, angeblich wegen Belästigung eines betrunkenen Offiziers durch das Publikum.

Eine Strafmaßnahme in Wattenscheid

tu. Wattenscheid, 30. August. Wegen der auf der Kokerei „Holland“ verübten Sabotage hat der Ortskommandant die Schließung sämtlicher Wirtschaften in Wattenscheid angeordnet. Von der Stadt wurde unter Androhung weiterer Sanktionen die Ermittlung und Auslieferung der Täter verlangt.

Zur Ausführung der Betriebsabgabe!

tu. Berlin, 30. Aug. Der Umrechnungssatz der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und Gärtnereibetriebe für die Betriebsabgabe beträgt in der Zeit vom 1. bis einschließlich 7. September 1 290 000 Mark für je eine Goldmark.

Aufhebung der Frachtstundungen?

tu. Berlin, 30. Aug. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, schweben zwischen dem Reichsverkehrsminister Öser und der deutschen Verkehrskreditbank zur Zeit Verhandlungen zur Abänderung des Vertrages über die Frachtstundungen. In dem neuen Vertrag soll die Frachtvergütung in Verbindung mit der Geldentwertung geregelt werden.

Die Geldmitnahme über die Grenze.

tu. Berlin, 30. August. Vom 1. September ab ist der Höchstbetrag für die persönliche Mitnahme nach dem Auslande auf Grund des jeweiligen Goldzollaufgeldes erhöht und neu festgesetzt worden. Nachdem gegenwärtig das Goldzollaufgeld vom 1. bis 7. September 129 019 000 ist, beträgt die Freigrenze für das über die Grenze mitzunehmende Geld 645 100 000 Mark.

Die Beamtenbesoldungsfrage.

tu. Berlin, 30. Aug. Der Deutsche Beamtenbund hat sich in der Sitzung seiner Bundesleitungen mit den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands und ihrer Auswirkung auf die Beamtenschaft beschäftigt. Die Angriffe gegen die Vorauszahlungen der Beamten waren naturgemäß Gegenstand einer längeren Aussprache. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß die Inflation nicht in den Bezügen der Beamtenschaft, sondern in dem Bedarf des Reiches überhaupt ihre Ursache habe. Dieser Bedarf sei in erster Linie auf die Erfüllung des Friedensvertrages zurückzuführen. Wenn die Gehälter der Beamten und die Vorauszahlungen auch nicht Ursache der Inflation sind, so muß doch zugegeben werden, daß sie auch einen Einfluß auf die Inflation ausübt. Getragen von dem Willen, jede Möglichkeit zu ergreifen, die geeignet ist, die katastrophale Finanzlage zu erleichtern, wird der Deutsche Beamtenbund in den kommenden Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister bereit sein, eine Lösung zu finden, die den Grundsätzen einer vernünftigen Finanzpolitik entspricht.

Ermordung eines fascistischen Parteisekretärs

tu. Triest, 30. Aug. Der Sekretär der Fascistischen Partei, Morara, wurde gestern durch drei Revolverschüsse getötet. Der Attentäter wurde verhaftet. Er heißt Sollaroli und erklärte, die Tat aus Rache verübt zu haben, weil ihm Morara das versprochene Chauffeurdekret nicht ausgehändigt habe.

Alle Geschäfte und öffentlichen Lokale sind geschlossen und von den Häusern weht die schwarz umflorte Tricolore. Morara war ein Jugendfreund Mussolinis.

Die angebliche Rückkehr des früheren Kronprinzen.

tu. Berlin, 30. Aug. Zu den Gerüchten, das Reichskabinett beschäftigte sich zur Zeit mit einem Antrag des ehemaligen Kronprinzen auf Genehmigung seiner Rückkehr nach Deutschland, wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ an amtlicher Stelle mitgeteilt, daß die Regierung wohl darüber orientiert sei, daß der Kronprinz eine derartige Absicht haben soll. Ein Antrag ist aber an die Regierung noch nicht gelangt.

Der Abschied von Konstantinopel.

tu. Konstantinopel, 30. Aug. Der Abschiedsempfang, der gestern von dem Oberkommandierenden der alliierten Truppen in Konstantinopel, General Harrington, und seiner Gemahlin abgehalten wurde, war die erste Gelegenheit, bei der die türkischen Autoritäten offiziell zu einem gemeinschaftlichen Alliiertenempfang eingeladen wurden. Unter den Gästen befanden sich alle früheren türkischen Generale und Beamte, mit denen General Harrington während seiner Amtszeit in Berührung gekommen ist. Ebenso waren die führenden Persönlichkeiten der armenischen, griechischen und jüdischen Kolonie erschienen.

Ungarn verkauft seinen Ernteüberschuß.

tu. Budapest, 30. Aug. Der ungarische Ernährungsminister hat den Ernteüberfluß von 300 Waggons Feinmehl an schweizerische Interessenten verkauft zu 27 Franken je Meterzentner. Für weitere 1000 Waggons erteilte er die Op-

Die Wahlen in Irland

tu. Dublin, 30. August. Auch nach dem bis heute aus dem Lande eingelaufenen Wahlresultaten darf als feststehend angesehen werden, daß die Regierungspartei einen Wahlsieg davongetragen hat. Die bisher vorliegenden Resultate sind: Regierungspartei 27, Unabhängige 7, Republikaner 9, Bauernpartei 4 und Arbeiterpartei ebenfalls 4 Mandate. Der Ausgang der Wahlen zeigt, daß sich Irland auf dem Wege zur inneren Festigung und Ordnung befindet.

Die Marokkofrage.

tu. Madrid, 30. Aug. Außenminister Alba erklärte, daß die Wiederaufnahme der Londoner Tangerkonferenz für den 28. September in Aussicht genommen ist. — Die Riffrebellen haben einen neuen schweren Angriff gegen die spanischen Stellungen zwischen Tetuen und Schechaan begonnen. Das Artilleriefeuer war in Tanger deutlich zu hören.

Doppelfahnenweihe in Wasserburg a. Inn.

Wasserburg, 30. August.

Am Samstag und Sonntag, den 1. u. 2. September, bietet Wasserburg alles auf, um 165 Kriegervereine feierlichst zu empfangen. Der Kronprinz, Prinz Alfons, Prinz Franz und viele andere Generale haben ihr Erscheinen zugesagt. Die Einwohner kleiden bereits ihre Häuser in lange nicht mehr gesehenes Festgewand. Die dortige „Zweier-Vereinigung“ und der Verein ehem. Angehöriger des Ingenieurkorps“ haben nämlich am gleichen Tage Fahnenweihe und aus finanziell praktischen Gründen ihre Feststunden zusammenverlegt. Die Patenstelle der dortigen Pioniere, unter denen sich sehr viele Flieger befinden, hat die Ortsgruppe München der Vereinigung ehem. Angehöriger der Fliegertruppen einschl. des Offiziersvereins übernommen. Diese werden mit ihrem Ehrenvorsitzenden Exz. General v. Lehmann dort eintreffen. Die Abfahrt für die Flieger erfolgt am Samstag nachm. 4 Uhr ab Türkenkaserne (Fahrt und Unterkunft kostenlos). Viele Fliegerkameraden aus den Nachbarbezirken von Wasserburg haben ihr Erscheinen angemeldet.

Partei-Bibliothek Samstag, 1. September, geschlossen.

Vom deutschen Egerland

Alle größeren Volksstämme Europas, die in einem Staatswesen zusammengeschlossen waren, setzten sich für ihre Stammesgenossen ein, die das Unglück hatten, infolge der geschichtlichen Entwicklung außerhalb ihres nationalen Staates leben zu müssen! Immer wieder erhoben sie ihre Stimme für die „Erlösung“ ihrer Brüder in der Fremde, nicht müde wurden sie, die Bande zwischen ihrem Nationalstaat und jenen Stammesgenossen im fremden Staatswesen zu verstärken! Wer kannte nicht Italiens Klage um die wenigen Italiener in Südtirol, die Kämpfe der Balkanvölker untereinander, Serbiens Wühlarbeit gegen Österreich-Ungarn, die Selbständigkeitsbewegung der Polen, der Tschechen! Es waren Selbstverständlichkeiten! Die Freiheitssehnsucht dieser völkischen Minderheiten ist erlöst! Dafür schmachten heute hunderttausende von deutschen Volksgenossen unter der Faust fremder Siegerstaaten nach dem verlogenen Schandvertrag von Versailles oder nach dem Gewaltrecht des Räubers, der keine Verträge braucht! Spüren wir etwas von einer kräftigen Deutschtumsbewegung, die in lebender Fühlung mit alle den Ausgeschlossenen steht, haben wir etwas ähnlich Starkes wie die Irridenta (das „unerlöste“ Italien)? Nein! Das könnte ja bei den anderen Staaten Anstoß erregen und wäre peinlich für unsere demokratische Diplomatie! So etwas kann eine Reichsregierung, der international gerichtete Männer angehören, doch nicht wollen! Das wäre ja eine nationalistische Hetze! Wir haben zwar bei uns in Bayern eine Pressestelle in einem gewissen Amt, die uns etwas in Fühlung bringen könnte z. B. mit unseren urbayerischen Stammesbrüdern im Egerland, das unter dem tschechischen Terror schmachtet: aber erst, leise, damit sie nicht aufwacht! Die schnarcht nicht einmal laut, damit ihr's niemand übelnimmt! Lassen wir den Amtsschimmel schlafen und erzählen wir uns selber vom Egerland und wie es in die Gewalt des Tschechen kam!

Gewiß sind außer den Oberpfälzern genug unter uns, die es wissen, daß die alte Donaustadt Regensburg, die Hauptstadt der Oberpfalz, die bayerische Herzogstadt war, wo die ersten Herzöge von Bayern und längere Zeit auch die Könige von Deutschland Hof hielten. Die heutige Oberpfalz hieß früher der Nordgau und das oberste Stück des Nordgaus gegen Sachsen und Böhmen zu war das Gebiet der Reichsstadt Eger, wo ehemals die Grafen von Vohburg als Markgrafen saßen. Die Egerer Kirchen waren dem Bischof von Regensburg unterstellt. Die Egerländer waren reichsunmittelbar als König Heinrich der VII. der Lützelburger 1313 starb. Damals brach der unheilvolle Streit um die deutsche Krone aus, in dem Ludwig der Bayer nach langem Kampf Sieger blieb über Friedrich den Schönen von Österreich. Der König mußte die Unterstützung seiner Helfer belohnen. Dem wichtigsten unter ihnen, König Johann von Böhmen, hatte er zwanzigtausend Mark versprochen. Goldmark hatte er nicht so viele und das Papiergeld war in jener ehrlicheren Zeit noch nicht im Schwunge, da „versetzte“ der vielgeplagte König seinem böhmischen Schwager die getreue Reichsstadt Eger mit zugehörigem Land nebst den Schlössern Parkstein und Floß. Ludwig der Bayer bestätigte den Egerern nochmals ihre alten Rechte, welche ihnen durch die Verpfändung, aus der sie nach Kräften gelöst werden sollten, nicht beeinträchtigt wurden. Johann von Böhmen erkannte in der Verfassungsurkunde vom 23. Oktober 1322 diese Rechte ausdrücklich an. Die Egerer Bürger sollten nie etwas mit dem Kämmerer von Böhmen zu tun haben, sondern nur mit dem König oder dem eigens ernannten Vertreter; sie unterstanden also nicht der böhmischen Verwaltung. Desgleichen waren sie frei von böhmischer Königs- und Landsteuer: daß sie „Zolles und Umgeldes ledig und frei sollen fahren“ war für ihre regen Handelsbeziehungen zu Nürnberg, Bamberg, Regensburg, Augsburg, Frankfurt äußerst wichtig. Eger prägte seine eigenen Münzen. Als die Krone Böhmen an Habsburg kam, wurde die Sonderstellung des Egerlandes, die anfangs bestätigt wurde, trotz steten Einspruchs der Bewohner mit der Zeit etwas verwischt, da ja die kaiserlichen und königlichen böhmischen Ansprüche in der gleichen Person vertreten waren.

Als aber im Jahre 1897 der polnische Graf Badeni als Präsident der österreichisch-ungarischen Regierung den Versuch machte, durch Verordnung die tschechische Amtssprache auch in den deutschen Gebieten Böhmens und Mährens einzuführen, waren die Egerländer an der Spitze der Abwehrkämpfe, welche die Donaumonarchie heftig erschütterten. Sie betonten ihre reichsunmittelbare Stellung. Auf dem Egerer Volkstag am 11. Juli 1897 floß sogar das Blut deutscher Bürger, die durch tschechische berittene Polizei niedergehauen wurden. Damals blieb das Deutschtum Sieger im Kampf.

Auch heute steht das Egerland an der Spitze der Abwehrbewegung gegen die tschechische Politik der Ausrottung alles deutschen Wesens, nachdem es wider den Grundsatz der freien Selbstbestimmung, den die Entente uns so schön vorgelogen und auf den gewisse „Politiker“ so hereingefallen sind, gegen seinen Willen und sein verbrieftes Recht einfach zur tschechoslowakischen Republik geschlagen wurde! Schon im Oktober 1918 haben die Egerer berufenen Vertreter die Sonderrechte geltend gemacht, die Freiheit der Selbstbestimmung über ihre Staatszugehörigkeit beansprucht, und erklärt, daß sich, wie Deutschböhmen das Egerland, niemals einem tschechischen Staat unterwerfen werde.

Am 12. Januar 1919 stellten die Vertreter der Bezirke Eger, Wildstein und Asch nochmals ihre Forderungen auf. Im Februar versuchten sie gemäß ihrer feststehenden Rechte eigene Vertretung auf der Friedenskonferenz zu erhalten. Nichts half! Das wehrlose Ländchen wurde brutal vergewaltigt und die glorreiche deutsche Republik sah zu! Die Egerer gaben ihr Deutschtum nicht auf. Jemeils überreichten sie dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten eine Denkschrift über die Forderung auf Selbstbestimmung. Die Antwort sind beschleunigte Tschechisierungsversuche. Am 600. Jahrestag der Verpfändung im Oktober 1922 wandten sich die Deutsch-Egerländer an den Völkerbund und forderten ihr Recht. Dieses Schwindelinstitut des Feindbundes, nach dem die sozialdemokratischen Parteigrößen so sehr Sehnsucht haben, hat sich in seiner hohen Gerechtigkeit ausgeschwiegen. Was sollte es auch seinen tschechischen Freunden dreinreden! Die schickten dem Völkerbund höchstens eine Einladung auf die böhmische Kirchweih, weil sie dort nicht so diplomatisch gebildet sind, wie bei uns in Neudeutschland und Groß-Berlin. Indessen wütet die Tschechei gegen das Deutschtum im Egerland und übrigen Deutschböhmen und Mähren. Deutschland aber zieht die Schlafmütze weit über Augen und Ohren, damit es nichts sieht und hört, was der für sich allein unmögliche Tschechenstaat sich an Willkür gegen die deutschen Stammesgenossen erlaubt! Wir aber rufen den Brüdern zu: haltet aus in eurer heldenmütigen Treue! Unsere Herzen schlagen für euch! Wir haben euch nicht vergessen! Wie ihr, leben wir unentwegt für aller Deutschen Vereinigung und Befreiung!

S.

Münchner Festspiele

Prinzregententheater: Tannhäuser.

Für jeden Wagnerfreund und nicht nur für diesen konnte der zweite Thannhäuser eine wesentliche Bereicherung der Erkenntnis der spezifischen Eigenheit unseres größten Musikdramatikers bedeuten, dessen Werk unter Knappertsbuschs bekannter und umsichtiger Leitung unter Mitwirkung der Damen Merz (Elisabeth), Hesse (Venus), der Herren Wolf (Thannhäuser), Rode (Wolfram) und Sterneck (Landgraf) zur vollsten Geltung gebracht wurde.

Nationaltheater: Entführung.

Auch in der zweiten Festvorstellung der „Entführung aus dem Serail“ zeigte es sich wieder, daß man mit Recht Knappertsbusch als einen Mozartinterpreten ersten Ranges bezeichnen kann. Unter seiner Stabführung entwickelte das Orchester den ganzen romantischen Zauber, die heiter anmutige Bewegtheit, die feingezeichnete Charakteristik der beiden einander widerstrebenden Welten dieses orientalisierenden Werkes. Auch auf die Darsteller schien die Feststimmung übergegriffen zu haben. Besonders sind hervorzuheben der Belmonte Erbs, die tief und warm gestaltete Konstanze der Ivogün, das heiter graziöse, im Gesang noch unausgeglichene Blondchen der Arkandy, der humorvoll listige Pedrillo Seydels, der Osmin Bender. Das Publikum äußerte seine Teilnahme in lebhaftem Beifall.

Prinzregententheater: Rheingold.

Die zweite Festaufführung des Ringes nahm im Prinzregententheater am Dienstag mit „Rheingold“ seinen Anfang. Diesmal war es Knappertsbusch, dem das Orchester in allen Höhen und Tiefen folgte, der die dramatische Spannung bis zum letzten Takt mit Macht und Energie aufrechthielt. Ebenso bemühten sich die Darsteller mit Erfolg die Festspiele um einen eindrucksvollen Abend mehr zu bereichern. Da ist vor allem Erbs darstellerisch und gesanglich hervorragende Leistung des Loge zu nennen. Auf gleicher künstlerischer Höhe bewegten sich der Wotan Rodes, der Donner Brodersens, der Alberich Zadors (Berlin), der Mime Seydels und der Froh Depsers. Im übrigen sind noch zu nennen die Herren Gleß und Sterneck, die Damen Willer, Merz und als Rheintöchter Fichtmüller, Waldenau und Feuge. Die neue Inszenierung trägt bekanntlich zu einer bemerkenswerten Vertiefung des Rings bei. Besonders wurden im ersten Akt die Illusionen diesmal nicht durch früher vorhandene technische Mängel zerstört, was unbedingt als ein erfreulicher Fortschritt zu bewerten ist.

J. F.

*

Besetzung der Münchener Festspiele in den Hauptpartien für die Aufführungen vom 31. August bis 3. Sept.: „Siegfried“: Siegfried — Reinfeld, Mime — Seydel, Wanderer — Rode, Alberich — Zador (Berlin), Fafner — Gleß, Erda — Fichtmüller, Brünnhilde — Hesse, Waldvogel — Arkandy. „Götterdämmerung“: Siegfried — Reinfeld, Günther — Bauberger, Hagen — Bender, Alberich — Zador (Berlin), Brünnhilde — Hesse, Gutrune — Müller, Waltraute — Willer, Rheintöchter: Feuge, Fladung, Schreiber; Nornen: Fichtmüller, Waldenau, Ohms. „Ariadne auf Naxos“ (31. August): Musikalische Leitung: Heger; Regie Geis. Bacchus — Erb, Ariadne Merz, Zerbinetta — Ivogün, Komponist — Leander. „Cosi fan tutte“ (2. Sept.): Musikalische Leitung: Heger; Regie: Geis. Fiordiligi — Bosetti, — Dorabella — Willer, Giulielmo — Brodersen, Ferrando — Krauß, Despina — Ivogün, Don Alfonso — Bauberger.

Der Sternenhimmel und die Naturvölker

Es ist außerordentlich reizvoll, in Henselings „Astronomie für alle“, die eben zu erscheinen beginnt, zu lesen, wie die Naturvölker sich den Sternenhimmel vorstellen. Zunächst fand sich der Mensch durch nichts genötigt, die Gestirne einer andern Sphäre als dem Bereich der alltäglichen Erfahrungen zuzuteilen, sie weniger in den Kreis der Lebensbeziehungen einzureihen als etwa die Wolke, die Gestirne bedeckt und deren Regen den Boden näßt. So ist es in den Märchenerzählungen der Naturvölker etwas Selbstverständliches, daß man von hohen Bäumen und Bergen in den Himmel steigen, an einem herabhängenden Seil hinaufklettern, von Vögeln oder Wolken emporgetragen werden kann. Weit verbreitet sind Erzählungen, wie die von der Pfeilkette, die etwa zwei Brüder herstellen, indem sie jeden ersten Pfeil so hoch schießen, daß er im Himmel stecken bleibt, die folgenden dann so genau in der Kerbe der vorangehenden, daß eine Kette entsteht, mit deren Hilfe die Schützen emporklettern, vielleicht um als Sonne und Mond im Himmel zu leben. Himmel und Erde sind eins, und so spielen im geistigen Leben der Naturvölker die Gestirne durch ungezählte Jahrtausende der Entwicklung nur unbedeutende Rolle. Doch treten neben all den Gestalten der nächsten Umwelt auch Sonne, Mond und Sterne in den Märchen auf, die mit großer Treue durch lange Geschlechterreihen von den Müttern auf die Kinder vererbt und ebenso in der Gesellschaft der Erwachsenen weitererzählt werden. Diese Märchen, nach Art jener Pfeilkettenerzählung oder der Geschichte von dem Mann im Mond, sind aber durchaus keine Schöpfungen willkürlich dichtender Einbildungskraft, sondern sehr ernste Versuche, mit dem reichen Bilderschatz sinnlicher Erfahrung auch Dinge zu merken, die außer der Reichweite von Hand und Fuß liegen. Und wo sich Willkür zu zeigen scheint, wie dann, wenn ein Schlund die Sonne wegnimmt, wenn der Blitz oder ein Meteor krachend niederfährt, da gibt es für diese geistige Welt keine andere Möglichkeit als die, ein dämonisches Wesen als Träger der Erscheinung zu setzen. So mußte sich Dämonen- und Zauberglaube überall auf Erden in den Frühzeiten der Kultur mit der Betrachtung der Gestirne verbinden, und dies wirkt noch auf sehr viel spätere Stufen der menschlichen Geisteswirkung nach.

kos.

Münchener Beobachter

Die schwitzende „M. P."

Ich stehe da gestern zwischen halb acht und neun am Stachus beim Trambahnhäusl. Ich wart' und wart', werd' aber wieder amal glatt versetzt. Da seh' ich grad no ein Mitglied des hohen Redaktionskollegiums der „Münchener Post" daherwatscheln. Jetzt werd's recht, denk' ich mir.

Er kauft sich bei der Zeitungsfrau einen „Völkischen Beobachter" und setzt sich auf die Bank am Trambahnhäusl. Ich seh' mich auch hin. „Sie erlaub'n", sage ich mit einer angeborenen Harmlosigkeit. Ich erhalte keine Antwort, werde überhaupt nicht beachtet. Warum auch? Auf die Bank kann sich jeder hinsetzen, wenn er mag. Und was soll ein Mannsbild von so einem Mannsbild lange Notiz nehmen? Was anders is's, wenn's ebba a jung's Madl is. Aber ich bin nun mal leider a Mannsbild.

Der Mann, der keine Ahnung hat, welch boshafter Mensch neben ihm sitzt, betrachtet das Blatt von oben bis unten. Da es schon finster ist, sag' ich zu ihm: „Herr Nachba, Sie verderb'n Ihnen ja d' Augen. Was ham S' denn da? Is dös a englische Zeitung?" — „Na, der ‚Völkische Beobachter'." — „Na, der ‚V. B.' hat ja der Teufi g'sehn." — „Wie meinen Sie dös?" — „No ja. I woaß zwar net, was Sie für eine politische Anschauung ham. I für mei Person hab' mi allweil an d' ‚Münchener Post' g'halten."

Das wirkte. Der Mann schaute mich jetzt so gar wohlgefällig an und meinte: „Da ham S' auch recht g'habt. Die andern san a so schon lauter Faschisten g'worn."

Er blätterte dabei emsig im „V. B.", nimmt den Hut herunter und wischte sich das Hirn ab. Teilnehmend frage ich ihn: „Ja, was is denn, Herr Nachbar — schwitzen Sie? Ich find's eigentlich schon herbstlich kalt." — „Ja, wenn Sie wüßten, wie man sich ärgern muaß, wenn man im politischen Leben steht. Ich möcht' nur grad wiss'n, wo s' das Geld hernehma!" — „Ah so. Sie moana den ‚V. B.' No ja, dös hat d' ‚M. P.' a no koan g'sagt." — „Wieso, die ‚M. P.' ist ein Geschäftsunternehmen!" — „Dös werd aber net viel abwersa. Sie laßt schwer aus, die ‚M. P.' Es wachst einem ja zum Hals raus. Vaterländische Verbände hin und vaterländische Verbände her und zwischendurch etwas von den Hakenkreuzlern. Gibt's denn sonst gar nix mehr?" — „Sie haben offenbar keine Ahnung, vor welcher Umsturzgefahr wir stehen." — „I woaß net. D' Leut ham jedenfalls kei Angst davor, sonst würden s' d' ‚M. P.' mehra les'n. I hätt mir heut wieder amal eine kauft. Die Zeitungsfrau hat aber keine mehr g'habt. Sie nimmt sich bloß mehr zwei Stück, hat s' g'sagt, weil s' mehra do net anbringt. Ich hab mir jetzt für 's neue Monat auch den ‚Völkischen Beobachter' b'stellt. Da steht wenigstens was drin, und man erfährt, wie weit wir's schon bracht ham."

Der Mann wischte sich nochmals sein Hirn ab, setzte den Hut auf und sprang in den nächsten Straßenbahnwagen. Es werd ihn unterwegs do net der Schlag troffa hab'n? Spirifankerl.

Diktatur der Preisfestsetzungskommission

Zur Vermeidung von Legendenbildungen wird uns aus dem Rathaus folgendes mitgeteilt: „Dem heutigen Münchener Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 1416 Stück Großvieh, 680 Kälber und 322 Schweine (einschl. der von Metzgern direkt eingekauften Kälber und Schweine). Die Zufuhr von Großvieh war also gegenüber den letzten Märkten sehr reichlich und überstieg den Lokalbedarf wesentlich, so daß sich der Kauf ruhig und in geordneter Weise hätte abwickeln können. Die Preisschätzungskommission hatte im Gegensatz zu den beiden Vorwochen auf Anordnung der Schlachthofdirektion nur eine sehr geringe Zahl (zirka 5 Prozent des Gesamtauftriebes als erstklassig und über Notiz stehend bezeichnet; für alle übrigen Tiere hatte als Höchstpreis der für die erste Qualität festgesetzte Preis zu gelten. Von der Preisfestsetzungskommission, welche aus den von den Organisationen des Viehhandels, der Kommissionäre, der Landwirtschaft, des Metzgergewerbes abgeordneten Sachverständigen sowie den Beamten der Wucherabwehrstelle und der Schlacht- und Viehhofdirektion besteht, und jeweils vor dem Markt die Richtpreise nach der gesamten Marktlage festsetzt, wurde der Preis für erste Qualität Großvieh entsprechend den auf den anderen Märkten wiederum stark gestiegenen Viehpreisen und unter Berücksichtigung der sehr geringen Zahl von Tieren über Notiz auf 650 000 M. pro Pfund Lebendgewicht festgesetzt. Da die ersten Qualitäten bereits am Montag in Leipzig 750, Chemnitz 720, Frankfurt 800, Mannheim 750, Stuttgart 630, Plauen 800 notierten, war der Münchener Richtpreis immer noch erheblich niedriger wie die auf anderen deutschen Märkten bezahlten Preise einschl. Stuttgart, das noch Gewichtszuschläge bezahlt, angesichts der geringen Zahl von Tieren über Notiz und der guten Qualitäten sicherlich der niedrigste überhaupt. Trotzdem erklärten bei Marktbeginn die anwesenden Metzgermeister, aufgehetzt speziell durch einige Exporthändler und einen als Fleischhändler lange bekannten Metzgermeister, daß sie den Markt nicht betreten wollten, wenn die Preise nicht heruntergesetzt würden. Die Preisfestsetzungskommission hat daraufhin die Richtpreise aufgehoben und den Markt für völlig frei erklärt. Damit konnte jeder Metzger, ohne Bindung an Höchst- und Richtpreise, mit entsprechenden Angeboten frei handeln, was um so leichter möglich war, als der reichliche Auftrieb den Lokalbedarf weit überstieg. Das genügte den Metzgern jedoch noch nicht, sondern es wurde die Forderung gestellt, den Richtpreis auf 400 000 M. herabzusetzen. Einen derartigen, gänzlich ungesetzlichen und unberechtigten Eingriff in das Eigentum der Anlieferer lehnte die Preisfestsetzungskommission ab. Den aufklärenden Reden einiger angesehener Metzgermeister, welche auf die gefährlichen Folgen der zwangsweisen Herabsetzung der Preise für die Zufuhr hinwiesen, gelang es schließlich, die aufgeregten Massen zu beruhigen, so daß mit dreiviertelstündiger Verspätung der Markt beginnen konnte.

Interessant ist die Tatsache, daß den Metzgermeistern, die hier die Preise durch gewaltsame Eingriffe glauben herabdrücken zu können, andere Metzgermeister entgegenarbeiten, die draußen ab Stall Münchener Marktpreise und die Übernahme aller Transportkosten anbieten. Auf diese Weise gehen heute mehr Kälber und Schweine durch direkten Einkauf hier ein als durch die öffentlichen Märkte und selbstverständlich auch zu höheren Preisen, als wie sie hier angelegt werden müssen.

Die ständige Steigerung der Vieh- und Fleischpreise ist angesichts der Notlage weiter Volkskreise tief bedauerlich; aber ein Stadt wie München kann allein in dem unaufhaltsamen Strom fortgesetzter Preissteigerungen nicht eine Insel mit niedrigen Preisen bilden. Die unerbittliche Folge ist eben die Abwanderung auf die Märkte mit höheren Preisen. Durch die fortgesetzt künstliche Niederhaltung der Preise für Kleinvieh sind unsere Kleinviehmärkte auf lange Zeit hinaus ruiniert, obwohl München im Produktionsgebiet liegt. Durch Vorgänge wie auf dem heutigen Viehmarkt droht unseren bisher mühsam erhaltenen Großviehmärkten das gleiche Schicksal. Die Schlacht- und Viehhofdirektion muß daher vor Experimenten wie dem heutigen, die nur die Zufuhr schädigen, ernstlich warnen. Aber auch die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu verhindern, soll nicht die Fleischversorgung ihrer letzten Stütze beraubt werden."

Also die Metzger, welche um Aufrechterhaltung der Fleischversorgung bemüht sind, können gegen die Preisfestsetzungskommission nichts ausrichten: Die Preise müssen in die Höhe! Eine sehr soziale Institution, diese Preisfestsetzungskommission! Sie verdiente fast den Namen Preissteigerungskommission.

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Die britische Depression ist rasch nach Dänemark vorgestoßen. Einer ihrer Ausläufer ist über unser Gebiet hinweggezogen und hat böige westliche Winde und vorübergehende Bewölkungszunahme, jedoch keine Niederschläge gebracht. Auch weitere Ausläufer der Depression werden nicht voll zur Auswirkung gelangen, da von Südwesten her hoher Druck kräftig gegen die kontinentalen Lagen vorrückt.

Wettervorhersage für Freitag, den 31. August: Lebhafte westliche Winde, rasch wechselnde Bewölkung, Strichregen.

Amerikanisches Konsulat. Am Montag, den 3. September, werden anläßlich eines amerikanischen gesetzlichen Feiertages (Labor Day) die sämtlichen Abteilungen des hiesigen amerikanischen Konsulats den ganzen Tag über geschlossen gehalten.

Die Schola Gregoriana in der Allerheiligenkirche. Kommenden Sonntag, 2. Sept., nimmt Abt Alban Schachleiter, O. S. P., den durch die Schulferien unterbrochenen liturgischen Gottesdienst von neuem auf. Dem Hochamt geht die sog. Terz und eine kurze Erklärung des Messetextes voraus. Beginn ½9 Uhr. Nachm. 3 Uhr feierliche Vesper mit sakramentalem Segen. Diese Ordnung wird fortan an allen Sonn- und Feiertagen eingehalten.

Hoher Bierpreis und schlechtes Einschenken. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind angesichts der Erhöhung der Bierpreise wieder lebhafte Klagen über schlechtes Einschenken laut geworden, mit der Aufforderung zum behördlichen Vorgehen. Dazu wird erklärt, in der Hauptsache werde sich **das Publikum selbst zu schützen** wissen. Wenn in ruhiger, bestimmter Form Nachfüllung verlangt wird, so werde dem erfahrungsgemäß ohne weiteres entsprochen. Bestehe Anlaß, daß die Polizeibehörden zum Schutze gegen schlechtes oder gar betrügerisches Einschenken angerufen werden, so werden diese selbstverständlich einschreiten. — Es läßt sich nicht leugnen, daß das Publikum am schlechten Einschenken teilweise selbst schuld ist — es läßt sich's eben gefallen. Der Schenkkellner pro-

losen 600 000 Mark im Tag. Weibliche Erwerbslose beziehen 830 000 beziehungsweise

biert's, ob's geht, und — das Publikum schimpft und zahlt.

Einhebung von Geldern für die Milchverbilligung. Wie R.R. Hilble im städtischen Hauptausschuß mitteilte, ist in dem Milchpreis auch ein Betrag enthalten zur Deckung der Unkosten der Kontrolle für Eingang der Milch, Milchverteilung usw., und ein Aufrundungsbetrag für Zwecke der Milchverbilligung für die minderbemittelte Bevölkerung. Es ist notwendig, daß diese Beträge möglichst sofort von den Händlern an die Stadt abgeführt werden, um sie für Zwecke der **Milchverbilligung** verwenden zu können. Da das bisherige Einhebungsverfahren zu viel Zeit in Anspruch nahm, beschloß der Stadtrat, ein **Pauschalabrechnungsverfahren** wie bei der Gas- und Stromabrechnung, einzuführen. Vorbehaltlich der endgültigen Zahlung werden nunmehr von den Händlern zunächst im Benehmen mit der Stadthauptkasse Pauschalbeträge eingefordert.

Verbilligung von Brot und Milch für Minderbemittelte. Mit Rücksicht auf die gewaltig fortschreitende Teuerung beschloß der Stadtrat, die **Einkommensgrenzen**, bis zu denen verbilligtes Brot und verbilligte Milch bezogen werden kann, mit Wirkung vom 1. September neuerdings zu erhöhen, und zwar unter Angleichung an die Höchstsätze der Unterstützung für Alters- und Invalidenrentner. Bei den beschränkten Mitteln, die der Stadt zur Verfügung stehen, können die Bestimmungen über Anrechnung von Arbeitseinkommen und sonstigen Bezügen hier nicht zur Anwendung kommen. Es ist vielmehr **das gesamte Einkommen voll und ganz zu berücksichtigen.** Wer bereits im Bezug von Milch- und Brotverbilligung steht, bleibt im Genuß dieses Bezuges, auch wenn er obige Voraussetzungen nicht in vollem Umfang erfüllt.

Ferner beschloß der Stadtrat, ab 1. September den Wert der **Gutscheine für Milchverbilligung** von 4000 M. auf 40 000 M. pro Liter, und den Wert der Gutscheine für Brotverbilligung von 1000 M. auf 25 000 M. zu erhöhen. Der Wert der Gutscheine zum Bezug der verbilligten Krankensemmel wurde von 50 M. auf 5000 M. pro Stück festgesetzt. Im übrigen bleiben die bisherigen Vorschriften über Milch- und Brotverbilligung und Bezug des verbilligten Krankenbrotes weiterhin in Gültigkeit.

Wucherpreise im Hauptbahnhofsrestaurant. Vor drei Tagen bezahlte man, wie wir hören, im Hauptbahnhofsrestaurant für zwei Tassen Kaffee sage und schreibe 850 000 Mark!! Wenn guter Bohnenkaffee gereicht worden wäre, könnte man gegen diesen Preis, da das Pfund Kaffeebohnen gegenwärtig 2½ Millionen kostet, nicht viel einwenden, aber das Getränk, das da als Kaffee verkauft wurde, war absolut coffeinfrei. Es schmeckte nach allem Möglichen und Unmöglichen, nur nicht nach Kaffee. Wenn das also nicht Wucher ist, dann müßte die Definition dieses Begriffes entschieden geändert werden.

Der Milliardenschein. Jetzt kündigen sie also richtig den Milliardenschein an. Der 500-Millionen-Schein ist in Arbeit, der Milliardenschein in Vorbereitung. Die vorausschauende Reichsbank rechnet also mit einer Fortdauer und **Verstärkung der Geldentwertung** und richtet sich beizeiten darauf ein, was für den „Geldscheinkonsumenten" immerhin ein tröstliches Bewußtsein ist. Vor einem Jahr war im täglichen Verkehr der Hunderter noch das beherrschende Zahlungsmittel, bei größeren Geschäften trat der Tausender in seine Rechte, aber der damals gerade „aufgekommene" Zwanzigtausendmarkschein wurde noch wie ein Wundertier angestaunt, da er nur in den Taschen der Neureichen und Schieber zuhause war. Jetzt sind wir über die Fünfzig- und Hunderttausendmarkscheine längst zu den Millionenscheinen gekommen, und sie werden wieder vom Milliardenschein übertrumpft. — Wo bleibt da Stresemann, der Retter des Vaterlandes?!

Steuer zahlen! Wir weisen unsere Leser noch einmal auf die am 22. August 1923 erlassene amtliche Bekanntmachung der Finanzämter München II und III hin, wonach im August die **Brotversorgungsabgabe**, die erhöhten Vorauszahlungen an **Einkommen- und Körperschaftssteuer** und die **Rhein-Ruhr-Abgabe** zu zahlen sind. Die Brotversorgungsabgabe unterliegt ab 1. September, die erhöhten Vorauszahlungen an Einkommen- und Körperschaftssteuer und die Rhein-Ruhr-Abgabe unterliegen ab 2. September dem Verzugszuschlag mit 400 Prozent für jeden rückständigen halben Monat.

Die Zahl der **unterstützungsberechtigten Erwerbslosen** ist in der Woche vom 20. bis 25. Aug. von 1609 auf 1719 gestiegen.

Angleichung der Erwerbslosenunterstützungssätze an die Geldentwertung. Nach den neuen vom Reich beschlossenen und demgemäß von der Stadtgemeinde festgesetzten Sätze der Erwerbslosenunterstützung beträgt nunmehr, rückwirkend vom 22. August ab, die Erwerbslosenunterstützung: für einen alleinstehenden, männlichen, über 21 Jahre alten Erwerbslosen 1 Million, einen unter 21 Jahren alten Erwerbs-

460 000 Mark einschließlich der etwaigen Familienzuschläge erreicht der gegenwärtige Höchstsatz für einen Erwerbslosen die Höhe von 5 Millionen Mark im Tag. — Vorerst sind, in München wenigstens, der Erwerbslosen verhältnismäßig noch wenige. Was soll aber das werden, wenn einmal die Erwerbslosigkeit in großem Maßstab einsetzen wird?

Mietpreise für möblierte Räume. Vom 1. September ab berechnet sich das Abnützungsentgelt nach dem 60 000fachen Wert der Einrichtungsgegenstände. Erhöht werden die Sätze für Bedienung auf 350 000, 800 000, 1 200 000 und 1 850 000 Mark, für Wäschereinigung auf 450 000, 1 050 000, 1 350 000 und 1 500 000 Mark. Die durchschnittlichen Richtpreise stellen sich einschließlich Raummiete, Abnützungsentgelt, Bedienung und Wäschereinigung für Schlafzimmer minderer Art auf 1 090 000—1 280 000, einfach 2 300 000—2 630 000, gut bürgerlich 3 190 000 bis 3 750 000, Wohnzimmer mit Bett, herrschaftlich, 3 670 000—4 950 000, Herrenzimmer 2 570 000 bis 3 650 000. Der Untermieter hat den nach dem Verhältnis der Raumgrundmiete treffenden Anteil an der Wohnungsbauabgabe und dem Zuschlag zum Ausgleichsfonds zu tragen. Die ausführlichen Bestimmungen sind beim Mieteinigungsamt, Zimmer 16/II, erhältlich. Für die Berechnung der Gas- und Elektrizitätspreise für den vergangenen Monat August sind neue Gebührensätze maßgebend, die vom Stadtrat zur Zeit erst festgesetzt werden. Ab 1. September werden in den Gängen des Miet-Einigungs-Amtes Tabellen über die Brennstundenpreise angeschlagen. Die Abrechnung über Beleuchtung empfiehlt sich stets für Ende des Monats da vorher die endgültigen Sätze nicht zugrunde gelegt werden können. — Zu der Gesamtmiete (jedoch ausschließlich öffentlicher Abgaben) erhalten **Pensionen und gewerbliche Vermieter** einen Zuschlag von 25 Prozent.

Der Zuckerzurückhaltungs-Skandal. Seit rund zwei Wochen herrscht in München die größte Zuckernot. Der schon längst fällige Markenzucker wird absichtlich zurückgehalten, und während in allen Konditoreien und Kaffeehäusern die leckersten Sachen zu haben sind, können unsere armen Hausfrauen keinen Zucker, also ein Hauptnahrungsmittel, auftreiben. Dabei tauchten schon Ende Juli Nachrichten von einer geradezu wahnwitzigen Erhöhung des Zuckerpreises auf. Zuerst hieß es, wie wir meldeten, daß das Pfund Zucker 200 000 Mark kosten würde, heute teilt der Landesverband Bayerischer Lebensmittelhändler uns folgendes mit: „Die Zuckersteuer wird jetzt nicht mehr nach Gewicht berechnet, sondern beträgt 35 Proz. des Fabrikpreises. Dadurch tritt eine ganz gewaltige Preiserhöhung ein, so daß der deutsche Zucker heute über dem Weltmarktpreis steht. Es dürfte dem Kleinhandel kaum mehr möglich sein, jetzt ein Pfund Zucker unter dem Preise von 400 000 M. im Laden verkaufen zu können. Bei einem derart horrenden Preise ist der Kleinhandel ganz außerstande, aus eigenem Vermögen die für die Vorauszahlung notwendigen Milliardenbeträge aufzubringen, er ist deshalb gezwungen, von denjenigen Verbrauchern, die auf Zuweisung des ihnen zustehenden Zuckers rechnen, ebenfalls Vorauszahlung zu verlangen, solange die Regierung dem Kleinhandel nicht die erforderlichen Kredite verschafft."

Man sieht also, daß die Volksausplünderungspolitik, wie sie in Neu-Jerusalem an der Spree getrieben wird, auch daran die Schuld trägt, daß wir in München keinen Zucker bekommen. Wenn er aber endlich ausgegeben werden wird, so müssen wir ihn zu dem denkbar schamlosesten Wucherpreis bezahlen, der hoch über dem Weltmarktpreis steht. Dabei war Deutschland vor dem Kriege ein Hauptexportland für Zucker! Wie lange wird sich das deutsche Volk noch von den Novemberverbrechern tyrannisieren lassen!

Fassadenanstriche zu Reklamezwecken. In letzter Zeit mehren sich wiederum die Fälle, daß Mauerflächen und Geschäftsläden und auch andere Teile von Fassaden zum Zwecke der Reklame durch grelle Anstriche herausgehoben werden. Zur Wahrung des Münchener Straßen- und Stadtbildes müssen derartige Anstriche soweit als nur möglich verhindert werden, damit die Plätze und Straßen nicht ihr einheitliches, harmonisches Aussehen ganz verlieren. Die Häuser sollen einen gleichmäßigen Anstrich behalten, da sie nur so als geschlossene Umrahmung der Plätze und Straßen wirken können. Vielfach wurde festgestellt, daß unter Umgehung der Hausbesitzer einzelne Ladenbesitzer selbständig diese grellen Anstriche anbringen lassen. Nach den ortspolizeilichen Vorschriften über Stadtverschönerung und Denkmalspflege sind die Behörden verpflichtet, einzuschreiten und von allem Anfang an Einhalt zu gebieten, damit nicht auch München der zügellosen Reklamesucht verfällt, die andere Städte nicht mehr ausmerzen können. Um nachträgliche Beanstandungen zu vermeiden, empfiehlt es sich daher, **vor** Erneuerung von Fassadenanstrichen mit der Reklameabteilung des Hochbauamtes (Sparkassenstraße 2) zwecks gutachtlicher Beratung ins Benehmen zu treten.

Schenkung. Wie wir bereits mitteilten, hat Herr John C. Zulauf aus Neuyork dem Direktor des Jugendamtes 50 Millionen Mark übergeben. Der Stadtrat hat die Summe bestimmungsgemäß an Jugendanstalten nunmehr verteilt, wie folgt: 7 Millionen an die St. Marien-Ludwig-Ferdinand-Anstalt, Romanstraße; 6 Millionen an das Löbehaus, Blutenburgstraße; 5 Millionen an die Adelgundenanstalt, Pöppelstraße; 4 Millionen an die St. Annaanstalt, Öttingenstraße; 3½ Millionen an das Clemens-Maria-Kinderheim, 3½ Millionen an die St. Vinzentiusanstalt an der Klarastraße; je 3 Millionen an die Jugendherberge an der Auerfeldstraße, Kinderheim, Ampfingerstraße, Lehrlingsheim, Morassistraße, St. Wolfgangsanstalt, Orleansstraße, 2½ Millionen an die St. Josephsanstalt, Eggernstraße, 2 Millionen an das Evangelische Waisenhaus, Kaulbachstraße, je 1½ Millionen an die Jugendherberge an der Entenbachstraße, Lehrlingsheim, Landwehrstraße, Maria-Theresiaanstalt, Johannisplatz.

Aus der Praxis unserer Finanzämter. Wie oft schon haben sich die Finanzämter lächerlich gemacht mit der Einhebung von rückständigen Steuerbetragsresten, deren Einhebungskosten den geforderten Betrag selbst weit übersteigen! Das ficht aber die Finanzämter weiter nicht an, St. Bureaukratius muß am Leben erhalten werden. So erschien dieser Tage wieder mal ein Bote vom Finanzamt München I in der Pilotystraße, um eine aus dem Jahre 1921 rückständige Steuerschuldigkeit von — 113 Mark 90 Pfennig einzufordern. Diejenigen Leute, die so etwas veranlassen, sollte man zur allgemeinen Besichtigung öffentlich ausstellen.

Nochmalige Erhöhung der Badegebühren. Nachdem erst vor acht Tagen die Gebühren der städtischen Badeanstalten über alle Maßen erhöht worden sind, beschloß der städt. Bauausschuß eine neuerliche Erhöhung und zwar um durchschnittlich 100 Prozent. Es kostet nunmehr: ein Schwimmbad 200 000 M., Wannenbad 500 000 Mark, Brausebad 200 000 M. Die neuen Gebühren treten ab 1. September in Kraft. — Der Besuch in den städt. Bädern läßt, nebenbei bemerkt, derart nach, daß, wenn es so weiter geht, deren Schließung wird erwogen werden müssen.

Städtische Fuhrlöhne. Der städt. Bauausschuß hat mit Wirkung ab 27. August die Tagessätze für Fuhrlöhne wie folgt erhöht: für schwere Zweispänner auf 18 Millionen, mittlere Zweispänner auf 15.75 Millionen, schwere Einspänner 11.93 Millionen. Der Stadt erwachsen daraus beträchtliche Mehraufwendungen, nämlich rund 80 Milliarden.

Ein mißglückter Einbruch. Mißgeschick hatte ein 23 Jahre alter Gärtner, von Nebenberuf Einbrecher. Er brachte in Erfahrung, daß in der Lipowskistraße bei einem „von unsern Lait", einem Kaufmann, viele Anzüge liegen, die, wenn sie nicht getragen, von Motten zerfressen werden. Der Gärtner, ein stets hilfsbereiter Mensch, dachte sich, gehst nei zu dem Kaufmann und holst de Anzüg, daß in d' Luft kumma. Er erkletterte die Fenster der Parterrewohnung, die offen standen und nur von einem Rolladen verdeckt waren, stieg ins Zimmer und fand just 3 Anzüge, die der Besitzer, sage und schreibe, mit 380 Millionen — natürlich nach Goldmark berechnet, wie immer bei „unsere Lait", und wollte eben aus dem Fenster steigen, als die Sarah im Zimmer erschien und ein Gejaires anschlug von zwegen de Anzüg, wo sie so teuer sind. Dieses „Geschrai" hörte ein Ausgeher, und hilfsbereit sprang er herbei, hielt den Dieb fest und überreichte der „armen" Frau die Anzüge. Ob er wohl auch in Goldmark dafür belohnt wurde, darüber ist nichts zu erfahren.

Der Strick des Henkers. Kürzlich saßen einige Münchener Hausfrauen auf einige Minuten auf einer Bank am Stiglmaierplatz. Sie klagen sich ihre Not in dieser teueren Zeit, worauf eine zu der Ansicht und dem Ausspruch kommt, daß es nicht eher anders werden würde, als bis nicht die Wucherer und Schieber, unter denen die Juden den ersten Platz einnähmen, aufgehängt seien. Im selben Augenblick erhebt sich eine Frauensperson, die bisher unbeachtet blieb, und spricht: „Das werden Sie nicht erreichen, die Mühe können Sie sich sparen. Der Strick ist Ihnen schon um den Hals gelegt, wir brauchen ihn bloß zuzuziehen." — Warum haben die deutschen Hausfrauen dieses freche Weibsbild, offenbar eine Jüdin, nicht tüchtig verprügelt oder zur Feststellung ihrer Persönlichkeit auf die nächste Polizeiwache geführt?

Unsere Bettler. In der **Landsberger Straße** wurde ein 72 Jahre alter vagierender Bettler von der Straßenbahn überrannt und am Kopf verletzt. Bei ihm fand man acht Millionen Mark zusammengebetteltes Geld.

Wenn früher ein Bettler in Gaststätten oder vor Wohnungstüren einen kupfernen Pfennig oder einen Zweierling bekam, bedankte er sich höflich mit dem Worte: Vergelt's Gott! Gab man ihm Nickel, Fünferl, hörte man Vergelt's Gott! Der Herr vergelt's Eahna! Heute in der Zeit der Papierscheine ist es anders geworden. Gab da kürzlich ein Gast in einer Gaststätte einem Bettler 1000 Mark in Einhundertmarkscheinen. Erbost warf der Bettler dem Geber das Geld hin mit den Worten: „Den Mist kinna S' selber b'halten, mit dem kann i nix anfanga." — Ein anderer Fall: Vor einer Wohnungstüre bettelte ein Mann um Essen an einem Sonntag. Die mildtätige Hausfrau gab ihm neben dem Sonntagsbraten, einem Stück Schweinefleisch, noch Rindfleisch vom Vortag, kurz darauf gab er der erstaunten Frau den Teller zurück mit den Worten: „'s Schweinerne hab' i gnumma, dös andere kinnas selber essen!" Gibt's da noch Worte?

Kleine Chronik. Bei einem **Einbruch** in **Herrsching** wurden Armreife, goldene und silberne Ketten, besetzt mit Perlen und Brillanten, Ringe u. a., Wert 1770 Goldmark, gestohlen. — **Wenns Kalb ausm Stall is**, nacha werd Tür zuag'macht, denkt sich jetzt ein Bauer, dem Diebe in Ebenhausen bei Rottenburg Besuch machten und ihm ein 7 Wochen altes Kalb mit weißen und gelben Flecken, 2½ Ztr. schwer, Wert 60 Millionen Mark, stahlen. — In der Paul-Heyse-Straße wurde die von ihrem Arbeitsplatz kommende 60 Jahre alte Schneiderin Angstller tödlich vom Schlag getroffen. — Am Dienstag wurde, wie schon gemeldet, im Hauptbahnhof ein junger Mann tödlich vom Schlag getroffen. Der Tote war der 28 Jahre alte Schneider Xaver **Hägelsperger** aus München, dessen Vater ebenfalls eines plötzlichen Todes starb. In seiner Heimat in Niederbayern erschlug ihn nämlich 1920 der Blitz. — **Festgenommen** wurden ein 21 Jahre alter **Schlosser** und ein 23 Jahre alter **Mechaniker**, die in der Nacht zum 8. August aus einer Garage an der Lindwurmstraße zwei Motorräder im Werte von 1½ Milliarden stahlen, die Räder in einen Schuppen bei Forstenried brachten, dort zerlegten, und in Kisten verpackten, in denen sie gefunden wurden. — In der Schönstraße **stürzte** am Mittwoch abend der 9 Jahre alte Schäfflerssohn Joseph **Keller** von einem Baum ab und verletzte sich so schwer, daß er starb. — Im Ostbahnhof fiel am Donnerstag beim Rangieren infolge Anprallens von Wagen ein 39 Jahre alter **Bremser** von seinem Bremsersitz. Er erlitt einen **Schädelbruch**. — Bei einem **Villeneinbruch** in der Ulmannstraße erbeuteten Diebe Kleider im Werte von 330 Millionen Mark.

Die erste Tätigkeit des Marktgerichtes. Die Bayerische Landeswucherabwehrstelle schickt uns folgendes Schreiben: In Nr. 170 des „Völkischen Beobachters" vom 28. Aug. 1923 wird unter der Überschrift: „Die erste Tätigkeit des Marktgerichtes" berichtet, der am 20. Aug. 1923 festgenommene Schlosser sei auf Anordnung des Juden Kaiser in Haft genommen und mit seinem Hund eingesperrt worden, um nach 27 Stunden vor das Marktgericht gebracht zu werden, trotzdem der Mann als krank von den Polizeibeamten erklärt worden sei und für seine Handlung nicht habe verantwortlich gemacht werden können.

In Wirklichkeit war der Sachverhalt folgender:

Der wiederholt vorbestrafte Schlosser M. G. wurde am 21. Aug. 1923, vorm. 11 Uhr, der Landeswucherabwehrstelle vorgeführt, weil er unmittelbar vorher in einem hiesigen Hotel Eier zum Preise von 60 000 M. das Stück angeboten hatte.

Er wurde nach seinere Vernehmung nachm. 2 Uhr entlassen und, da seine Aburteilung am gleichen Tage nicht mehr möglich war, zum Erscheinen auf den nächsten Tag, 2½ Uhr, bestellt. Am 22. Aug. 1923, nachm. 3 Uhr, wurde er wegen Preistreiberei von dem zuständigen Richter zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt, welche Strafe er sofort annahm. Nach seiner Aburteilung erhielt er Aufschub von einem Tag zur Versorgung seines Hundes. Es ist also nicht richtig, daß er mit seinem Hunde eingesperrt wurde, um nach 27 Stunden vor das Marktgericht gebracht zu werden. Krankheit oder strafrechtliche Unverantwortlichkeit hat der Beschuldigte nicht geltend gemacht; daß ein Polizeibeamter ihn als krank oder unverantwortlich erklärt habe, ist unwahr.

Der jüdische Bankangestellte H. K. von Berlin, von dem in der gleichen Zuschrift die Rede ist, wurde am 21. Aug. 1923, vorm. 10 Uhr, vorgeführt, weil er am gleichen Tage am Hauptbahnhofe von einem Unbekannten 100 tschechische Kronen um 10 Millionen Mark gekauft hatte. Er wurde nach Abschluß seiner Vernehmung um 11 Uhr 45 Min. unter Zurückhaltung einer Sicherheit von 160 Millionen Mark und seines Reisepasses entlassen mit der Auflage, sich nachmittags 2½ Uhr zur Aburteilung wieder einzufinden. Am Nachmittage wurde er von dem zuständigen Richter zu 30 Millionen Geldstrafe und zur Einziehung der in seinem Besitz befindlichen fremden Geldsorten im damaligen Werte von 40 000 000 Mark verurteilt.

Die Behauptung, der Beschuldigte sei von Staatsanwalt Kaiser ohne weiteres entlassen worden, da er sich mit allen Mitteln gegen eine Inhaftnahme gesträubt habe, ist unwahr.

Dem Beschuldigten wurde vielmehr von dem die Sachebehandelnden Polizeikommissär eröffnet, daß von einer vorläufigen Festnahme abgesehen werde, da über seine Persönlichkeit kein Zweifel besteht und durch die geleistete Sicherheit genügend Gewähr für seine Gestellung zur Aburteilung gegeben sei.

Unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes ersuche ich um Abdruck dieser Zuschrift in der nächsten Nummer. gez. Schmidt.

Münchener Gemeindebeamten-Gewerkschaft (Gruppe der Pensionisten). Am Montag, den 3. September, nachmittag 3 Uhr, findet im Schulhause am Rosental eine Versammlung statt.

Ferienaufenthalt Münchener Mittelschüler in Siebenbürgen. Der Ferienkinderzug aus Siebenbürgen trifft am Freitag, den 31. August, abends 10,55 Uhr, in München Hauptbahnhof ein. Die Angehörigen versammeln sich um ½11 Uhr im Posthof, wie bei der Abreise.

Königlich-Bairisches Regierungsblatt

XXXIX Stück. München, Samstag, den 17. Juli 1813

Edikt

Über die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im Königreiche Baiern

Wir Maximilian Joseph,

von Gottes Gnaden König von Bayern.

Um den jüdischen Glaubensgenossen in unserem Königreiche eine gleichförmige und der Wohlfahrt des Staats angemessene Verfassung zu erteilen, haben Wir nach Vernehmung Unseres geheimen Rats beschlossen und beschließen hiemit wie folgt:

§ 1. Nur diejenigen jüdischen Glaubensgenossen können die in diesem Edikte ausgesprochenen bürgerlichen Rechte und Vorzüge erwerben, welche das Indigenat in Unseren Staaten auf gesetzliche Weise erhalten haben.

§ 2. Zum Genuß derselben wird die Eintragung in die bei Unseren Polizeibehörden anzulegenden Judenmatrikel vor allem ausgesetzt.

§ 3. Zu diesem Ende müssen binnen drei Monaten nach der Kundmachung dieses Ediktes alle in Unserm Reiche befindlichen Juden bei der Polizeibehörde ihres Wohnorts mit Angebung ihres Standes, Alters, Familienzahl und Erwerbungsart sich melden und ihre Schutzbriefe, Konzessionen oder Aufenthaltsbewilligungen urschriftlich vorlegen.

§ 4. Diese Polizeibehörde hat die Aufnahmsurkunden nach unseren früheren Edikten und Deklarationen vom 31. Dezember 1806 (Reg.-Bl. 1807, S. 199), vom 19. März 1807 (Reg.-Bl. S. 476), dann 28. Juli 1808 (Reg.-Bl. S. 1835) zu prüfen und wenn sie dieselben gültig findet, von dem Juden die Erklärung abzufordern:

1. Ob und welchen bestimmten Familiennamen derselbe, wenn er nicht schon einen hätte, annehmen wolle, und
2. ob er den durch die Konstitution des Reiches Tit. 1 § 8 vorgeschriebenen Untertaneid ablegen wolle?

§ 5. Den Juden ist nicht erlaubt, hiebei Namen von bekannten Familien oder solche, welche ohnehin schon häufig geführt werden, zu ihrem künftigen Familiennamen zu wählen. Es bleibt jedoch denjenigen Juden, welche eine Handlungsfirma unter ihrem vorigen Namen führen, unbenommen, denselben noch ferner neben ihrem neuen Namen beizubehalten.

§ 6. Die Polizeibehörde hat die infolgedessen angegebenen Erklärungen dem Generalkommissariate vorzulegen, welches entscheidet, ob der Jude zur Aufnahme in die Matrikel sich eigne oder nicht.

§ 7. Wenn das Generalkommissariat den Juden zur Aufnahme in die Matrikel geeignet findet, muß derselbe den oben vorgeschriebenen Untertaneid auf die Bibel ablegen, worauf dessen Eintragung in die Matrikel erfolgt und ihm zu seiner Legitimation ein Auszug aus derselben erteilt wird, welche für ihn und seine Nachkommen die Stelle der bisherigen Schutzbriefe vertritt.

§ 8. Die Matrikel muß den alten und den neuen Namen der Judenfamilien enthalten, und bei dem Generalkommissariate hinterlegt werden. Jede untere Polizeibehörde erhält hievon den betreffenden Auszug.

§ 9. Der Jude ist verbunden, den in der Matrikel neu eingetragenen neuen Namen in allen seinen Geschäften zu führen.

§ 10. Diejenigen Juden, welche binnen drei Monaten entweder:

1. ihre Aufnahmsurkunde nicht vorlegen oder:
2. einen Familiennamen anzunehmen oder
3. den Untertaneid abzulegen sich weigern, sollen künftig lediglich als **fremde Juden** behandelt werden.

§ 11. Jede Einwanderung und Niederlassung fremder Juden im Königreiche ist durchaus verboten.

§ 12. Die Zahl der Judenfamilien an den Orten, wo sie dermal bestehen, darf in der Regel nicht vermehrt werden. Sie soll vielmehr nach und nach vermindert werden, wenn sie zu groß ist.

§ 13. Die Ansässigmachung über die Zahl an denselben Orten, wo sich bereits Juden befinden oder die Ansässigmachung in Orten, wo noch keine Juden sind, kann nur von der allerhöchsten Stelle und wird auch von derselben nur unter den nachstehenden Voraussetzungen bewilligt werden:

1. Wegen Errichtung von Fabriken oder großen Handelsunternehmungen;
2. bei Ergreifung eines ordentlichen Handwerks, wenn sie die Ausübung eines Meisterrechts erhalten haben;
3. wenn sie so viel an Grund und Boden zur eigenen Bearbeitung erkaufen, worauf eine Familie vom Feldbau, ohne daneben Handel zu treiben, sich gut ernähren kann.

Es gibt daher der Ankauf eines unbedeutenden Gutes, eines Hauses ohne Feldbau oder ohne Treibung eines Handwerkes, die Errichtung eines gewöhnlichen Warenlagers oder Bude und die Treibung eines anderen, wie wohl erlaubten Handels den Juden kein Recht, weder in dem Orte ihres Aufenthaltes über die dort fest bestimmte Zahl noch in einem anderen Orte sich ansässig zu machen.

§ 14. Auch bei der Fortsetzung regiszierter Familien wird künftig die Erlaubnis zur Heirat auf den Schächerhandel nicht mehr erteilt, wenn auch die Zahl der registrierten Familien hiedurch nicht vermehrt würde, sondern der die Heirat nachsuchende Jude muß neben der Ausweisung, daß dadurch die bestimmte Zahl nicht überschritten werde, noch besonders dartun, daß er mit Ausschluß des Schächerhandels einen ordentlichen durch das Gesetz gebilligten Erwerbszweig treibe und sich und seine Familie dadurch zu ernähren imstande sei.

§ 15. Um die Juden von ihren bisherigen, ebenso unzureichenden als gemeinschädlichen Erwerbsarten abzuleiten und ihnen jede erlaubte, mit ihren gegenwärtigen Zustande vereinbarte Erwerbsquelle zu eröffnen, sollen dieselben zu allen bürgerlichen Nahrungszweigen, als Feldbau, Handwerken, Treiben von Fabriken und Manufakturen und des ordentlichen Handels unter den nachfolgenden Bestimmungen zugelassen, dagegen der gegenwärtige bestehende Schächerhandel allmählig, jedoch so bald immer möglich, ganz abgestellt werden.

§ 16. Den Juden soll daher gestattet sein, das volle und das Nutz-Eigentum (Dominium plenum et utile) von Häusern, Feld und andern liegenden Gründen zu erwerben, und dieses Eigentum auf jede durch die Gesetze erlaubte Art zu benützen. Das abgesonderte Ober-Eigentum (Dominium directum) über Gründe, deren Nutz-Eigentum andern zusteht, sowie gutsherrliche Rechte überhaupt zu erlangen und zu besitzen, bleibt den Juden durchaus untersagt.

Einem Juden ist jedoch erlaubt, das Ober-Eigentum desselben Grundes, von welchem er das Nutz-Eigentum selbst besitzt, an sich zu bringen, um hievon das volle Eigentum seines Grundes zu erlangen.

Häuser und liegende Güter, welche die Juden nicht zur eigenen Bewohnung und Bebauung, sondern zum Wiederverkauf an sich bringen wollen, können sie nur bei öffentlichen Versteigerungen oder in Konkurrenzfällen „iure belendi" erwerben.

Zur Erkaufung von Häusern, auch zur eigenen Bewohnung in der Residenzstadt wird die Genehmigung der allerhöchsten Stelle erfordert.

§ 17. Die Juden können durch jüdische oder christliche Dienstboten ihre Felder bearbeiten lassen; die Verwendung ausländischer Juden wird jedoch nicht gestattet.

Die Pachtung von Feldgründen ist ihnen erlaubt, die Verpachtung untersagt.

§ 18. Die Betreibung aller Manufakturen, Fabriken, Gewerbe und Handwerke, sie mögen zünftig oder nicht zünftig sein (Bräuereien, Schenk- und Gastwirtschaften ausgenommen), ist den Juden, insofern ihrer Ansässigmachung nichts im Wege steht, wie dem Christen gestattet.

Die zünftigen Gewerbe können von ihnen nur betrieben werden, wenn sie ordentlich eingezünftet sind. Es sollen aber keine eigenen jüdischen Zünfte bestehen, sondern die zur Betreibung eines Gewerbes oder Handwerkes hinlänglich Befähigten mit Personal-Konzessionen oder auch mit erworbenen Realgerechtigkeiten versehenen Juden können sich in die bestehenden Zünfte aufnehmen lassen. Die von einem Meister in die Lehre und als Gesellen aufgenommenen Juden sollen von den Zünften wie christliche Lehrjungen und Gesellen eingeschrieben, aufgedungen, freigesprochen und mit Lehrbriefen versehen werden. Den Juden wird erlaubt, eigene Prämien für christliche Handwerksmeister, welche jüdische Kinder aufnehmen, auszusetzen. Es versteht sich, daß jeder Jude, welcher einmal zur Meisterschaft gelangt ist, selbst wieder christliche und jüdische Lehrjungen und Gesellen aufnehmen und halten dürfe.

§ 19. Ebenso sollen die Juden zu dem ordentlichen Wechsel-, Groß- und Detailhandel mit ordentlicher Buchführung (welche jedoch nur in deutscher Sprache geschehen darf) zugelassen werden, wenn sie das hinreichende Vermögen, die gute Aufführung und die Gewerbsbefähigung, welche die Gesetze vorschreiben, ausgewiesen und eine ordentliche Real- oder Personal-Handelskonzession nach den allgemein geltenden Grundsätzen erlangt haben.

§ 20. Aller Hausier-, Not- und Schächerhandel soll in Zukunft gänzlich verboten, und eine Ansässigmachung hierauf durchaus untersagt bleiben. Nur von denjenigen hierauf bereits ansässigen jüdischen Hausvätern, welche sich dermal auf andere Art nicht zu ernähren vermögen, darf derselbe noch insolange fortgesetzt werden, bis sie einen andern ordentlichen Erwerbszweig erlangt haben, wozu die Polizeibehörden dessens mitzuwirken wissen werden.

Das Hausieren unterliegt den besonderen polizeilichen Bestimmungen.

§ 21. Alle in dem Königreiche noch bestehenden Judenkorporationen werden aufgelöst, die Korporationsdiener entlassen und die Korporationsschulden unter jene Distrikte, welche bisher jede Korporation gebildet haben, mit völliger Sicherheit der Gläubiger verteilt. Diese Auflösung soll in Zeit von sechs Monaten nach Kundmachung dieses Edikts in Wirkung treten und die Generalkommissariate, in deren Bezirk sich dergleichen Korporationen befinden, werden angewiesen, in Zeit von drei Monaten nach dieser Publikation ihre detaillierten Gutachten über die Vollziehung der Auflösung bei jeder Korporation insbesondere und ein vollständiges Projekt der Schuldenverteilung an das Ministerium des Innern einzusenden.

§ 22. Die in den verschiedenen Orten des Königreichs wohnenden Juden, sie mögen sich von ordentlichen bürgerlichen Gewerben oder noch ferner von dem Nothandel ernähren, bilden keine eigenen Judengemeinden, sondern schließen sich an die christlichen Bewohner des Orts in Gemeinde-Angelegenheiten an, mit welchen sie nur eine Gemeinde ausmachen. Sie teilen mit den übrigen Bewohnern die Gemeinderechte und Verbindlichkeiten, jedoch mit der Ausnahme, daß die Nothandel treibenden Juden an den Gemeindegründen jener Orte, in welchen sie wohnen (insofern ihnen bisher nicht schon Rechte darauf zustanden, welche ihnen vorbehalten bleiben), keine Nutzung und keinen Anteil haben. Die Landbau oder ordentliche konzessionierte Gewerbe treibenden Juden genießen hingegen auch in Rücksicht der Gemeindegründe die vollen Rechte der Gemeindeglieder.

§ 23. Den jüdischen Glaubensgenossen im Königreiche wird vollkommene Gewissensfreiheit gesichert. Sie genießen alle den Privat-Kirchengesellschaften durch das Edikt vom 24. März 1809 im 2. Kap. des II Abschnittes (Reg.-Bl. 1809, St. XXXX, S. 904 usw.) eingeräumten Befugnisse, insoferne sie in der gegenwärtigen Verordnung nicht abgeändert oder näher bestimmt sind.

§ 24. Wo die Juden in einem gewissen, mit der Territorial-Einteilung des Reiches übereinstimmenden Bezirke, in einer Zahl von wenigstens 50 Familien vorhanden sind, ist ihnen gestattet, eine eigene kirchliche Gemeinde zu bilden, und an einem Orte, wo eine Polizeibehörde besteht, eine Synagoge, einen Rabbiner und eine Begräbnisstätte zu haben.

§ 25. Wo sie keine kirchliche Gemeinde bilden, sind sie lediglich auf die einfache Hausandacht beschränkt, und alle heimlichen Zusammenkünfte unter dem Vorwande des häuslichen Gottesdienstes sind ihnen nach § 6 des 1. Kap. I. Abschnitt des Edikts vom 24. März 1809 (Reg.-Bl. 1809, St. XXXX, S. 899) verboten.

Wo eine Synagoge besteht, darf außer dem Rabbiner oder dem bestätigten Substituten kein anderer kirchliche Verrichtungen ausüben.

§ 26. Die Ortsrabbiner und Substituten werden von den Mitgliedern der Kirchengemeinde vorgeschlagen, von der General-Kreis-Kommissariaten geprüft und nach Befund bestätigt oder verworfen.

Die Bestätigten können ohne Bewilligung des Generalkommissariats nicht entlassen werden.

§ 27. Der zum Rabbiner oder Substituten vorgeschlagene Jude muß:

a) als königl. Untertan in die Matrikel eintragen,
b) der deutschen Sprache mächtig und überhaupt wissenschaftlich gebildet,
c) ohne Makel des Wuchers oder eines betrügerischen Banquerouts und sonst einem guten und sittlichen Lebenswandel sein.

§ 28. Bei der Bestätigung hat der Rabbiner einen feierlichen Eid dahin abzulegen, daß er den Gesetzen des Reiches durchgehends schuldige Folge leistet, nichts gegen denselben lehren oder gestatten, wo er etwas dagegen erfahren würde, solches der Obrigkeit treulich anzeigen und in keine Verbindung irgendeiner Art mit ausländischen Obern sich einlassen werde.

§ 29. Die in den drei vorhergehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen finden auch auf die dermal bestehenden Rabbiner ihre Anwendung.

§ 30. Der Wirkungskreis der Rabbiner wird ausschließend auf die kirchlichen Verrichtungen beschränkt, und alle Ausübung von Gerichtsbarkeit, unter welchem Vorwande sie immer angesprochen werden wollte, sowie alle Einmischung derselben und der Barnosen in bürgerliche oder Gemeinde-Angelegenheiten, wird bei ernstlichen Geld- und Arreststrafen, nach Umständen selbst der Entlassung verboten, wobei sich die Richtigkeit der Handlung von selbst versteht. Die Juden haben demnach, gleich den übrigen Untertanen, bei Unseren Behörden Recht zu nehmen, und alle Gesetze Unseres Reiches, insoweit nicht rücksichtlich der Juden Ausnahmen gemacht sind, finden auch auf sie ihre Anwendung.

§ 31. Das jüdische Kirchenvermögen bleibt dem jüdischen Kultus ausschließend überlassen. Es wird in den einzelnen Kirchengemeinden durch den Rabbiner und zwei von der Gemeinde gewählten Mitgliedern verwaltet.

§ 32. Die Judenkinder beider Geschlechter sind gleich jener Unserer übrigen Untertanen zum öffentlichen Schulbesuche in Städten und auf dem Lande verbunden, und sie erhalten, mit Ausnahme der Religionslehre, gleichen Unterricht mit denselben, unter Beobachtung aller über das Schul- und Erziehungswesen bestehenden Verordnungen; der Zutritt zu allen höheren Lehranstalten ist ihnen gestattet.

§ 33. Den Juden ist bewilligt, eigene Schulen zu errichten, wenn sie vorschriftsmäßig gebildete und geprüfte Schullehrer aufstellen, welche königl. Untertanen sind, und denen ein Gehalt von wenigstens 300 Gulden gesichert ist. Dieselben sind an den allgemeinen Lehrplan gebunden, die Aufnahme von Hauslehrern richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen.

§ 34. Die Erlaubnis zum Studium der jüdischen Gottesgelehrtheit soll keinem jüdischen Jüngling erteilt werden, bevor er von einer öffentlichen Studienanstalt des Königreichs über seine hinreichende Vorbereitungskenntnisse ein günstiges Zeugnis erhalten hat.

In diesen Bestimmungen werden die in Unserem Reiche befindlichen Juden einen Beweis Unserer auf das Wohl Unserer sämtlicher Untertanen sich erstreckenden Sorgfalt ebenso dankbar erkennen, als gesamte Polizeibehörden kräftig mitzuwirken haben, daß diese Verordnung allenthalben genau in Vollzug komme, weswegen Wir dieselbe durch das Regierungsblatt zur allgemeinen Kenntnis bringen lassen.

München, den 10. Juni 1813.

Max Joseph.

Graf von Montgelas.

Auf königl. allerhöchsten Befehl der Generalsekretär F. Kobell.

Kleine Nachrichten

Maria von Hofmann-Cortens wurde dem Deutschen Tag 1923" in Nürnberg verpflichtet. Die Künstlerin wird dort ihre Dichtungen „Rheinklage" und auf besonderen Wunsch „Volk in Not" sprechen. — Außerdem wird Maria v. Hofmann-Cortens bei der Sedan- und Tannenbergfeier ihre „Totenfeier" zum Vortrag bringen.

*

Die Not der wissenschaftlichen Verlage. Maßgebende wissenschaftliche Verleger sind jetzt gezwungen, die Herstellung weiterer Bücher einzustellen, weil die Druckpreise infolge der letzten Tariferhöhungen auf das Dreifache der Friedensgoldpreise gestiegen sind. Dadurch werden neue Werke sowohl im Inland, wie auch im Auslande unverkäuflich.

Daß aber die Herren Verleger die Grundpreise ihrer Bücher vor der Tariferhöhung schon über den Friedenspreis festgesetzt hatten, verschweigt man.

*

Bücherschau

Eine Besprechung der angezeigten Bücher behalten wir uns vor. Eine Rücksendung von Büchern, die weder angezeigt noch besprochen werden, findet in keinem Falle statt.

Maria Grunewald. Vom Wesen germanischer Kunst. Hakenkreuzverlag, Hellerau-Dresden. Die Verfasserin legt ihrer Veröffentlichung einen Vortrag zugrunde, den sie im August 1919 in der Volkshochschulgemeinde Dresden gehalten hat. Das Büchlein ist empfehlenswert schon aus dem Grunde, weil es zehn Bilderbeilagen enthält. Der vermittelnde Text ist zur Einführung in das Wesen germanischer oder, wie ich lieber sagen würde, **nordischer** Kunst, wohl geeignet.

Mutterland, Nationalsozialistische Zeitschrift zur Festigung des Zusammenhanges aller deutschen Stämme. Herausgegeben von Professor Dr. Richard **Suchenwirth**, Verlag „Mutterland", Wien, 8. Bez., Pfeilgasse 32. 2. Jahrgang, Folge 7./8. Juni—Juli 1923. Die vorliegende Nummer enthält einen sehr interessanten Artikel von Ottokar **Stauf von der March**: Staatssozialismus im alten Peru.

An alle Einsender. Wir bitten, alle für die Schriftleitung bestimmten Briefe nicht an diesen oder jenen Schriftleiter zu richten, sondern an die Schriftleitung, Schellingstraße 39, als solche, außer es handelt sich um Privatangelegenheiten. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Beiträge sollen nur auf einer Seite und zwar in deutlich lesbarer Schrift beschrieben werden. Unverlangt eingeschickte Handschriften werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

*

Bestattungen

Südfriedhof: Georg Schorpf, k. Rat, 85 J., 11 Uhr.
Ostfriedhof: Georg Schramm, Bahninspektor a. D., 69 J., 2½ Uhr; Baptist Schedl, städtischer Landaufseher, 45 J., 2½ Uhr; Karoline Hoymann, Versandleitersgattin, 60 J., 2 Uhr; Leander Eser, Werkmeister, 44 J., 3 Uhr; Berta Nagl, Schuhmachersgattin, 61 J., 2¾ Uhr; Ludwig Metz, Hilfsarbeiterskind, 1 Mon., 3¼ Uhr.
Nordfriedhof (Schwabing): Otto Merkl, Hilfsarbeiter, 43 J., 3½ Uhr; Maria Scheuermann, Pflastermeisterswitwe, 83½ J., 4 Uhr.
Westfriedhof (Moosach): Herta Brunner, Schlosserskind, 1½ Mon., 2¼ Uhr.
Waldfriedhof (Holzapfelkreuth): Karl Schäfer, Wachtmeister, 27¼ J., 3½ Uhr.

*

Aus dem Rathaus

Das „Deutsche Leid" im Rathaus

Die Marxisten-Unterhäuptlinge im Rathaus haben sich in der Hauptausschußsitzung wieder ein Stück geleistet, das nicht leicht überboten werden kann. Eine Gesellschaft möchte in München das vaterländische Schauspiel „Das deutsche Leid" von Wolf Meyer-Erlach aufführen. Das Stück ist bekannt durch seine leidenschaftlich vaterländische Gesinnung und, wie nicht leicht ein anderes Stück aus jüngster Zeit, geeignet, unseren Volksgenossen die unerhörten Leiden der Ruhrbevölkerung eindringlich vor Augen zu führen. Die Gesellschaft hat sich nun an den Stadtrat gewandt um Überlassung der Halle I im Ausstellungspark. Der Referent, R.R. Dr. Konrad, setzte sich für den Antrag in anerkennenswert sachlicher Weise ein. Als Pachtgebühr waren 6 Millionen Mark für den Tag vereinbart. Also für die Stadtkasse, die ja so ganz auf dem Hund ist, auch eine Einnahmequelle.

Da begannen die Marxisten ihre an Dummheit und Bosheit nicht mehr zu übertreffenden Anschauungen zu entwickeln. Der Marxist Dietrich, bekannt geworden durch seinen Ausspruch, Bismarck sei ein Lump gewesen, erklärte „Das deutsche Leid" als ein Stück übelster chauvinistischer Hetze. Es sei ein Spektakelstück und in die Klasse derer einzureihen, die bloß dazu bestimmt seien, die „gespannte Athmosphäre" (wahrscheinlich im Hirnkasten des Herrn Dietrich) noch mehr zu erhitzen. Die Stadtgemeinde könne zu solchen Aufführungen keinen Raum abgeben. In ähnlich erhebendem Sinne äußerte sich der kommunistische Schneider Thierauf, dem allerdings seine komische Rolle, die er seit Jahr und Tag spielt, zugute gehalten sei.

Bürgermeister Dr. Küfner hatte das richtige Empfinden dafür, welche Schmach hier wieder einmal der Stadt München angetan wird. Die Sozialdemokraten seien doch sonst auf dem Gebiete der Theaterliteratur für Freiheit, und hier verlangen sie, daß der Stadtrat eine Art Theaterzensur ausübe. Das Stück selbst verdiene es wohl, vor den breitesten Massen aufgeführt zu werden, denn es schildert, wie er aus eigener Kenntnis wisse — die Marxisten gaben nämlich zu, das Stück nur aus ihrer Presse zu kennen —, die Gewalttaten der Franzosen, einen deutschen Verräter, der diesen in die Hand arbeitet, den Einbruch der Franzosen in die Privatwohnungen, die französische Schandjustiz usw.

Auf die Marxisten machte das natürlich keinen Eindruck, so daß bei der Abstimmung der Antrag abgelehnt wurde. Er wurde aber von der Gegenseite für die Vollsitzung reklamiert. Die Marxisten haben sich wieder einmal in nackter Gestalt als das gezeigt, was sie sind, jeder vaterländischen Gesinnung bar. Um so mehr sind sie erfüllt von Schamlosigkeit, weil ihnen jede Empfindung dafür abgeht, wie sie sich bloßstellen. Für ein vaterländisches Schauspiel haben sie freilich keinen Sinn. Was ihnen entspricht, sind, wie seinerzeit in der Schwantalerhöh', Nackttänze und „Herrenabende" oder aber „große Volksfeste" mit Wurfbuden und Kasperltheater, wie am Sonntag in Hellabrunn. Nur gut, daß es nicht so geht, wie diese Armen im Geiste es sich einbilden. Wir wollen ihnen zum Ärger mitteilen, daß das Stück in München aufgeführt werden wird und die Vorbereitungen dazu im vollen Gange sind.

*

Bayern

Verfaulender Brennstoff

Ein Winter des Grauens, wie solche unsere deutschösterreichischen Stammesbrüder ähnliche wiederholt erlebten, steht uns bevor: Wir werden hungern und frieren, daß uns die Schwarte knackt dank der Wiederherstellungspolitik. Mit dem Fremdwort Reparation verschleiert man nämlich schamhaft den eigentlichen Sinn und Zweck dieser auf die restlose Ausgaunerung des deutschen Volkes gerichteten Politik der Novemberverbrecher. Vor allem wird es uns an Brennstoff mangeln, weil die weißen Neger im Winter aus dem Ruhrgebiet ebensowenig Kohle herauslassen werden wie bisher.

Man sollte meinen, daß die herrschenden Kreise in Deutschland in der Voraussicht des Kommenden schon lange die nötigen Vorkehrungen hätten treffen müssen, um den unbemittelten Schichten unseres Volkes, die die große Mehrheit bilden, das Durchhalten durch die schon vor der Türe lauernde rauhe Jahreszeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Insbesondere in Bayern wäre dies bei unserem gewaltigen Holzreichtum nicht schwer gewesen. Man brauchte zu diesem Zwecke nicht einmal Abholzungen vorzunehmen, sondern nur die in unseren Wäldern massenhaft gefällten Bäume an die Flüsse und Bahnlinien schaffen.

Wer z. B. die riesigen Waldungen bei Miesbach, Tegernsee und nicht zuletzt bei Füssen durchwandert, der wird dort Tausende und Abertausende von Baumstämmen, dazu eine Masse Äste und Kleinholz am Boden liegen sehen, durch Stürme und frühere Ausholzungen dahingefällt. Zweck- und nutzlos verwittern diese Holzmassen, die vollkommen ausreichen würden, Tausende von armen Familien in München mit dem nötigen Feuerungsmaterial für den kommenden Herbst und Winter zu versorgen.

Hat unser bayerisches Finanzministerium auch nur das Geringste getan, um dieses Fallholz dem Allgemeinwohl zuzuführen? Nichts, gar nichts ist geschehen — man läßt es ruhig verfaulen und bietet gegen die armen Teufel, die in den Wäldern abgefallene dürre Äste und Tannenzapfen sammeln, die Landespolizei auf.

Wir haben in Bayern Tausende von Arbeitslosen zu erhalten. Warum verwendet man sie nicht lieber dazu, das in den Wäldern herumliegende Fallholz an die Verkehrswege heranzubringen? Wir sind überzeugt, daß sich auch zahlreiche Werkstudenten gerne bereit erklärt hätten, diese Arbeit zu leisten, wenn sie hierzu aufgerufen worden wären.

Das ist es eben: In unseren Ministerien und sonstigen Staatsämtern wird zwar jahraus jahrein eine Unmasse von Akten erledigt, es wird geschrieben, registriert und administriert, eine Unmenge Papier verbraucht und eine Tintenflut vergossen, allein die Mühle läuft leer, sie leistet keine praktische Arbeit zum Wohle der Bevölkerung. Die ganze Staatsverwaltung hat etwas Gespenstisches, Unwirkliches, Verzaubertes, hat eigentlich nichts anderes zu tun, als über die ungeheure Schuldenlast sein säuberlich Buch zu führen als — Konkursverwalter.

Heraus mit dem Mehl

Das bayerische Staatsministerium erläßt unterm 27. August folgende Bekanntmachung:

Der Staatsregierung ist bekannt, daß sich sowohl bei einzelnen Landwirten wie auch in zweiter Hand noch Restmengen von Brotgetreide aus der Ernte 1922 und aus früheren Ernten unverkauft befinden. Die Regierung hat bisher in Würdigung der gegen den Verkauf geltend gemachten Gründe (Sorge, ob und wie die Ernte 1923 hereingebracht werden kann und Mangel einer wertbeständigen Anlagemöglichkeit des Gegenwertes) von einer Anforderung dieser Restmengen abgesehen. Nunmehr sind aber die vorgenannten Gründe für eine weitere Zurückhaltung weggefallen, indem einerseits die Brotgetreideernte 1923 in der Hauptsache gut eingebracht ist und anderseits eine wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches und solche Anleihen anderer Körperschaften ausgeschrieben sind. Außerdem erfordert eine unbestreitbare Knappheit der Mehlversorgung geeignete Maßnahmen. Es ergeht deshalb die Aufforderung, Brotgetreidevorräte aus der Ernte 1922 sofort auf dem kürzesten Wege der Verarbeitung und dem Verbrauche zuzuführen. Mit dieser Aufforderung befindet sich die Regierung im Einklang mit dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der mit Aufruf vom 31. Juli 1923 eindringlichst darauf hinweist, daß alles darauf ankommt, der Verbraucherschaft über die Schwierigkeiten der nächsten Wochen hinwegzuhelfen.

Nach § 7 und 12 der Preistreibereiverordnung vom 13. Juli 1923 wird wegen Warenzurückhaltung mit Gefängnis und mit Geldstrafe von 10 000 bis 20 Millionen Mark, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus und mit Geldstrafe von mindestens einer Million bestraft, wer Gegenstände des täglichen Bedarfs, die zur Veräußerung bestimmt sind, in der Absicht zurückhält, durch die spätere Veräußerung einen höheren Gewinn zu erzielen oder den Preis hochzuhalten. Wer Getreide früherer Ernten auf eigenen oder fremden Lagern in solcher Absicht zurückhält, hat demnach schwere Freiheits- oder Geldstrafen zu gewärtigen. Die Absicht strafbarer Getreidezurückhaltung wird insbesondere bei allen Erzeugern von vornherein vermutet, die trotz dieser öffentlichen Aufforderung zur Nutzbarmachung ihrer alten Getreidevorräte noch nach dem 15. September 1923 im Besitze solchen Getreides befunden werden. Für die zweite Hand gilt dies, wenn sie das Getreide bis zum 1. Oktober 1923 noch nicht abgestoßen hat. Die Landeswucherabwehrstelle, die Polizeibehörden und die Strafverfolgungsbehörden sind angewiesen, mit aller Schärfe gegen strafwürdige Getreidezurückhaltung vorzugehen.

Keine Ernährungsschwierigkeiten?

Halbamtlich wird mitgeteilt:

Wie alljährlich, zeigt sich auch heuer wieder in der Bevölkerung eine gewisse Besorgnis, es möchten sich in der Zeit des Übergangs von der alten zur neuen Ernte Ernährungsschwierigkeiten ergeben. Dabei besteht gerade im heurigen Jahre zu irgendwelcher Beunruhigung keinerlei Anlaß. Noch nie ist die öffentliche Brotversorgung mit solchen Rücklagen in das neue Wirtschaftsjahr eingetreten wie heuer. Sie ist bis zum 15. Oktober 1923 sichergestellt. Die neue Ernte an Brotgetreide ist allenthalben gut eingebracht und erweist sich als eine recht befriedigende Mittelernte.

Selbstverständlich wird die Staatsregierung trotzdem alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um die Ernährung der Bevölkerung nach jeder Richtung gewährleisten zu können. Sie wird insbesondere mit allem Nachdruck dafür sorgen, daß die noch in erster und zweiter Hand befindlichen Restmengen an Brotgetreide aus der Ernte 1922 in kürzester Zeit der Verarbeitung und dem Verbrauch zugeführt werden. Daneben werden die Landwirte zur Sicherung des Mehlbedarfs der Bevölkerung veranlaßt werden, in bestimmten Zeiträumen bestimmte Bruchteile der neuen Brotgetreideernte zum Tagespreis in den öffentlichen Verkehr zu bringen. Dieser bisher schon in landwirtschaftlichen Kreisen zustimmend erörterte Gedanke wird sich um so eher durchziehen können, als die Reichsregierung in ihrer wertbeständigen Anleihe, desgleichen auch bayerische Wirtschaftsorganisationen und Banken den Landwirten die Möglichkeit bieten, die Gefahr der Wertminderung des Erlöses von sich abzuwenden. Die Einführung einer Auskunftspflicht der Mühlen, Lagerhäuser, Nährmittelwerke und gewerbsmäßigen Spediteure über ihre jeweiligen Getreidebestände wird zur Ergänzung der vorerwähnten Maßnahme in Aussicht zu nehmen sein.

Die Staatsregierung rechnet außerdem bestimmt damit, daß die Genossenschaften, Händler und die sämtlichen Nährmittelbetriebe sich wie bisher freiwillig dazu bereit finden lassen, in erster Linie den bayerischen Bedarf zu decken. Bekanntlich haben sich kürzlich die sämtlichen deutschen Ernährungsminister in Berlin für die Fortführung der öffentlichen Brotversorgung in gewissem Umfange bis mindestens 1. April 1924 ausgesprochen. Der Reichsregierung und dem Reichstag bleibt vorbehalten, dieser Anregung Gesetzeskraft zu verleihen. Die bayerische Staatsregierung wird außerdem wie bisher im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten die Lage der besonders bedrohten Volksteile zu erleichtern suchen.

Wieder ein Opfer der französischen Justizdirne

wurde der verantwortliche Schriftleiter der „Pirmasenser Zeitung", Verlagsdirektor Zobel, wegen Veröffentlichung eines (angeblich) die Besatzungstruppen beleidigenden Artikels zu 8 Tagen Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe, im Uneinbringlichkeitsfall zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Beförderungen und Versetzungen

Staatspolizeiamt Nürnberg-Fürth. Vom 1. Oktober an wurde der mit dem Titel und Rang eines Oberregierungsrats ausgestattete derzeitige Vorstand des Staatspolizeiamts Nürnberg-Fürth Heinr. Gareis zum Oberregierungsrat befördert und unter Verleihung von Titel und Rang eines Polizeidirektors mit der Leitung der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth betraut.

Bezirksämter. Vom 1. Oktober an werden der Bezirksamtmann Ferdinand Schmidt in Weißenburg i. B. zum Regierungsrat 1. Kl. bei der Regierung von Mittelfranken, K. d. I., befördert, der zur Zeit bei der Bayer. Landesgetreidestelle verwendete Regierungsrat Dr. Alfred Wolff zum Bezirksamtmann beim B.-A. Weißenburg i. B. ernannt; vom 1. September an der Ministerialkanzlist Emil Meyer, zur Zeit beim Versorgungsamt Gunzenhausen, als Hilfsassistent bei dem Bezirksamt Rothenburg o. T. zur Probedienstleistung auf die Dauer von sechs Monaten einberufen; vom 1. September an der Kanzleiassistent Johann [illegible] haus in Laufen zum Bezirksamtsassistenten bei dem Bezirksamte Laufen in etatmäßiger Weise befördert.

Landesfinanzamt München. Der Obersteuersekretär Max [illegible] in [illegible] wird an das Finanzamt [illegible] versetzt.

Landesfinanzamt München. Mit Wirkung vom 1. Sept. an werden versetzt die [illegible] des Landesfinanzamts München, Abt. für Besitz- und Verkehrssteuern, Karl [illegible] als Vorsteher an das Finanzamt [illegible], Otto [illegible] an das Finanzamt München III, [illegible] an das Finanzamt München-Land, [illegible] an das Finanzamt München II, Dr. [illegible] an das Finanzamt München I, und der [illegible] beim Finanzamt München-Land Karl [illegible] an das Finanzamt München I; der [illegible] Franz [illegible] wird zum [illegible] ernannt.

[illegible]. Vom 1. September an werden der Regierungsrat Ernst Berg in Weiden an das [illegible], Zweigstelle Bayern, in München, Reg.-Rat Dr. Peter [illegible] in München an das Tarifamt beim Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle Bayern, und der Eisenbahnoberinspektor [illegible] Nürnberg-Hbf. Georg Sämann in gleicher Diensteseigenschaft an die Reichsbahndirektion München versetzt. Vom 1. Dezember an wird der Regierungsrat Wolfgang Wunder in München in den Ruhestand versetzt. Vom 1. September an wird der Eisenbahnoberingenieur Karl Schäfer der Betriebswerkstätte I München in gleicher Diensteseigenschaft an die Nebenwerkstätte München-Hbf. als deren Vorstand versetzt.

Regierung von Unterfranken. Mit Wirkung vom 1. August an wird der im zeitlichen Ruhestande befindliche Verwaltungsoberkommissär Georg Maffel in Würzburg auf sein Ansuchen wegen fortdauernder Dienstunfähigkeit auf ein weiteres Jahr im Ruhestand belassen.

Höhere Schulen. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurden vom 1. September an als nichtetatmäßige Beamte in widerruflicher Weise angestellt: der Studienassessor Alfons Nagler, zur Zeit in Tilsit, am humanistischen Gymnasium St. Anna in Augsburg, und der Studienassessor Stein, zur Zeit in Landau (Pfalz), an der Realschule in Pirmasens.

Katholische Kirche. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde die katholische Pfarrei Illertissen dem Priester Roman Spöttel, zur Zeit in Roggenburg (B.-A. Neuulm), die katholische Pfarrei [illegible] (B.-A. Tirschenreuth) dem Priester Max Reiter, zur Zeit Pfarrverweser daselbst; die katholische Pfarrei Hohenthan (B.-A. Tirschenreuth) dem Priester Joseph Kärner, zur Zeit in Waldau (B.-A. Kemnath), übertragen.

[illegible]. Vom 1. Sept. an werden der Geh. Sanitätsrat Dr. August Schreiber in Augsburg auf sein Ansuchen von der Stelle eines Mitgliedes des Kreismedizinalausschusses unter Anerkennung seiner Dienstleistung enthoben und auf diese Stelle der Bezirksarzt des Bezirksamts Augsburg, Obermedizinalrat Dr. Georg Sendtner berufen; der Bezirksarzt, Obermedizinalrat Dr. Ludwig Geißler in Bayreuth auf sein Ansuchen von der Stelle eines Mitgliedes des Kreismedizinalausschusses unter Anerkennung seiner Dienstleistung enthoben und auf diese Stelle der Bezirksarzt Dr. Karl Wunder in Bayreuth berufen.

Psychiatrische Klinik in München. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus werden vom 1. Sept. an zu Pflegern an der Psychiatrischen Klinik der Universität München in etatmäßiger Eigenschaft ernannt: die Pfleger auf Vertrag Michael Hösch und Peter Löffler.

Mittelfränkischer Volksschuldienst. Vom 1. Sept. an in widerruflicher Weise angestellt wurden die Schulamtsbewerberinnen Karoline [illegible] in Nürnberg an der kath. Volksschule in Röthenbach a. P. und Käthe Seidler in Fürth i. B. an der Volksschule in Solnhofen.

Zoologische Sammlung des Staates. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde vom 1. Sept. an der Verwaltungsassistent an der Zoologischen Sammlung des Staates in München, Michael Kiefer, zum Sammlungswart in etatmäßiger Eigenschaft ernannt.

Gefängnisdienst. Vom Staatsministerium der Justiz wurde mit Wirkung vom 1. Sept. an der Wachtmeister beim Amtsgericht Kusel, Joseph Fleischmann, unter Aufrechterhaltung seiner bisherigen dienstlichen Eigenschaft in etatmäßiger Weise an die Gefangenenanstalt Sulzbach versetzt.

Reichspostministerium, Abt. München. Es ist übertragen: dem Oberpostrat Oberregierungsrat Max Bachl des Verkehrsamts der Abt. München des Reichspostministeriums die Verwaltung der Vorsteherstelle bei diesem Amte. Es ist ernannt: zum Oberpostrat der Postrat Dr. Heinrich Hartmann bei der Abteilung München des Reichspostministeriums. Es sind versetzt: der Postrat Dr. Emil Großmann von Bamberg nach Nürnberg, die Postamtmänner Alois Kohl von der Post-A. Bamberg nach München 6 und Friedrich Zitzmann von Ingolstadt nach München 8. Es treten in den Ruhestand (ab 1. Okt. 1923): die Oberposträte, Oberregierungsräte Ludwig Mayer und Michael Englram in Speyer und Heinrich Reindl in München, die Oberpostdirektoren, Oberregierungsräte Joseph Lorder, Alois Heinle und Johann Baptist Mat in München und Johann Georg Meyer in Nürnberg, der Oberpostdirektor Joh. Franz in Regensburg, der Postdirektor, Oberpostrat Ludwig Liebhart in München, die Postdirektoren Johann Böhlein in Lichtenfels, Bernhard Ernst in München, Ernst Göhring in Koburg und Franz Xaver Weiß in Amberg, der Postrat Joseph Leopoldseder in München, die Postamtmänner Jakob Eckel in Speyer, Joseph Sölch und Heinrich Preis in München, Karl Pickel in Nürnberg und Alois Stölzle in Kempten (Allgäu), die Ministerialregistratoren Georg Kappelmayr und Ernst Rau in München.

*

Gerichtssaal

Verurteilte Novemberlinge

Memmingen, 30. August.

Das Volksgericht verurteilte nach § 1 der bayerischen Notverordnung den Arbeiter Joseph Resch von Nersingen zu einem Jahr Gefängnis. Der Angeklagte hatte offen behauptet, im Ruhrgebiet gewesen zu sein und sich von dem tadellosen Verhalten der Franzosen überzeugt zu haben. Auch in der Fremdenlegion sei es sehr gut. Was die Zeitungen über französische Gewalttätigkeiten an der Ruhr schreiben, sei unwahr. Wegen eines ähnlichen Delikts wurde der Malergehilfe Klemens aus Krefeld, wohnhaft in Fürstenfeldbruck, zu sechs Wochen Haft verurteilt. Er hatte sich im Eisenbahnzug lobend über die Franzosen geäußert. — Solche offenbar von den Franzosen gekaufte Novemberlinge gehören an die Wand gestellt!

*

Bayer. Rundschau

Augsburg. (Beschlagnahmte Kartoffeln.) Wie im Stadtrat der Lebensmittelreferent bekanntgab, hat die Kartoffelhändlerin Gruber drei Waggons Kartoffeln, die aus Öttingen nach Augsburg gekommen waren, zu verschieben versucht. Ein Waggon Kartoffeln ist tatsächlich nach Stuttgart „durchgerutscht", ein anderer Waggon, ebenfalls nach Stuttgart bestimmt, und ein dritter, nach Tölz bestimmt, wurden auf Grund der Bestimmungen gegen den Kettenhandel beschlagnahmt.

Augsburg. (Unerhörte Milchpantschereien.) Die ledige Landwirtstochter Rosa Tuffentsamer von Siebenbrunn wässerte die Milch mit 31 Prozent Wasser. Sie wurde dafür vom Schöffengericht zu 1 Monat Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. — Noch unverschämter pantschte die ledige Landwirtstochter Katharina Oehman, die der Milch bis zu 50 Prozent Wasser zusetzte und dieses Manöver wöchentlich mehrmals ausführte. Mit Rücksicht auf ihre ungünstige Vermögenslage und auf den Umstand, daß sie mit ihrem Bruder für zwei geisteskranke Schwestern zu sorgen hat, verurteilte sie das Schöffengericht nur zu 1 Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist nach Verbüßung von 1 Woche.

Memmingen. (Wertbeständige Friseurtarife.) Am Montag fand hier die Kreistagung der Vereinigung der Friseure von Schwaben statt. Dabei wurde die überaus traurige Lage dieses Erwerbsstandes eingehend besprochen. Die Friseure sehen sich gezwungen, ihre Tarife wertbeständig zu gestalten. Es wurden Beschlüsse gefaßt, wonach die Bedienungspreise nach den Semmelpreisen berechnet werden. Es kostet also in Zukunft das Rasieren 4 Semmel, das Haarschneiden 20 Semmel.

Altötting. (Seltenes Weidmannsglück) hatte Ingenieur Schmid, der in den Alzauen eine Bisamratte schoß.

Reichenhall. (Zur Nachahmung.) Ein Kleinhäusler aus der Umgebung Reichenhalls überbrachte dem Stadtrat einen Sack voll Mangold, 1 Zentner Kartoffeln und mehrere Pfund Zwiebeln zur Verteilung an arme alte Leute. Der Mann besitzt nur zwei Kühe und hat selbst nur ein kärgliches Brot. Desto heller klingt das Lied vom braven Mann!

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Zur Beachtung!

Von nun an erscheinen unter der Rubrik „Aus der Bewegung" laufend nur mehr die offiziellen Kundmachungen, Ankündigungen und Terminnotizen der Parteileitung, der Ortsgruppen sowie befreundeter Verbände. Sämtliche bisher an dieser Stelle täglich veröffentlichten Berichte über Versammlungen, Veranstaltungen usw. werden fernerhin, von ganz wichtigen Ereignissen abgesehen, wöchentlich einmal in einer eigenen Beilage, „Der Nationalsozialist", zusammengefaßt, erscheinen.

Die neue Beilage, „Der Nationalsozialist", deren Erscheinungstag in jeder Woche aus verschiedenen Gründen ein anderer ist, wird neben Berichten aus der Gesamtbewegung (also auch unserer sudetendeutschen und deutschösterreichischen Bruderpartei, grundsätzliche, aufklärende Artikel über unser Programm und vor allem auch polemische Auseinandersetzungen mit unseren Feinden von rechts bis links bringen. Sie soll ein Spiegelbild der Arbeit unserer Partei sein und jeden Parteigenossen in der so wichtigen agitatorischen Kleinarbeit unterstützen.

*

Die erste Ausgabe der Beilage „Der Nationalsozialisten" erscheint morgen.

*

Bekanntmachung

der Parteileitung der N.S.D.A.P.

An sämtliche Mitglieder der Ortsgruppen und Sektionsleitungen:

Beschluß des Finanzausschusses vom 24. 8. 1923.

1. Der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt ab 1. September bis auf weiteres 200 000 M. Mindestbeitrag.

Im Sinne des Finanzausschusses gilt der Mindestbeitrag nur für Minderbemittelte und zwar: Kriegsinvaliden, Erwerbslose und arme Studenten, Witwen mit Kindern usw. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es daher, die finanziellen Verpflichtungen der Partei gegenüber, seinem Einkommen entsprechend freiwillig anzupassen, denn Nationalsozialist kann nur sein, wer bereit ist, Opfer zu bringen.

Die vorhandenen Mitglieds- und Werbebeitragsmarken werden ab 1. September 1923 zu folgendem Nennwert ohne Überdruck ausgegeben:

Marken mit Aufdruck	100 M.	zu 100 000 M.
" " "	200 M.	zu 200 000 M.
" " "	300 M.	zu 300 000 M.
" " "	500 M.	zu 500 000 M.
" " "	1000 M.	zu 1 000 000 M.

Die Ortsgruppen werden nach erfolgter Ausgleichsabrechnung für den Rest des zu unseren Gunsten verbleibenden Sollbetrages für empfangene Beitragsmarken mit dem 100fachen Betrag ohne besondere Benachrichtigung belastet.

2. Bei Nachzahlung rückständiger Beiträge ist, um für die Geldentwertung einen Ausgleich zu schaffen, für sämtliche rückständige Monate der für September festgesetzte Beitrag zu entrichten. Bei Nachweis von Krankheit oder Erwerbslosigkeit kann Beitragsbefreiung beantragt werden.

3. Nachdem die Frist für den Umtausch der für die Jahre 1921/1922 ausgestellten Mitgliedskarten am 1. August abgelaufen ist, werden dieselben als ungültig erklärt, und ist es Pflicht der Ortsgruppen und Sektionsleitungen, von Zeit zu Zeit Kontrolle vorzunehmen, diese Karten abzunehmen, und an die Hauptgeschäftsstelle einzusenden.

4. Von jetzt ab werden für Postscheck und Bankeingänge besondere Bestätigungen wegen der hohen Kosten nicht mehr zugesandt, sofern der eingesandte Betrag nicht mindestens eine Million beträgt und sonstige Fragen nicht zu beantworten sind. Die Mitglieder der auswärtigen Ortsgruppen werden dringend ersucht, sich mit allen Anfragen und Anforderungen bezüglich Werbematerial und Parteiabzeichen usw. an ihre zuständigen Ortsgruppen oder Vertrauensmänner zu wenden.

Für den Finanzausschuß: J. Singer.

*

Rechtsschutz

Unser bewährter Verteidiger, R.A. Lorenz Roder verlegt ab 1. September 1923 seine Kanzlei in die Herzogspitalstraße 14/II r. Fernsprecher 50 238. Wir ersuchen die Organisationen der Partei, dies zur Kenntnis zu nehmen.

*

Sektionsversammlungen

Freitag, den 31. August 1923:
Sekt. Schwabing: Sprechabend im Gasthaus „Franz-Joseph-Hof", Franz-Joseph-Straße 45. Referent: Pg. Joseph Stolzing.

Jugendbund

Alle Ortsgruppen des 2. und 3. Gaues haben zu dem Deutschen Tag am 2. September 1923 in Nürnberg Abordnungen zu stellen. Jungsturmabteilungen fahren geschlossen. Wegen der Quartiere wolle man sich an die Ortsgruppe Nürnberg wenden. Ortsgruppenführer haben sich dem Führer von Nürnberg zur Verfügung zu stellen.

*

Auf nach Nürnberg!

Der Deutsche Tag in Nürnberg am 1. und 2. September verspricht eine der größten vaterländischen Kundgebungen zu werden, die jemals in Deutschland stattgefunden haben. Über 50 000 Mann der Vaterländischen Verbände werden an diesen Tagen in Nürnberg, der alten deutschen Reichsstadt aufmarschieren und Zeugnis davon ablegen, daß das deutsche Volk noch genügend Kräfte besitzt, die gewillt und in der Lage sind, der internationalen Börsendiktatur, den Feinden der Nation innerhalb und außerhalb der Grenzen, die Stirne zu bieten.

Daß wir Nationalsozialisten diesen Aufmarsch mitmachen werden, versteht sich von selbst. Die Parteileitung fordert daher sämtliche Parteigenossen und Anhänger auf, entweder einzeln oder in geschlossenem Verbande nach Nürnberg zu kommen.

Die Beteiligung unserer Sturmabteilungen ist bereits durch einen Befehl der Oberleitung der bayerischen S.A. geregelt. Die nicht der S.A. angehörenden Parteigenossen schließen sich am besten den S.A.-Abteilungen ihres Ortes an. Geschlossene Ortsgruppen erscheinen mit Fahnen! Die Münchener Parteigenossen benützen am zweckmäßigsten den Zug am Samstag, Hauptbahnhof ab 3 Uhr 43 Min. nachmittags. Fahrkarten (auch Rückfahrt) für Nichtangehörige der S.A. müssen schon am Freitag gelöst werden. Für Unterkunft ist in Nürnberg gesorgt. Auskunft am Bahnhof. Das Standquartier der Nationalsozialisten befindet sich in den „Zentralsälen" am Marktor, dort findet auch am Samstag, 8 Uhr abends, der Begrüßungsabend statt. Unser Führer Adolf Hitler wird an dem Deutschen Tag teilnehmen.

Handel-, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Kapitulation

Aus dem besetzten Gebiet dringt ein merkwürdiger Klang in die erwartungsvolle Stille welche seit Regierungsantritt des neuen Kabinetts über Deutschland gebreitet liegt. Eine alle Kreise der Bevölkerung des besetzten Gebietes umfassende Vertretung soll französischen Organen gegenüber erklärt haben, man sei zur Aufgabe des passiven Widerstandes gegen gewisse Garantien von seiten Frankreichs bereit.

Wir waren uns nie im Unklaren, daß das Kabinett Stresemann seiner inneren Tendenz nach sehr wenig mit der Behauptung des Reichskanzlers nach Aufrechterhaltung des Widerstandes an der Ruhr zu tun habe. Die offizielle Gegenerklärung, welche nunmehr die Haltung der Regierung im Gegensatz zu dieser, wie man es ausdrückt, „privatwirtschaftlichen Kapitulation", stellt nach wie vor die Haltung der Regierung als konsequent und unabänderlich hin. Für den nüchtern Kalkulierenden aber spielen hier schon die Verbindungsmöglichkeiten innerhalb der außenpolitischen Neuordnung, welche sich unter der Erde zu entwickeln beginnt, zu der offenkundigen politischen Kapitulation hinüber.

Kaum acht Tage sind seit der berühmten Programmrede des Finanzministers Hilferding vergangen, kaum acht Tage hat das deutsche Volk Gelegenheit gehabt, zwischen Furcht und Hoffnung die Rettung aus der bittersten Not von dem neuen Mann zu erwarten. Über diesen acht Tagen schwebt als bedeutendste Erkenntnis die Tatsache, daß an den finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Praktiken des sogenannten neuen Systems im Verhältnis zu früheren Kabinetten sich nicht das Geringste geändert hat. Im Gegenteil! Zwei Wochen nach Antritt des Kabinetts Stresemann erfolgt in Berlin eine Auszahlung Neuyork zu 8,2 bzw. zu 10 Millionen, eine Auszahlung London zu 30 Millionen und darüber, zwei Wochen nach Eintritt des Kabinetts Stresemann wird die Grenze von 100 Millionen Prozent von einer Reihe schwerer Effekten überschritten, herrscht auf dem Markt eine Geldflüssigkeit, die eine unerhört hemmungslose Aufwärtsbewegung im Devisenmarkt fürchten läßt.

Das Ideal der Geldverknappung, mit dem Herr Hilferding finanzpolitisch und steuerpolitisch revidieren wollte, erscheint innerhalb dieser 8 Tage schon in jeder Hinsicht durch ihr Gegenteil abgelöst. Die Reichsbank bringt täglich 60 Millionen Papiermark und noch mehr in den Verkehr, von seiten des Reichs und der Reichsbank gehen immer noch erhebliche Papiermarkkredite ins Ruhrgebiet und ins Rheinland, die nachweislich von den Kreditempfängern zum Ankauf von Devisen ausgenützt werden. Damit wird eine systematische Geldentwertungspropaganda betrieben, gegen die die Schlechtgeldpolitik der Reichsbank unter Cuno ein Kinderspiel war.

Allerdings gibt es dafür eine Entschuldigung, die, obzwar sie fadenscheinig und kläglich, so doch praktikabel und zweckmäßig ist. Herr Havenstein, der Vertreter des Helfferich-Systems, lehnt es ab, „sich dem Willen des ihm nicht übergeordneten Finanzministers zu fügen". Ebenso lehnt er es ab, Ratschläge und Vorschriften von seiten der Gewerkschaften entgegenzunehmen. Die letzte Börse stellte dagegen mit Bewegung fest, daß „die Regierung sich noch nicht geschlagen geben würde, sondern in dem angestrebten Ziele weiterarbeiten wird". Allerdings billigte man dem Urteil der „Times" unbedingt Richtigkeit zu, nachdem es unmöglich sei, die Wirkung der viel zu spät angewandten Maßnahmen zur Reform der Steuergesetzgebung und zur Stabilisierung der Währung bereits jetzt abzuschätzen.

Angesichts dieser in allen Fragen der Finanzpolitik, Steuerpolitik und Wirtschaftspolitik in praxi vollzogenen Kapitulation der neuen Regierung, die nur eine einzige Möglichkeit auf das Konto positiver Maßnahmen verbuchen kann: Devisenbeschlagnahme; bleibt dem deutschen Volk nichts, aber auch gar nichts zu hoffen übrig.

Daß ein Minister ein guter Redner sei, genügt nicht als Voraussetzung für wirtschaftspolitische Reorganisationen, besonders wenn die Praxis sogenannter Neuordnungen im Grunde nur eine Intensivierung und Übersteigerung alter Maßnahmen ist.

Hemmungslos fortschreitender Inflationismus, Notverordnungen, die zum Zweck ihrer Umgehung aufgestellt werden, Steuerpolitik, die durch Kreditinflation fundiert ist, die zur Deckung der Beamtengehälter allein die Summe aufwenden muß, welche durch die Steuerdiktatur aufgebracht wird: und von dem wirtschaftspolitischen Programm des neuen Kabinetts bleibt nichts übrig als die Antrittsrede des Herrn Hilferding, auf deren theoretische Spiegelfechterei die Kapitulation der Praxis unmittelbar erfolgte.

Das Auslandskapital in der Türkei

Die „D. Ztg." weiß aus London zu melden, daß ein Konsortium in der Bildung zur Finanzierung eines Teiles des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Türkei begriffen sei. Zu diesem Zwecke werde ein Finanzkonsortium in Kleinasien unter französischer, englischer und italienischer Kontrolle gebildet werden, im Verhältnis der Beteiligung dieser Gruppen. Große allgemeine Aufgaben, wie der Bau von Eisenbahnen, werden von der Gesamtgruppe gemeinsam gelöst werden. Diese Pläne seien soweit fertiggestellt, daß nur noch die Zustimmung der Regierung von Angora erforderlich sei.

Dazu schreibt das Blatt noch:

„Eine für die deutsche Finanzwelt und für die deutsche Technik sehr betrübliche Nachricht. Es sei erinnert an die Zeit vor dem Weltkriege, wo das deutsche Genie zum rachsüchtigen Neid seiner zahlreichen Feinde im Ausland, namentlich in der Türkei, unter Mitwirkung deutscher Finanzkraft in der Errichtung volkswirtschaftlicher Bauten Denkmäler für die offensiv vorwärtsstrebende deutsche Wirtschaftskraft gesetzt hat. Heute, wo die materielle Kraft der deutschen Wirtschaft gefesselt am Boden liegt, schafft der Geist der Technik wohl unermüdlich weiter; aber ihm fehlt der finanzielle Rückhalt, ohne den er im Ausland nicht mehr seine Vorkriegsleistungen erreichen kann. Das Feindbundkapital hat seine Tätigkeit in der Erschließung weltwirtschaftlicher Fragen schon seit langer Zeit wieder aufgenommen, und fürderhin unter Voranstellung materieller Vorteile und nicht mehr beunruhigt durch den unbequemen deutschen Wettbewerb."

Der oben erwähnte Plan der alliierten Finanzgruppe unterliegt erst noch der Zustimmung der Regierung von Angora. Wir wollen hoffen, daß diese in ihrem nationalen Selbstbehauptungswillen bewunderungswürdige Regierung sich nicht nachträglich dem Kapitalismus ihrer Peiniger ausliefern wird."

Einer nach dem andern

Das Neuyorker Bankhaus Blair bot der argentinischen Regierung eine Konsolidierungsanleihe in der Höhe von 60 Millionen Dollars an. Die Regierung akzeptierte das Angebot.

Neudeutsches Geschäftsgebahren

Zu heftigen Angriffen gegen die Geschäftsgebarung des Rheinhandelskonzerns und seines Vorsitzenden, des kürzlich wegen Übertretung des Handelsverbots mit den Besatzungsmächten verhafteten Kommerzienrats Fall, in Düsseldorf, kam es in einer a. o. Generalversammlung der Optischen Werke Schütz in Kassel, und zwar gelegentlich einer Beratung über eine Kapitalserhöhung von 6 auf 50 Mill. Mark. Diese 44 000 neuen Aktien sollten nämlich nach dem Antrage der Verwaltung dem Rheinhandelskonzern zu 11 500 Prozent überlassen werden, weil dieser Konzern eine gegen die Optischen Werke ausgeklagte Forderung von 37 500 Dollar erworben und ferner den Werken offene Kredite bis zur Höhe von 40 Milliarden eingeräumt hatte. Diese Konzessionen sind dem Rheinhandelskonzern gemacht worden, um zu verhindern, daß er die Dollarforderung auf dem Wege der Klage geltend mache, weil im Falle der Verurteilung der Gesellschaft den Optischen Werken Verpflichtungen von etwa 300 Milliarden entstanden wären, die den Konkurs der Gesellschaft herbeigeführt hätten. Die Opposition bestritt zunächst die Rechtmäßigkeit der Forderung des Rheinhandelskonzerns, dem unberechtigte Bereicherungsversuche auf Kosten der Minderheit der Aktionäre vorgeworfen wurden, und schlug gegenüber den Anträgen der Verwaltung vor, den bisherigen Aktionären das gesetzliche Bezugsrecht zu belassen und ihnen 6000 junge Aktien im Verhältnis von 1 : 1 zu 100 000 Prozent anzubieten; weitere 18 000 Aktien sollte ein Bankenkonsortium zu 200 000 Prozent mit der Verpflichtung übernehmen, die Hälfte des Konsortialnutzens der Gesellschaft zuzuführen. Diese Anträge wurden jedoch gegen die Stimmen der Minorität abgelehnt und beschlossen, das Aktienkapital nach den Vorschlägen der Verwaltung zu erhöhen und die 44 000 neuen Aktien dem Rheinhandelskonzern zu 11 500 Prozent zu übergeben. Gegen diese Beschlüsse legte die Minderheit Protest ein, ebenso gegen die Abstimmung, wobei sie geltend machte, daß der Rheinhandelskonzern sich des Stimmenkaufs schuldig gemacht habe, da er kurz vor der Versammlung einem Großaktionär sämtliche Stimmen abgekauft habe, um die Vergewaltigung der unabhängigen Aktionäre durchzuführen.

Die Herren unter sich

In der außerordentlichen Generalversammlung der Getreide-Kredit-Akt.-Ges. in Berlin wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 2 auf 3 Milliarden Mark beschlossen. Die durch diese Kapitalerhöhung gewonnenen Mittel sol-

Sudetendeutsche

Tages-Zeitung

Erscheint täglich, ausgenommen an Tagen nach Sonn- u. Feiertagen. — Geschäftsstelle: Prag, Herreng. 8/11, Teleph. 4919. Schriftleitung Tetschen a. E., Marktpl., Teleph. 100

Bezugspreis: Viertelj. isch. K 36.—, monatlich K 12.—, bei Botenzust. K 2.— monatl. mehr. Einzelpr. 70, Sonnt. 80 h. Verw.: Tetschen a. E., Marktpl. Tel. 9

Folge 1. Prag, Sonntag 1. April 1923. 1. Jahrgang.

Die „Sudetendeutsche Tageszeitung" ist das einzige unparteiische und reinvölkische Tagblatt der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien — eines abgesprengten, wirtschaftlich und kulturell hochentwickelten Volksteiles von nahezu 4 Millionen Menschen. Sie unterrichtet — über den Parteien stehend — über alle politischen Fragen, Ereignisse und Tageserscheinungen, und bildet das beste und zuverlässigste Insertionsmittel über das sudetendeutsche Auslandsdeutschtum.

Rhein-Ruhrabgabe für Kraftfahrzeuge

Auf Grund des Gesetzes über die Erhebung einer außerordentlichen Abgabe aus Anlaß der Ruhrbesetzung vom 11. August 1923 (R.G.Bl. S. 774) wird von jedem, der am 15. August 1923 ein Kraftfahrzeug im Eigenbesitz hatte, das am 1. August 1923 der Kraftfahrzeugsteuer unterlag, eine einmalige außerordentliche Abgabe im fünfzigfachen Betrag der um den ab 1. September d. J. geltenden Zuschlag erhöhten Kraftfahrzeugsteuer erhoben. Diese Abgabe ist von allen Steuerpflichtigen unaufgefordert

bis spätestens Mittwoch, den 5. September 1923

für den Stadtbezirk beim Finanzamt München I, Alter Hof, 5. Aufgang, Zimmer 137, und für den Landbezirk beim Finanzamt München-Land, Herzogspitalstraße 8, unter Vorlage der Steuerkarte zur Einzahlung zu bringen.

Inhaber von abgelaufenen Steuerkarten, die das Fahrzeug nicht rechtzeitig ordnungsgemäß abgemeldet haben, sind abgabepflichtig.

Steuerkarten, auf denen der Vermerk über die Entrichtung der Abgabe fehlt, verlieren mit dem 6. September 1923 ihre Wirksamkeit. Die Steuer gilt alsdann als nicht gezahlt und ist nochmals nach den zur Zeit der neuen Zahlung geltenden Sätzen zu entrichten. Außerdem wird auch noch die Rhein-Ruhrabgabe mit den im Steuerzinsgesetz vom 11. August 1923 (R.G.Bl. I, S. 774) festgesetzten Zuschlägen geschuldet und muß unter Einleitung des Strafverfahrens sofort zwangsweise beigetrieben werden. Bei Veräußerung des Kraftfahrzeuges nach dem 15. August 1923 haftet auch der Erwerber für die Abgabe.

Auskünfte, insbesondere über die Steuerpflicht bzw. Befreiung hiervon und über die Höhe der Steuersätze werden beim Finanzamt München I, Alter Hof, 5. Aufgang, Zimmer 137, erteilt.

München, den 28. August 1923.

Finanzamt München I.

len, so führte die Verwaltung zur Begründung des Antrages aus, der Finanzierung des Getreideverkehrs dienen.

Zum Zwecke der Ersparung bedeutender Unkosten soll nur eine geringe Anzahl kleiner Stücke geschaffen werden, dagegen eine große Anzahl Stücke zum Nominalbetrage von 1 Mill. Mark. Durch diese Emission, bei der den bisherigen Aktionären auf je eine alte zwei neue Aktien zu 18 000 Proz. zum Bezuge angeboten werden sollen, werden der Gesellschaft 300 Milliarden neue Mittel zufließen. Der Übernahmekurs für die neuen Aktien, die von dem Bankhause Ellon übernommen werden, beträgt 15 000 Proz., wobei Kapitalverkehrssteuer und Unkosten für Druck der Aktien usw. von dem Bankhaus getragen werden. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Julius Byk, Leon Davidsohn, Ludwig Hoffnung und Leopold Singer, sämtlich in Berlin. Vor Schluß der Versammlung richtete das neu in den Aufsichtsrat gewählte Mitglied Julius Byk heftige Angriffe gegen die Kreditpolitik der Berliner Großbanken gegenüber dem Berliner Getreidegroßhandel. Er behauptete, daß die Berliner Großbanken dem Getreidehandel mit einer Weltfremdheit gegenüberstehen, die durchaus nicht im Interesse der gesamten Getreideversorgung Deutschlands liege und auch der volkswirtschaftlichen Bedeutung, die der Getreidegroßhandel für sich in Anspruch nehmen kann, entspricht.

Bankier Hinsberg vom Barmer Bankverein erwiderte darauf, daß die Provinzbanken in der Kreditpolitik gegenüber dem Getreidegroßhandel sehr großzügig vorgegangen seien, und er nehme auch bestimmt an, daß seine Berliner Kollegen ebenso handelten. Er sei der Ansicht, daß die gegen die Berliner Großbanken geführten Angriffe unberechtigt sind. Allerdings werde bei der Kreditgewährung gegenüber dem Getreidegroßhandel eine gewisse Zurückhaltung in vielen Fällen notwendig sein.

Nur nicht aus der Schule plaudern. Das Geschäft rentiert sich doch auf jeden Fall!

Nochmals der Fall Wolff

Der kölnische Großindustrielle Otto Wolff, für uns kein unbeschriebenes Blatt mehr, gibt in der „Kölner Ztg." seine Ansichten über den Ausbau der deutsch-russischen Handelsbeziehungen zum besten. Er ist bekanntlich der Gründer der deutsch-russischen Handels-A.-G. Er erzählt etwa folgendes:

„Die Deutsch-Russische Handels-A.-G., die Gründung des Wolff-Konzerns selbst, habe bisher gezeigt, daß es möglich sei, mit Nutzen Handel mit Rußland zu treiben (!). Die Schwierigkeiten des Personals, der neuen Verhältnisse, der Bureaukratie seien überwunden, und wenn die Deutsch-Russische Handels-A.-G. bei einzelnen untergeordneten Verwaltungsstellen auf Schwierigkeiten stieß, so habe die russische Regierung nicht gezögert, durch sofortiges Eingreifen ihre vertraglich übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Erweiterung des Konsortiums habe sich im vollen Einverständnis mit der russischen Regierung vollzogen, so daß das, was erst als großer Schaden erschien, heute zum Vorteil der Gesellschaft ausgeschlagen sei.

Die wirtschaftliche Neuordnung hat eine rege Tätigkeit der Wirtschaft hervorgerufen. Wo früher Kirchhofsruhe, Angst und Pessimismus vorherrschten, regt sich heute kräftiges Leben (!). Es zeigt sich Vertrauen zu der Kraft des Landes und der energische Wille zum Leben. Man möchte beinahe als Außenstehender sagen, daß das Tempo zu schnell ist. Es zeigen sich hier und da amerikanische Züge, die an die ersten Zeiten der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft erinnern, so daß Befürchtungen für Rückschläge nicht ganz grundlos sind.

Das Bestreben der russischen Regierung ist tatkräftig darauf gerichtet, den Wiederaufbau der Industrie zu fördern, und dieses Bestreben drückt sich sehr klar auch in ihrer Handelspolitik aus: Alle Artikel, welche Aussicht haben, durch Rußland selbst gewinnbringend hergestellt zu werden, werden zur Einfuhr nicht zugelassen.

Es ist unwahrscheinlich, daß der Aufbau der Industrie Schritt halten wird mit den Bedürfnissen des Landes, denn es ist nicht zu bestreiten, daß Rußland soweit seine Landwirtschaft in Frage kommt im starken Aufschwung begriffen ist (!) und daß es an allen Enden und Ecken an Industrieprodukten fehlt. Diese Verhältnisse sind für Deutschland von größter Wichtigkeit. Unsere Industrie kann alles liefern und unser Land kann fast alles an Erzeugnissen aufnehmen, was Rußland ausführt. Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, diesen Markt für uns zu erschließen."

Wir glauben Herrn Wolff aufs Wort, was er über Rußland zu erzählen hat. Er ist von Herrn Moses Litwin (der zusammen mit Herrn Stinnes die Partei Stresemann regiert) glänzend informiert.

Man erzählte vor einiger Zeit so nebenbei, daß die Firma Otto Wolff Gelder der vaterländischen Notkasse beziehungsweise Ruhrgelder zu Devisenspekulationen verwendet habe. Staatssekretär Trendelenburg erklärte damals, daß die Firma aus der Ruhrhilfe vier Milliarden Mark zum Zweck von Lohnzahlungen angefordert habe, aber „zur Lösung schwebender Schuldverbindlichkeiten bestimmt worden" sei. Dies nur ein Streiflicht auf das Geschäftsgebaren des Herrn Otto Wolff, der neben seinen Interessen für Rußland auch noch das Schicksal Deutschlands nach seinen Kräften befördert.

So schließt sich der Kreis von Stresemann bis Wolff und Strauß zu einer imposanten Runde.

Die vaterländische Notkasse aber möge zusehen, daß ihre mühsam gesammelten Gelder an jene Stellen kommen, die ihrer bedürfen ...

Der organisierte Raub

„Journee Industrielle" veröffentlicht folgende Ziffern über die Kohlen- und Kokseinfuhr aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich und Luxemburg vom 11.—20. August: Kohlen 34 500 Tonnen, Koks 67 200 Tonnen, Braunkohlen 600 Tonnen, insgesamt 102 300 Tonnen.

Schwierigkeiten überall

Die Lage der Kaliindustrie hat sich in den letzten Wochen unter dem Einfluß der sprunghaften Steigerung der Materialpreise, Löhne und Frachten recht ungünstig gestaltet. Der Inlandsabsatz ist stark zurückgegangen, der vorliegende Auftragsbestand sehr zusammengeschrumpft, da der Eingang neuer Aufträge fast ganz aufgehört hat. Die Landwirtschaft hält angesichts der starken Preiserhöhungen und der Anforderungen, die an sie durch die neuen Steuerlasten gestellt werden, mit neuen Bestellungen zurück. Das Inlandgeschäft ist infolgedessen ganz ins Stocken geraten, während das Auslandsgeschäft sich noch nicht derart verschlechtert hat, da die deutsche Kaliindustrie zu den heutigen Preisen auf dem Weltmarkt noch konkurrenzfähig ist. Infolge des starken Rückganges des Inlandsabsatzes ist es in der Kaliindustrie bereits vielfach zu Kündigungen von Arbeitern gekommen. Jetzt hat man sämtliche Tarifverträge mit den Arbeitnehmern gekündigt. Wenn die Absatzverhältnisse nicht bald wieder eine Besserung erfahren, werden Betriebseinschränkungen in der Kaliindustrie unvermeidlich, da eine Aufrechterhaltung der Förderung durch Auf-Lager-Nehmen der Erzeugnisse bei den jetzigen finanziellen Schwierigkeiten nicht möglich sein wird.

Schwedischer Eisenmarkt

Die schwedische Erzausfuhr, der Export von Roheisen und Spezialstahl haben infolge der Ruhrbesetzung gelitten. Es sind etwa 17% der Hochöfen und 3 von den 80 bestehenden Martinöfen unter Feuer. Dieser Mangel ist zum Teil auch auf die Generalaussperrung der Walzwerkarbeiter zurückzuführen. Die Aussperrung, die seit dem 29. Januar gedauert hat, führte nach Berliner Meldungen bei einer von der Regierung zustande gebrachten Aussprache der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einer Einigung. Die Arbeit ist am 6. August wieder aufgenommen worden.

Berliner Index-Wirtschaft

Seit geraumer Zeit ist es üblich, die Lebenshaltungskosten und im Zusammenhang damit die Löhne und Gehälter für das ganze Reich nach dem in Berlin allwöchentlich festgesetzten sog. Reichsindex zu berechnen. Welche Bewandtnis es mit diesem Reichsindex hat, darüber belehrt uns die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die in ihrer Nr. 393/94 vom 28. August einen Aufsatz veröffentlicht mit der Überschrift: **„Die falsche Reichsteuerungsziffer.** Der Aufsatz unterzieht die **„statistisch unmöglichen Berechnungsmethoden** der Reichsteuerungsstatistik einer Kritik und weist auf die Unzulässigkeit der jetzigen **statistischen Mantscherei** hin, die **hinter verschlossenen Türen**, wohlbehütet vor der Öffentlichkeit, bei der Errechnung des neuen wöchentlichen sogenannten Reichsteuerungsindex vollzieht. Schließlich gibt er die Mitteilungen eines größeren Industrieverbandes über die kürzlich stattgefundenen Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium wie folgt wieder:

„Als neuer Index wurde den verhandelnden Parteien vom Statistischen Reichsamt 72 Prozent mitgeteilt. Eine genauere Durchsicht der Indexziffern für die der Erhebung zugrundeliegenden Städte ergab indessen nur eine durchschnittliche Steigerung von 54 Prozent. Um über diese merkwürdige Unstimmigkeit Aufschluß zu gewinnen, wurde dann während der Lohnverhandlungen ein maßgebender Vertreter des Statistischen Reichsamts zum Reichsarbeitsministerium gebeten. Nach endloser Beratung mit Herren des Reichsarbeitsministeriums gab er endlich Aufschluß in einem ganz kleinen Kreise. Offenbar hielt er nicht für geraten **allen** anwesenden Vertretern der beiden Vertragsparteien Rede und Antwort zu stehen. Es stellte sich dann bei diesen Erörterungen heraus, daß die Wochendienstmeldungen der Städte, von denen Resultate vorlagen, tatsächlich nur eine Steigerung von 54 Prozent ergeben hätten, daß das Niveau der 71 Eildienstgemeinden, für welche Teuerungszahlen festgestellt werden, aber höher liege als das Niveau der befragten Städte. Zur Ausgleichung dieser Differenz habe man einen **gefühlsmäßigen Zuschlag** bis auf die Höhe von 72,2 Prozent gemacht. Daß diese Mitteilung auf die Vertragsparteien einen vernichtenden Eindruck machte, braucht nicht weiter betont zu werden."

Bis jetzt hat sich keine amtliche Stelle gerührt, um die Richtigkeit dieser Behauptungen zu bestreiten. Es muß also angenommen werden, daß es sich in der Tat so verhält. Und da müssen wir schon sagen, daß es einen Gipfelpunkt der Gewissenlosigkeit darstellt, den **Reichsindex nach dem Gefühl aufzustellen.** Das ganze Wirtschaftsleben stellt sich auf diesen Index ein und vertraut auf seinen gewissenhaften Ursprung. Und jetzt hört man, welch unverantwortlicher Unfug mit ihm getrieben worden ist und wahrscheinlich noch wird. Das heißt nichts anderes, als die **Auflösung**, in der sich unsere Wirtschaft dank der glänzenden Politik, die in Berlin getrieben wird, befindet, **in ein regelloses Chaos** zu verwandeln.

In diesem Zusammenhang muß es auch auffallen, daß an diesem Donnerstag wohl die Teuerungszahl der Lebenshaltung veröffentlicht worden ist, **nicht aber wie bisher die Indexziffer** selbst. Was geht also im Statistischen Reichsamt vor?

Wie wir dem aus eigener Kenntnis beifügen können, ist für die **bayerischen Verhältnisse** der Reichsindex nur teilweise benützt worden, weil wir in Bayern **Indexziffern der bayerischen Großstädte** haben, die bisher großes Vertrauen genossen haben. Das Bayerische Statistische Landesamt in München veröffentlicht von Zeit zu Zeit einen Index der bayerischen Städte. Dieser Index ist durchaus zuverlässig. Ebenso ist der Index, den das Statistische Amt der Stadt München, **aber nicht hinter verschlossenen Türen**, liefert und allwöchentlich veröffentlicht, mit größter Genauigkeit in zahlreichen Geschäften erhoben. Er ist gleichfalls durchaus zuverlässig, so daß viele süddeutsche Firmen die Indizes der Stadt München, Nürnberg usw. dem Reichsindex vorziehen.

Von der unteren Isar

Dem Bayerischen Kanal- und Schiffahrts-Verein hat auf eine Eingabe vom 1. Juni d. J. das Staatsministerium des Innern folgenden Bescheid erteilt:

„Über die Ausnützung der unteren Isar liegen mehrere Studien der Wasserkraftabteilung vor, auch sind bereits von privater Seite Ausnützungsvorschläge gemacht worden, so von dem Ingenieurbureau Hallinger und Geh. Oberbaurat Dr.-Ing. Schmick, sowie hauptsächlich von bodenwirtschaftlichem Standpunkt von Baurat Reischle (der am 5. Juni 1904 auf der Hauptversammlung des Vereins in Landshut darüber berichtete). Diese Vorarbeiten entsprechen in manchen Punkten nicht mehr den heutigen Anforderungen, die eine eingehende Berücksichtigung nicht nur wirtschaftlicher Kraftausnützung, sondern auch der Belange der Bodenkultur und der Schiffahrt verlangen. Die Aufstellung eines Bauentwurfs war seitens der Staatsregierung seit einiger Zeit in Aussicht genommen, mußte jedoch wegen dringlicherer Projekte zunächst zurückgestellt werden. In Würdigung der Eingabe des Kanal- und Schiffahrtsvereins soll nunmehr der Entwurfsaufstellung näher getreten werden. Weisung bezüglich der einleitenden Vorarbeiten ist bereits an die Regierung von Niederbayern ergangen. Die Wasserkraftabteilung, der die Leitung der Entwurfsaufstellung übertragen ist, wird mit dem Bayerischen Kanal- und Schiffahrts-Verein und dem Isarstädte-Verbande jeweils rechtzeitig wegen der bestehenden Wünsche und Anregungen in Fühlung treten."

Wertbeständige Holzanleihe

Die Stadt Baden-Baden wird eine wertbeständige Holzanleihe im Höchstbetrag von 50 000 Festmeter Nadelnutzholz, verzinslich zu 6 Proz., in Stücken zu ½, 2 und 5 Festmeter auflegen. Aus der Anleihe sollen Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues, für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und aus dem Erlös der Anleihe eine Schuld von Schweizer Franken abbezahlt werden.

Kapitalbewegung

Nach bisher vorliegenden Nachrichten sind im Monat August an der Berliner Börse 86 Kapitalserhöhungen verzeichnet worden. Davon an Werten mit amtlicher Berliner Börsennotiz 51, an Werten ohne amtlicher Berliner Börsennotiz 86.

Unter ersteren sind: Aktienbrauerei Pornath (40,8 Millionen); Berliner Hypothekenbank A.G. Berlin (50); Buderus Eisenwerke (25); Dresdener Schnellpresse A.G. (33); Hermanna Portlandzementfabrik, Hannover (10); C. P. Goerz, Berlin (20); Habermann Guckes-Liebold A.G., Kiel (40); Held & Francke A.G., Berlin (179); Hillewerke, Dresden (40); Ph. Holzmann A.G., Frankfurt (120); Jubag, Berlin (25); C. W. Kemp Nachfg. Stettin (175); Lübecker Privatbank (100); Mecklenburgische Bank, Schwerin (40); Mecklenburgische Bank und Wechselbank, Schwerin (75); Meißener Ofen- und Porzellanfabrik (17,4); Miag Mühlenbau A.G. (200); Mollwerk A.G., Chemnitz (73); Nationale Automobil A.G. (1107); Ostdeutsche Hefewerke, Tilsit (70); Karl Petereit A.G., Königsberg (80); Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik (20); Poppe u. Wirth A.G., Berlin (5); J. D. Preuß A.G., Königsberg (32); Jos. Rathgeber, Waggonfabrik A.G., München-Moosach (15); Riehm u. Söhne, Berlin (66); Siegen-Solinger Gußstahl Aktienverein (150); Union Baugesellschaft Berlin (45); Vereinigte Berlin-Frankfurter Gummifabrik (12); Vereinigte Elbe-Schiffahrt, Dresden (95); Vereinigte Bothania-Werke, Gotha (48); Westmark A.G., Frankfurt (300); R. Wolf A.G., Magdeburg-Buckau (20).

Unter letzteren befinden sich: Aktienbrauerei Kaufbeuren, Kaufbeuren (13,4); A.G. für Kunstdruck, Niedersedlitz (16); Aktiengesellschaft für Lederfabrik, München (130); Allgemeine Bankverein A.G., Düsseldorf (300); Antenna A.G. für Fernmeldetechnik (230); Bank für Niedersachsen, Hannover (700); Koburger Handelsbank, Koburg (150); Deutsche allgemeine Versicherungsbank, Pößneck i. Thür. (1500); Deutsche Hansabank, A.G., München (162 und 414); Elite-Wagen A.G., Berlin (45); Fränkische Türen- und Möbelfabrik A.G., Hartheim (48); Getreide-Kredit-A.-G. Berlin (2000); Dr. Siegfried Guggenheimer A.G. Nürnberg (25); Hagenberg-Bau-A.-G., München (75); Hamburger Handelsbank A.G., Hamburg (1000); Handels- und Gewerbebank A.G., Frankfurt a. M. (145); Max Hasse u. Co., Berlin (29); Kammgarnspinnerei Gautzsch, Leipzig (17); Leipziger Handels- und Verkehrs-A.-G., Leipzig (294); National-Film-A.-G., Berlin (75); Ostpreußische Holz- und Kistenwerke, Tilsit (61,5); Reichmannsdorfer Goldbergbau, Hannover (200); Schmirgelwerke A.G., Berlin (30); Stettiner Papier- und Pappenfabrik (20); Stock, Motorpflug, Berlin (134); Stuttgarter Straßenbahn-A.-G., Stuttgart (67); Warenkreditbank-A.-G., Berlin (600).

Wirtschaftsrundschau

Schwindel und kein Ende

Berlin. Die Devisenbeschaffungsstelle weist darauf hin, daß ihr in den letzten Tagen verschiedene Fälle zur Kenntnis gekommen sind, in denen Banken zahlreiche Einzelposten von Reichsmarkbeträgen bis zum Gegenwert von 10 Pfund Sterling gleichzeitig an einem Tage zugunsten der gleichen Auslandsadresse zur Versendung gebracht haben. Hiermit ist unzweideutig unter Ausnutzung der formalen Freigrenze für Kleinüberweisungen eine Umgehung des Markkaufsverbotes beabsichtigt und verwirklicht. Die Devisenbeschaffungsstelle wird derartige ihr zur Kenntnis kommende Umgehungsversuche unnachsichtlich zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen.

Die Notverordnung

Berlin. Amtlich wird verlautbart: Bis zum Erlaß der Durchführungsbestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände können ausländische Zahlungsmittel (nicht Wertpapiere), die den allgemeinen Ankaufsbedingungen der Reichsbank entsprechen, unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß die Ablieferung auf Grund der genannten Notverordnung erfolgt, schon jetzt bei sämtlichen Reichsbankstellen, in Berlin bei der Devisenabteilung der Reichshauptbank, Jägerstraße 34 bis 36, unter Wahrung aller Rechte und Fristen gegen vorläufige Empfangsbescheinigung abgeliefert werden. Die vorläufige Empfangsbescheinigung ist nach näherer Anordnung der Durchführungsbestimmungen gegen endgültige Quittung auszutauschen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die in der Notverordnung in Aussicht gestellte Straffreiheit sich nicht auf den Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln erstreckt, der nach dem 26. August 1923 stattgefunden hat.

Arbeitsmarkt in Bayern

München. Die erst jetzt zur Veröffentlichung kommenden Zusammenstellungen des Bayerischen Statistischen Landesamts über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Bayern im Monat Juli lassen erkennen, daß das Wirtschaftsleben im Juli wie im übrigen Reiche so auch in Bayern unter dem Zeichen des vollkommenen Verfalls der deutschen Währung stand. Der Export erfuhr durch die Markentwertung nur teilweise eine geringe Belebung. Der männliche Arbeitsmarkt hatte im Juli eine kleine Besserung zu verzeichnen. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt war die Lage wieder besser, als auf dem männlichen.

Londoner Goldpreis

Berlin. Die Devisenbeschaffungsstelle gibt über den Londoner Goldpreis gemäß § 2 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 29. August bekannt: Der Londoner Goldpreis beträgt für eine Unze Feingold 90 sh 8 d, für ein Gramm Feingold demnach 34,98 Pence.

Goldzollaufgeld

Berlin. Für die Zeit vom 1. bis einschließlich 7. September beträgt das Goldzollaufgeld 129 019 900 Prozent.

Preisbewegung

Berlin. Mit Wirkung vom 3. September ab werden gemäß Beschluß des Reichskabinetts die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle für das von ihr an die Kommunalverbände zur Markenbrotversorgung gelieferte Getreide für die Tonne um 40 Millionen Mark im Durchschnitt erhöht.

Berlin. Der Verband der Verleihanstalten von Wagendecken setzte die Schlüsselzahl mit Wirkung vom 30. August auf 400 000 fest.

Berlin. Die „B. Z." meldet: Der Preis für ein Schock Eier ist von gestern zu heute um fast zwei Millionen gestiegen. Ein Ei kostete heute im Kleinhandel 165 000 bis 175 000 M., womit der Friedenspreis für ein Ei weit überschritten ist. Margarine kostete im Großhandel bis eine Million für das Pfund, Schmalz im Kleinhandel etwa 1,4 Millionen. Der Preis für Molkereibutter betrug bis etwa 2,3 Millionen M.

Berlin. Elektrolytkupfernotiz: 2 403 600 M.

Berlin. Die vom Reichsverband für Damen-, Mädchen-Kleidung mit dem Verband der Fabrikanten von Blusen, Kostümen und verwandten Artikeln vereinbarte Wertmeßziffer ist, wie die „Deutsche Konfektion" mitteilt, ab 30. August auf 115 000 erhöht. Im Verkehr des Einzelhandels mit den Verbrauchern gültige Wertmeßziffer beträgt ab 30. August 62 000.

Berlin. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist die Teuerung der Lebenshaltung vom 20.—27. August um 57 Prozent gestiegen. Die Reichsindexziffer (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt demnach für den Anfang der laufenden Woche 1 183 434 gegen 753 733 in der Vorwoche; die Steigerung ist auf Grund einer Preisnachweisung von 24 Städten errechnet worden. Für die vorige Woche hatte sich infolge des Anschlusses an den nur 14-tägig vorliegenden Index für den erweiterten Kreis von 71 Gemeinden ein anderer Teuerungssatz (72,5 Proz.) ergeben, als der aus den einfachen Mitteln im Wochenbericht der Städte errechnete (54 Proz.). Diesmal kommt eine solche Angleichung nicht in Frage, da die neue Teuerungszahl der 71 Gemeinden nicht vorliegt. — Sonstige Pressemeldungen über die letzte amtliche Indexziffer sind unrichtig.

*

Der Börsenverein deutscher Buchhändler setzte seine Schlüsselzahl mit Wirkung vom 29. 8. auf 1 200 000 fest.

Der Hacken-Verband, G. m. b. H. zu Hagen i. W., rechnet mit Wirkung vom 23. Aug. mit einem Grundpreise von einer Goldmark das Kilo für gewöhnliche schwarze Hacken. Die übrigen Preise sind entsprechend geändert, während die Berechnungs- und Zahlungsbedingungen bestehen geblieben sind.

Der Hämmer-Verband zu Hagen i. W. berechnet auf die Grundpreise seiner Liste 1 3/20 in Goldmark ab 23. August einen Rabatt von 63 Proz. Die Berechnungs- und Zahlungsbedingungen sind bestehen geblieben.

Der Verband der deutschen Metallwarenindustrie, e. V., Berlin, gibt bekannt, daß der Vorstand und der Hauptausschuß angesichts der dauernden Markentwertung den Übergang zur wertbeständigen Preisstellung für dringend notwendig halten und infolgedessen den Verbandsmitgliedern und Fachgruppen die wertbeständige Berechnung über eine Edelvaluta, möglichst über den amerikanischen Dollar empfehlen.

Mit Rücksicht auf die Ungewißheit über die weitere Gestaltung der Kohlenpreise in den nächsten Tagen, der Frachten, Löhne usw. beschloß die Sechserkommission des Reichskalirates, die endgültige Entscheidung über das Ausmaß der vorzunehmenden Kalipreiserhöhung bis zur Klärung der Lage zu vertagen, um eine zweimalige Festsetzung der Kalipreise innerhalb weniger Tage zu vermeiden.

Mit Wirkung vom 1. September 1923 werden erhöht die Steuersätze des § 3 Abs. 1 des Biersteuergesetzes vom 9. Juli 1923/11. August 1923 in Verbindung mit der Verordnung vom 9. August 1923: von 170 800 Mark auf 478 200 M., von 175 000 auf 490 000, von 179 200 auf 501 800, von 183 300 auf 513 200, von 191 700 auf 536 800, von 200 000 auf 560 000, von 208 300 auf 583 200 Mark; der Steuersatz des § 4 des Biersteuergesetzes vom 9. Juli/11. August 1923 in Verbindung mit der in Nr. 1 genannten Verordnung für Einfuhrbier von 208 300 Mark auf 383 200 Mark.

Warenmarkt

München, 30. August. Der Fleischmarkt am Donnerstag war mit 394 Rinderviertel Frischfleisch und mit 13 Rinderviertel argentinischem Gefrierfleisch nur sehr mäßig beschickt. Frischfleisch war wieder in allen Qualitäten vorhanden, während das Gefrierfleisch nur aus Ausstichware bestand. Trotz neuerlicher Preissteigerung war die Kauflust der Metzger etwas besser als an den vorausgegangenen Markttagen, so daß der Gefrierfleischvorrat schnell und restlos, daß der Frischfleischvorrat bis auf einige wenige Stücke leichter Qualität geräumt werden konnte. Die Frischfleischpreise bewegten sich zwischen 700 000 bis 1 400 000 Mark das Pfund. Vom Gefrierfleisch kosteten die vorderen Viertel 850 000, die hinteren Viertel 880 000 Mark das Pfund.

München. (Münchener Produktenbericht vom Mittwoch, 29. August.) Weiterhin fest. Im Handel wurden in Waggonladungen folgende Großhandels-Einkaufspreise pro Zentner in Millionen festgestellt: Roggen 9—9,5, Weizen 12—12,75, Gerste alt 8,5—9,5, Hafer alt 7,75—8,75, Kleie ohne Sack 4,5—5; Rauhfutter: Heu gut, gesund, trocken 1,2—1,4, Heu gesund, trocken 1—1,2, Stroh gebündelt 0,8—0,9. Die Erzeugerpreise müssen gegenüber obigen Preisen niedriger sein. Multiplikator 1 527 619. Von den Mühlen wurden nachstehende Mehlpreise pro 100 Kilogramm in Millionen übermittelt: Weizenmehl 70proz. 53, Roggenmehl 80proz. 36,6, Weizenbrotmehl Nr. 4 27,8, Weizenfuttermehl Nr. 6 13,6. Sämtliche Preise für bayerische Mehle gelten nur als Richtpreise. Außerbayerische Mehle ohne festes Angebot.

Berlin, 30. August. Am Produktenmarkte gingen die Preise auf die Steigerung am Devisenmarkt sprunghaft in die Höhe. Das inländische Angebot beobachtete große Zurückhaltung. Die Forderungen wurden so erhöht, daß die Käufer zurückgeschreckt wurden. Die Umsätze hielten sich daher in engen Grenzen. Für Weizen zeigten die Mühlen sich kauflustig im Zusammenhang mit der andauernden Nachfrage nach Mehl. Die unklare Situation hielt sie jedoch vor größeren Geschäften zurück. Roggen war ziemlich ruhig. Gerste stellte sich bei geringem Angebot sehr erheblich höher. Hafer zum Versand war gefragt. Mais wurde beträchtlich höher gehalten. Ölsaaten und Mehl stellten sich beträchtlich höher. Der Preisstand für Futtermehl erhöhte sich gleichfalls beträchtlich.

Berlin, 30. August. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen, Märkischer 18000, Schlesischer 17500; Roggen, Märkischer 14—14500, Schlesischer 13000; Gerste, Sommergerste, Märkische, alte 15—16000; Hafer, Märkischer 13500 bis 15000, Schlesische 14000; Weizenmehl 55—63000; Roggenmehl 38—45000; Weizenkleie 8—8500; Roggenkleie 8—8500; Raps 15000; Rapskuchen 10—10500; Trockenschnitzel 5500—6000; Zuckerschnitzel 10000; Torfmelasse 4500—5000.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 250—325; Haferstroh 240—280; Gebündeltes Roggenlangstroh 270—290; Heu, gutes 360 bis 400; Heu, handelsüblich 280—320.

Berliner Metalle

Berlin, den 30. August 1923

Raffinadekupfer	3200–3300
Originalhüttenblei	1400–1450
Hüttenrohzink im freien Verkehr	1800–1850
Originalhüttenrohzink	—
Plattenzink	1350–1400
Originalhüttenaluminium	— —
Hüttenaluminium in Walzen	— —
Bankazinn	10000–10300
Straitszinn	10000–10300
Australzinn	10000–10300
Hüttenzinn	9500–9800
Reinnickel	6000–6200
Antimon	1300–1400
Silber	220 225
Elektrolytkupfer	3458000

Die Ziffern gelten als Tausender

Kurse

Berlin, 30. August. Fortgesetzter dringender Kaufbegehr, hauptsächlich aus dem besetzten Gebiet, führte am Devisenmarkt bei Mangel fast jeglichen Angebots zu einer Fortsetzung der scharfen Aufwärtsbewegung. Die Markentwertung im Ausland unterstützte diese Entwicklung. Der Dollar setzte bereits in den Vormittagsstunden mit über 10 Millionen ein und wurde gegen Mittag mit 11 Millionen genannt. Die amtliche Repartierung brachte keine Ermäßigung. Der Dollar wurde mit etwa 11 Millionen notiert, das englische Pfund mit 50 Millionen.

Der Dollar

10 972 500 G   11 027 500 B

Zürich, 30. Aug. (Devisenk., ohne Gew.) Holland 217,—, Berlin —,00006, Wien —,00078, Prag 16,334, Paris 31,25, London 25,20, Italien 23,82½, Brüssel 25,50, Budapest 0—03⅛, Newyork 554,—, Warschau —,00023, Agram 5,87½, Kopenhagen 103,25, Stockholm 148,—, Christiania 91,75, Madrid 74,75, Buenos Aires 177,50, Sofia 5,20.

Berlin, den 30. August 1923. Divisen-Kurse.

	30. 8. Geld	30. 8. Brief	29. 8 vor. Geldk.
Amstd.-Rd. 1 Fl.	4309200,—	4330800,—	2932650,—
Buen. Air. 1 Pes.	3551100,—	3580900,—	2403975,—
Christiania 1 Kr.	1795900,—	1804100,—	1216950,—
Kopenhagen 1 Kr.	2044875,—	2055125,—	1396500,—
Stockholm 1 Kr.	2952600,—	2967450,—	1995000,—
Helsingf. 1 f. M.	307230,—	308770,—	209475,—
Italien 1 Lira	478800,—	481200,—	323190,—
London 1 Pfd. St.	49875000,—	50125000,-	33915000,-
New York 1 Dollar	10972500,—	11027500,-	7481250,—
Schweiz 1 Frcs.	1975050,—	1984950,—	1356600,—
Spanien 1 Pes.	1476300,—	1483700,—	1007475,—
Japan 1 Yen	5366500,—	5393450,—	3640875,—
Rio 1 Milreis	1039395,—	1044605,—	682240,—
Wien 100 Kr.	15561,—	15639,—	10573,—
Prag 1 Kr.	323190,—	324810,—	219450,20
Agram 1 Dinar	—	—	—
Budapest 1 Kr.	615,95	619,05	418,95,—
Sofia 1 Leva	103740,—	104260,—	77805,—

Berlin, den 30. August 1923. Noten.

	30. 8. Geld	30. 8. Brief	29. 8. vor. Geldk.
Amerikan. Noten	10972500,-	11027500,	7481250,—
Englische	49875000,-	50125000,-	33915000,-
Italienische	478800,	481200,—	323190,—
Rumänische	47880,—	48120,—	33410,—
Schweizer	1975050,—	1984950,—	1356600,—
Türkische	—	—	—
Tschechische	323190,—	324810,—	219450,—
Kleine Tschechen	323190,—	324810,—	219450,—
Österreich. abgest.	15561,—	15639,—	10573,—
neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	4100,—	4300,—	—
Holländische	4309200,—	4330800,—	2932650,—
Ungarische	319,20	320,80	238,40

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Nagl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Jos. Huber. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Münchener Theater

National-Theater
Freitag, 31. Aug., abends 7 Uhr: Hamlet.
Samstag, 1. Sept.: Geschl.

Residenz-Theater
Freitag, 31. Aug., abends 6 Uhr: Ariadne auf Naxos.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Jan, der Wunderbare.

Prinzregenten-Theater
Freitag, 31. Aug.: Geschl.
Samstag, 1. Sept., nachm. 4 Uhr: Siegfried.

Münchner Künstler-Theater
Freitag, 31. Aug.: Geschl.
Samstag, 1. Sept., abends 7 Uhr: Maß für Maß.

Theater am Gärtnerplatz
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Die Bajadere.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Offenbach.

Schauspielhaus
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Kapitän Braßbounds Bekehrung.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Liebelei.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Madame Pompadour.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Madame Pompadour.

Volks-Theater
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.

Münchner Theater (Blumensäle)
Freitag, 31. Aug., abends 8 Uhr: Die beiden Reichenmüller.
Samstag, 1. Sept., abends 8 Uhr: Der verfluchte Hof.

Wien-München
Hotel Wagner
Sonnenstr. 23
Telephon 53484
Direktion
Max Pfahler.
Täglich abends 8 Uhr
Gastspiel Kurt Graf
und das übrige große September-Programm
Ab 10½ Uhr
Bar Wien-München

Detektiv
ax Mair, München
Kaufingerstr. 14, Tel. 24391.
Altes Büro für Forschung, Ermittlung, Beobachtung, Beweise. Auskünfte jed. Art.

Kostüme, Anzüge, Mäntel
fertigt bei gutem Sitz.
Ändern, Umarbeiten
zu mäßigen Preisen.
G. Lasal
Schellingstraße 38/III Rckg.

Völkische Gaststätte „Deutsches Haus"
Hakenkreuz-Klause
Nürnberg Tetzelgasse 7
Treffpunkt aller Völkischen
Warme u. kalte Küche. Pg. Paul Strebel.

DIE FABRIKATE DER ÖSTERR. TABAKREGIE
SIND IN GANZ DEUTSCHLAND IN ALLEN BESSEREN CIGARRENGESCHÄFTEN ERHÄLTLICH.

Adolf Viktor von Koerber:
Der Feind im Land
Spiegelbilder aus deutscher Not und Schmach
Grundpreis
gebunden M. 4,—
geheftet M. 2,50
Deutschvölkische Buchhandlung
München Postscheckkonto München 11346 Thierschstr. 15

Goldina-Kakao-Stube
Platzl 1
neben den Dachauern gegenüber dem Hofbräuhaus
Kakao, Kaffee, Tee, Eis, Limonade, Gebäck usw.
Bürgerlich gediegener, angenehmer Aufenthalt!
Fernruf 23029

Peterhof-Spiele
Marienplatz
Inh.: Hans Schweier
Direktion:
August Junker
Täglich Vorstellung
Sonn- u. Feiertags 4 und 8 Uhr
und vorm. 10 Uhr
Alt-Münchner Frühschoppen-Konzert
Hackerbr.-Märzenbier

Jedermann freut sich
wenn er seine getragenen Schuhe, Stiefel, Herren- und Militär-Kleider zu verkaufen kann
bei Melusin, Schuhmachermeister
München, Westenrieder Str. 4

Suche dringend
Eisen pro Kilo M. 25000,- sowie sämtlich. Altmetalle, Zeitungen, Lumpen, Stampf usw.
Rohproduktenhandlung
Georg Rauscher - München
Westendstr. 98 / Tel. 60728 / Freie Abholung

Möbeltransporte
per Bahn oder Auto-Möbelwagen, hier und auswärts, unter meiner Leitung
Georg Huber, München, Bayerstraße 73
Telephon 55051
Schöne Einlagerungsräume

Aus Judenknechtschaft
zur Freiheit empor. Rett. o. Unterg. d. deutsch. Volkes.
Der Zusammenbruch. Rasse und Volk.
Politik d. Staatszerstör. Künftige Rassenpolitik
Unsere rassische Grundlage. Wesen u. Artung. Rassenverschlechterung durch Juda. Flugblatt
Alle 5 Schriften von Rich. Ungewitter gegen Voreinf. von 600 000 M. Ortsgrupp. erhalt. Rabatt.
R. Ungewitter, Berl., Stuttgart, Postscheck 12224

ANTON RALL
Edelmetall-Schmelze
Kaufingerstraße 35/I
VERKAUF
von Feinmetallen für zahntechn. Zwecke
ANKAUF
von Platin, Gold und Silber
Verkäufe an mich sind luxussteuerfrei

Teleph.
72590 u. 73278
FRANZ EGLE
Flaschengroßhandlung
München, Meindlstraße Nr. 53–54
Haltestelle Harras
Größt. Spezialgesch. Bayerns

Günstige Kapitalsanlage
bei hoher monatlicher Gewinnauszahlung (bisher durchschnittlich 40 Prozent pro Monat) bietet
Hansen & Co., Komm.-Ges.
Zweigniederlassung:
München, Bayerstr. 5/II Telephon 55024
Geschäftsstunden 9–5 Uhr.

Stellenmarkt
Älteres rüstiges Ehepaar, Parteigenossen, Kleinrentner, Frau tüchtige Wirtschafterin, suchen Tätigkeit als
Verwalter eines Gutes oder größeren Besitzes
gegen Verpflegung und Wohnung.
Nähere Angaben erbitten A. Kratzert, Bad Reichenhall-Kirchberg, Villa Tannenburg.

Stenotypistin
perfekt in Stenographie
sucht sofort Stellung
Off. erb. u. A. C. W. Hauptpostlagernd

ANZEIGEN im „Völkischen Beobachter" haben stets Erfolg

len, so führte die Verwaltung zur Begründung des Antrages aus, der Finanzierung des Getreideverkehrs dienen.

Zum Zwecke der Ersparung bedeutender Unkosten soll nur eine geringe Anzahl kleiner Stücke geschaffen werden, dagegen eine große Anzahl Stücke zum Nominalbetrage von 1 Mill. Mark. Durch diese Emission, bei der den bisherigen Aktionären auf je eine alte zwei neue Aktien zu 18 000 Proz. zum Bezuge angeboten werden sollen, werden der Gesellschaft 800 Milliarden neue Mittel zufließen. Der Übernahmekurs für die neuen Aktien, die von dem Bankhause Ellon übernommen werden, beträgt 15 000 Proz., wobei Kapitalverkehrssteuer und Unkosten für Druck der Aktien usw. von dem Bankhaus getragen werden. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Julius Byk, Leon Davidsohn, Ludwig Hoffnung und Leopold Singer, sämtlich in Berlin. Vor Schluß der Versammlung richtete das neu in den Aufsichtsrat gewählte Mitglied Julius Byk heftige Angriffe gegen die Kreditpolitik der Berliner Großbanken gegenüber dem Berliner Getreidegroßhandel. Er behauptete, daß die Berliner Großbanken dem Getreidehandel mit einer Weltfremdheit gegenüberstehen, die durchaus nicht im Interesse der gesamten Getreideversorgung Deutschlands liege und auch der volkswirtschaftlichen Bedeutung, die der Getreidegroßhandel für sich in Anspruch nehmen kann, entspricht.

Bankier Hinsberg vom Barmer Bankverein erwiderte darauf, daß die Provinzbanken in der Kreditpolitik gegenüber dem Getreidegroßhandel sehr großzügig vorgegangen seien, und er nehme auch bestimmt an, daß seine Berliner Kollegen ebenso handelten. Er sei der Ansicht, daß die gegen die Berliner Großbanken geführten Angriffe unberechtigt sind. Allerdings werde bei der Kreditgewährung gegenüber dem Getreidegroßhandel eine gewisse Zurückhaltung in vielen Fällen notwendig sein.

Nur nicht aus der Schule plaudern. Das Geschäft rentiert sich doch auf jeden Fall!

Nochmals der Fall Wolff

Der kölnische Großindustrielle Otto Wolff, für uns kein unbeschriebenes Blatt mehr, gibt in der „Kölner Ztg." seine Ansichten über den Ausbau der deutsch-russischen Handelsbeziehungen zum besten. Er ist bekanntlich der Gründer der deutsch-russischen Handels-A.-G. Er erzählt etwa folgendes:

„Die Deutsch-Russische Handels-A.-G., die Gründung des Wolff-Konzerns selbst, habe bisher gezeigt, daß es möglich sei, mit Nutzen Handel mit Rußland zu treiben (!). Die Schwierigkeiten des Personals, der neuen Verhältnisse, der Bureaukratie seien überwunden, und wenn die Deutsch-Russische Handels-A.-G. bei einzelnen untergeordneten Verwaltungsstellen auf Schwierigkeiten stieß, so habe die russische Regierung nicht gezögert, durch sofortiges Eingreifen ihre vertraglich übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Erweiterung des Konsortiums habe sich im vollen Einverständnis mit der russischen Regierung vollzogen, so daß das, was erst als großer Schaden erschien, heute zum Vorteil der Gesellschaft ausgeschlagen sei.

Die wirtschaftliche Neuordnung hat eine rege Tätigkeit der Wirtschaft hervorgerufen. Wo früher Kirchhofsruhe, Angst und Pessimismus vorherrschten, regt sich heute kräftiges Leben (!). Es zeigt sich Vertrauen zu der Kraft des Landes und der energische Wille zum Leben. Man möchte beinahe als Außenstehender sagen, daß das Tempo zu schnell ist. Es zeigen sich hier und da amerikanische Züge, die an die ersten Zeiten der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft erinnern, so daß Befürchtungen für Rückschläge nicht ganz grundlos sind.

Das Bestreben der russischen Regierung ist tatkräftig darauf gerichtet, den Wiederaufbau der Industrie zu fördern, und dieses Bestreben drückt sich sehr klar auch in ihrer Handelspolitik aus: Alle Artikel, welche Aussicht haben, durch Rußland selbst gewinnbringend hergestellt zu werden, werden zur Einfuhr nicht zugelassen.

Es ist unwahrscheinlich, daß der Ausbau der Industrie Schritt halten wird mit den Bedürfnissen des Landes, denn es ist nicht zu bestreiten, daß Rußland soweit seine Landwirtschaft in Frage kommt im starken Aufschwung begriffen ist (!) und daß es an allen Enden und Ecken an Industrieprodukten fehlt. Diese Verhältnisse sind für Deutschland von größter Wichtigkeit. Unsere Industrie kann alles liefern und unser Land kann fast alles an Erzeugnissen aufnehmen, was Rußland ausführt. Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, diesen Markt für uns zu erschließen."

Wir glauben Herrn Wolff aufs Wort, was er über Rußland zu erzählen hat. Er ist von Herrn Moses Litwin (der zusammen mit Herrn Stinnes die Partei Stresemann regiert) glänzend informiert.

Man erzählte vor einiger Zeit so nebenbei, daß die Firma Otto Wolff Gelder der vaterländischen Notkasse beziehungsweise Ruhrgelder zu Devisenspekulationen verwendet habe. Staatssekretär Trendelenburg erklärte damals, daß die Firma aus der Ruhrhilfe vier Milliarden Mark zum Zweck von Lohnzahlungen angefordert habe, aber „zur Lösung schwebender Schuldverbindlichkeiten bestimmt worden" sei. Dies nur ein Streiflicht auf das Geschäftsgebaren des Herrn Otto Wolff, der neben seinen Interessen für Rußland auch noch das Schicksal Deutschlands nach seinen Kräften befördert.

So schließt sich der Kreis von Stresemann bis Wolff und Strauß zu einer imposanten Runde.

Die vaterländische Notkasse aber möge zusehen, daß ihre mühsam gesammelten Gelder an jene Stellen kommen, die ihrer bedürfen ...

Der organisierte Raub

„Journee Industrielle" veröffentlicht folgende Ziffern über die Kohlen- und Kokseinfuhr aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich und Luxemburg vom 11.—20. August: Kohlen 34 500 Tonnen, Koks 67 200 Tonnen, Braunkohlen 600 Tonnen, insgesamt 102 300 Tonnen.

Schwierigkeiten überall

Die Lage der Kaliindustrie hat sich in den letzten Wochen unter dem Einfluß der sprunghaften Steigerung der Materialpreise, Löhne und Frachten recht ungünstig gestaltet. Der Inlandsabsatz ist stark zurückgegangen, der vorliegende Auftragsbestand sehr zusammengeschrumpft, da der Eingang neuer Aufträge fast ganz aufgehört hat. Die Landwirtschaft hält angesichts der starken Preiserhöhungen und der Anforderungen, die an sie durch die neuen Steuerlasten gestellt werden, mit neuen Bestellungen zurück. Das Inlandgeschäft ist infolgedessen ganz ins Stocken geraten, während das Auslandsgeschäft sich noch nicht derart verschlechtert hat, da die deutsche Kaliindustrie zu den heutigen Preisen auf dem Weltmarkt noch konkurrenzfähig ist. Infolge des starken Rückganges des Inlandsabsatzes ist es in der Kaliindustrie bereits vielfach zu Kündigungen von Arbeitern gekommen. Jetzt hat man sämtliche Tarifverträge mit den Arbeitnehmern gekündigt. Wenn die Absatzverhältnisse nicht bald wieder eine Besserung erfahren, werden Betriebseinschränkungen in der Kaliindustrie unvermeidlich, da eine Aufrechterhaltung der Förderung durch Auf-Lager-Nehmen der Erzeugnisse bei den jetzigen finanziellen Schwierigkeiten nicht möglich sein wird.

Schwedischer Eisenmarkt

Die schwedische Erzausfuhr, der Export von Roheisen und Spezialstahl haben infolge der Ruhrbesetzung gelitten. Es sind etwa 17% der Hochöfen und 3 von den 80 bestehenden Martinöfen unter Feuer. Dieser Mangel ist zum Teil auch auf die Generalaussperrung der Walzwerkarbeiter zurückzuführen. Die Aussperrung, die seit dem 29. Januar gedauert hat, führte nach Berliner Meldungen bei einer von der Regierung zustande gebrachten Aussprache der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einer Einigung. Die Arbeit ist am 6. August wieder aufgenommen worden.

Berliner Index-Wirtschaft

Seit geraumer Zeit ist es üblich, die Lebenshaltungskosten und im Zusammenhang damit die Löhne und Gehälter für das ganze Reich nach dem in Berlin allwöchentlich festgesetzten sog. Reichsindex zu berechnen. Welche Bewandtnis es mit diesem Reichsindex hat, darüber belehrt uns die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die in ihrer Nr. 393/94 vom 28. August einen Aufsatz veröffentlicht mit der Überschrift: **„Die falsche Reichsteuerungsziffer.** Der Aufsatz unterzieht die **„Statistisch unmöglichen Berechnungsmethoden** der Reichsteuerungsstatistik einer Kritik und weist auf die Unzulässigkeit der jetzigen **statistischen Mantscherei** hin, die sich **hinter verschlossenen Türen,** wohlbehütet vor der Öffentlichkeit, bei der Errechnung des neuen wöchentlichen sogenannten Reichsteuerungsindex vollzieht. Schließlich gibt er die Mitteilungen eines größeren Industrieverbandes über die kürzlich stattgefundenen Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium wie folgt wieder:

„Als neuer Index wurde den verhandelnden Parteien vom Statistischen Reichsamt 72 Prozent mitgeteilt. Eine genauere Durchsicht der Indexziffern für die der Erhebung zugrundeliegenden Städte ergab indessen nur eine durchschnittliche Steigerung von 54 Prozent. Um über diese merkwürdige Unstimmigkeit Aufschluß zu gewinnen, wurde dann während der Lohnverhandlungen ein maßgebender Vertreter des Statistischen Reichsamts zum Reichsarbeitsministerium gebeten. Nach endloser Beratung mit Herren des Reichsarbeitsministeriums gab er endlich Aufschluß in einem ganz kleinen Kreise. Offenbar hielt er nicht für geraten allen anwesenden Vertretern der beiden Vertragsparteien Rede und Antwort zu stehen. Es stellte sich dann bei diesen Erörterungen heraus, daß die Wochendienstmeldungen der Städte, von denen Resultate vorlagen, tatsächlich nur eine Steigerung von 54 Prozent ergeben hätten, daß das Niveau der 71 Eildienstgemeinden, für welche Teuerungszahlen festgestellt werden, aber höher liege als das Niveau der befragten Städte. Zur Ausgleichung dieser Differenz habe man einen **gefühlsmäßigen Zuschlag** bis auf die Höhe von 72,2 Prozent gemacht. Daß diese Mitteilung auf die Vertragsparteien einen vernichtenden Eindruck machte, braucht nicht weiter betont zu werden."

Bis jetzt hat sich keine amtliche Stelle gerührt, um die Richtigkeit dieser Behauptungen zu bestreiten. Es muß also angenommen werden, daß es sich in der Tat so verhält. Und da müssen wir schon sagen, daß es einen Gipfelpunkt der Gewissenlosigkeit darstellt, den **Reichsindex nach dem Gefühl aufzustellen.** Das ganze Wirtschaftsleben stellt sich auf diesen Index ein und vertraut auf seinen gewissenhaften Ursprung. Und jetzt hört man, welch unverantwortlicher Unfug mit ihm getrieben worden ist und wahrscheinlich noch wird. Das heißt nichts anderes, als die **Auflösung,** in der sich unsere Wirtschaft dank der glänzenden Politik, die in Berlin getrieben wird, befindet, **in ein regelloses Chaos** zu verwandeln.

In diesem Zusammenhang muß es auch auffallen, daß an diesem Donnerstag wohl die Teuerungszahl der Lebenshaltung veröffentlicht worden ist, **nicht** aber wie bisher **die Indexziffer** selbst. Was geht also im Statistischen Reichsamt vor?

Wie wir dem aus eigener Kenntnis beifügen können, ist für die **bayerischen Verhältnisse** der Reichsindex nur teilweise benützt worden, weil wir in Bayern **Indexziffern der bayerischen Großstädte** haben, die bisher großes Vertrauen genossen haben. Das Bayerische Statistische Landesamt in München veröffentlicht von Zeit zu Zeit einen Index der bayerischen Städte. Dieser Index ist durchaus zuverlässig. Ebenso ist der Index, den das Statistische Amt der Stadt München, aber **nicht hinter verschlossenen Türen,** liefert und allwöchentlich veröffentlicht, mit größter Genauigkeit in zahlreichen Geschäften erhoben. Er ist gleichfalls durchaus zuverlässig, so daß viele süddeutsche Firmen die Indizes der Stadt München, Nürnberg usw. dem Reichsindex vorziehen.

Von der unteren Isar

Dem Bayerischen Kanal- und Schiffahrts-Verein hat auf eine Eingabe vom 1. Juni d. J. das Staatsministerium des Innern folgenden Bescheid erteilt:

„Über die Ausnützung der unteren Isar liegen mehrere Studien der Wasserkraftabteilung vor, auch sind bereits von privater Seite Ausnützungsvorschläge gemacht worden, so von dem Ingenieurbureau Hallinger und Geh. Oberbaurat Dr.-Ing. Schmick, sowie hauptsächlich von bodenwirtschaftlichem Standpunkt von Baurat Reischle (der am 5. Juni 1904 auf der Hauptversammlung des Vereins in Landshut darüber berichtete). Diese Vorarbeiten entsprechen in manchen Punkten nicht mehr den heutigen Anforderungen, die eine eingehende Berücksichtigung nicht nur wirtschaftlicher Kraftausnützung, sondern auch der Belange der Bodenkultur und der Schiffahrt verlangen. Die Aufstellung eines Bauentwurfs war seitens der Staatsregierung seit einiger Zeit in Aussicht genommen, mußte jedoch wegen dringlicherer Projekte zunächst zurückgestellt werden. In Würdigung der Eingabe des Kanal- und Schiffahrtsvereins soll nunmehr der Entwurfsaufstellung näher getreten werden. Weisung bezüglich der einleitenden Vorarbeiten ist bereits an die Regierung von Niederbayern ergangen. Die Wasserkraftabteilung, der die Leitung der Entwurfsaufstellung übertragen ist, wird mit dem Bayerischen Kanal- und Schiffahrts-Verein und dem Isarstädte-Verbande jeweils rechtzeitig wegen der bestehenden Wünsche und Anregungen in Fühlung treten."

Wertbeständige Holzanleihe

Die Stadt Baden-Baden wird eine wertbeständige Holzanleihe im Höchstbetrag von 50 000 Festmeter Nadelnutzholz, verzinslich zu 6 Proz., in Stücken zu 1/2, 2 und 5 Festmeter auflegen. Aus der Anleihe sollen Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues, für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und aus dem Erlös der Anleihe eine Schuld von Schweizer Franken abbezahlt werden.

Kapitalbewegung

Nach bisher vorliegenden Nachrichten sind im Monat August an der Berliner Börse 86 Kapitalserhöhungen verzeichnet worden. Davon an Werten mit amtlicher Berliner Börsennotiz 51, an Werten ohne amtlicher Berliner Börsennotiz 86.

Unter ersteren sind: Aktienbrauerei Pornath (40,8 Millionen); Berliner Hypothekenbank A.G. Berlin (50); Buderus Eisenwerke (25); Dresdener Schnellpresse A.G. (33); Hermanna Portlandzementfabrik, Hannover (10); C. P. Goerz, Berlin (20); Habermann Guckes-Liebold A.G., Kiel (40); Held & Francke A.G., Berlin (179); Hillewerke, Dresden (40); Ph. Holzmann A.G., Frankfurt (120); Jubag, Berlin (25); C. W. Kemp Nachfg. Stettin (175); Lübecker Privatbank (100); Mecklenburgische Bank, Schwerin (40); Mecklenburgische Bank und Wechselbank, Schwerin (75); Meißener Ofen- und Porzellanfabrik (17,4); Miag Mühlenbau A.G. (200); Mollwerk A.G., Chemnitz (73); Nationale Automobil A.G. (1107); Ostdeutsche Hefewerke, Tilsit (70); Karl Petereit A.G., Königsberg (80); Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik (20); Poppe u. Wirth A.G., Berlin (5); J. D. Preuß A.G., Königsberg (32); Jos. Rathgeber, Waggonfabrik A.G., München-Moosach (15); Riehm u. Söhne, Berlin (66); Siegen-Solinger Gußstahl Aktienverein (150); Union Baugesellschaft Berlin (45); Vereinigte Berlin-Frankfurter Gummifabrik (12); Vereinigte Elbe-Schiffahrt, Dresden (95), Vereinigte Bothania-Werke, Gotha (48); Westmark A.G., Frankfurt (300); R. Wolf A.G., Magdeburg-Buckau (20).

Unter letzteren befinden sich: Aktienbrauerei Kaufbeuren, Kaufbeuren (13,4); A.G. für Kunstdruck, Niedersedlitz (16); Aktiengesellschaft für Lederfabrik, München (130); Allgemeine Bankverein A.G., Düsseldorf (300); Antenna A.G. für Fernmeldetechnik (230); Bank für Niedersachsen, Hannover (700); Koburger Handelsbank, Koburg (150); Deutsche allgemeine Versicherungsbank, Pößneck i. Thür. (1500); Deutsche Hansabank, A.G., München (162 und 414); Elite-Wagen A.G., Berlin (45); Fränkische Türen- und Möbelfabrik A.G., Hartheim (48); Getreide-Kredit-A.-G. Berlin (2000); Dr. Siegfried Guggenheimer A.G. Nürnberg (25); Hagenberg-Bau-A.-G., München (75); Hamburger Handelsbank A.G., Hamburg (1000); Handels- und Gewerbebank A.G., Frankfurt a. M. (145); Max Hasse u. Co., Berlin (29); Kammgarnspinnerei Gautzsch, Leipzig (17); Leipziger Handels- und Verkehrs-A.-G., Leipzig (294); National-Film-A.-G., Berlin (75); Ostpreußische Holz- und Kistenwerke, Tilsit (61,5); Reichmannsdorfer Goldbergbau, Hannover (200); Schmirgelwerke A.G., Berlin (30); Stettiner Papier- und Pappenfabrik (20); Stock, Motorpflug, Berlin (134); Stuttgarter Straßenbahn-A.-G., Stuttgart (67); Warenkreditbank-A.-G., Berlin (600).

Wirtschaftsrundschau

Schwindel und kein Ende

Berlin. Die Devisenbeschaffungsstelle weist darauf hin, daß ihr in den letzten Tagen verschiedene Fälle zur Kenntnis gekommen sind, in denen Banken zahlreiche Einzelposten von Reichsmarkbeträgen bis zum Gegenwert von 10 Pfund Sterling gleichzeitig an einem Tage zugunsten der gleichen Auslandsadresse zur Versendung gebracht haben. Hiermit ist unzweideutig unter Ausnutzung der formalen Freigrenze für Kleinüberweisungen eine Umgehung des Markkaufsverbotes beabsichtigt und verwirklicht. Die Devisenbeschaffungsstelle wird derartige ihr zur Kenntnis kommende Umgehungsversuche unnachsichtlich zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen.

Die Notverordnung

Berlin. Amtlich wird verlautbart: Bis zum Erlaß der Durchführungsbestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände können ausländische Zahlungsmittel (nicht Wertpapiere), die den allgemeinen Ankaufsbedingungen der Reichsbank entsprechen, unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß die Ablieferung auf Grund der genannten Notverordnung erfolgt, schon jetzt bei sämtlichen Reichsbankstellen, in Berlin bei der Devisenabteilung der Reichshauptbank, Jägerstraße 34 bis 36, unter Wahrung aller Rechte und Fristen gegen vorläufige Empfangsbescheinigung abgeliefert werden. Die vorläufige Empfangsbescheinigung ist nach näherer Anordnung der Durchführungsbestimmungen gegen endgültige Quittung auszutauschen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die in der Notverordnung in Aussicht gestellte Straffreiheit sich nicht auf den Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln erstreckt, der nach dem 26. August 1923 stattgefunden hat.

Arbeitsmarkt in Bayern

München. Die erst jetzt zur Veröffentlichung kommenden Zusammenstellungen des Bayerischen Statistischen Landesamts über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Bayern im Monat Juli lassen erkennen, daß das Wirtschaftsleben im Juli wie im übrigen Reiche so auch in Bayern unter dem Zeichen des vollkommenen Verfalls der deutschen Währung stand. Der Export erfuhr durch die Markentwertung nur teilweise eine geringe Belebung. Der männliche Arbeitsmarkt hatte im Juli eine kleine Besserung zu verzeichnen. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt war die Lage wieder besser, als auf dem männlichen.

Londoner Goldpreis

Berlin. Die Devisenbeschaffungsstelle gibt über den Londoner Goldpreis gemäß § 2 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 29. August bekannt: Der Londoner Goldpreis beträgt für eine Unze Feingold 90 sh 8 d, für ein Gramm Feingold demnach 34,98 Pence.

Goldzollaufgeld

Berlin. Für die Zeit vom 1. bis einschließlich 7. September beträgt das Goldzollaufgeld 129 019 900 Prozent.

Preisbewegung

Berlin. Mit Wirkung vom 3. September ab werden gemäß Beschluß des Reichskabinetts die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle für das von ihr an die Kommunalverbände zur Markenbrotversorgung gelieferte Getreide für die Tonne um 40 Millionen Mark im Durchschnitt erhöht.

Berlin. Der Verband der Verleihanstalten von Wagendecken setzte die Schlüsselzahl mit Wirkung vom 30. August auf 400 000 fest.

Berlin. Die „B. Z." meldet: Der Preis für ein Schock Eier ist von gestern zu heute um fast zwei Millionen gestiegen. Ein Ei kostete heute im Kleinhandel 165 000 bis 175 000 M., womit der Friedenspreis für ein Ei weit überschritten ist. Margarine kostete im Großhandel bis eine Million für das Pfund, Schmalz im Kleinhandel etwa 1,4 Millionen. Der Preis für Molkereibutter betrug bis etwa 2,3 Millionen M.

Berlin. Elektrolytkupfernotiz: 2 403 600 M.

Berlin. Die vom Reichsverband für Damen-, Mädchen-Kleidung mit dem Verband der Fabrikanten von Blusen, Kostümen und verwandten Artikeln vereinbarte Wertmeßziffer ist, wie die „Deutsche Konfektion" mitteilt, ab 30. August auf 115 000 erhöht. Im Verkehr des Einzelhandels mit den Verbrauchern gültige Wertmeßziffer beträgt ab 30. August 62 000.

Berlin. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist die Teuerung der Lebenshaltung vom 20.—27. August um 57 Prozent gestiegen. Die Reichsindexziffer (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt demnach für den Anfang der laufenden Woche 1 183 434 gegen 753 733 in der Vorwoche; die Steigerung ist auf Grund einer Preisnachweisung von 24 Städten errechnet worden. Für die vorige Woche hatte sich infolge des Anschlusses an den nur 14tägig vorliegenden Index für den erweiterten Kreis von 71 Gemeinden ein anderer Teuerungssatz (72,5 Proz.) ergeben, als der aus den einfachen Mitteln im Wochenbericht der Städte errechnete (54 Proz.). Diesmal kommt eine solche Angleichung nicht in Frage, da die neue Teuerungszahl aus den 71 Gemeinden nicht vorliegt. — Sonstige Pressemeldungen über die letzte amtliche Indexziffer sind unrichtig.

*

Der Börsenverein deutscher Buchhändler setzte seine Schlüsselzahl mit Wirkung vom 29. 8. auf 1 200 000 fest.

Der Hacken-Verband, G. m. b. H. zu Hagen i. W., rechnet mit Wirkung vom 23. Aug. mit einem Grundpreise von einer Goldmark das Kilo für gewöhnliche schwarze Hacken. Die übrigen Preise sind entsprechend geändert, während die Berechnungs- und Zahlungsbedingungen bestehen geblieben sind.

Der Hämmer-Verband zu Hagen i. W. berechnet auf die Grundpreise seiner Liste f 3/20 in Goldmark ab 23. August einen Rabatt von 63 Proz. Die Berechnungs- und Zahlungsbedingungen sind bestehen geblieben.

Der Verband der deutschen Metallwarenindustrie, e. V., Berlin, gibt bekannt, daß der Vorstand und der Hauptausschuß angesichts der dauernden Markentwertung den Übergang zur wertbeständigen Preisstellung für dringend notwendig halten und infolgedessen den Verbandsmitgliedern und Fachgruppen die wertbeständige Berechnung über eine Edelvaluta, möglichst über den amerikanischen Dollar empfehlen.

Mit Rücksicht auf die Ungewißheit über die weitere Gestaltung der Kohlenpreise in den nächsten Tagen, der Frachten, Löhne usw. beschloß die Sechserkommission des Reichskalirates, die endgültige Entscheidung über das Ausmaß der vorzunehmenden Kalipreiserhöhung bis zur Klärung der Lage zu vertagen, um eine zweimalige Festsetzung der Kalipreise innerhalb weniger Tage zu vermeiden.

Mit Wirkung vom 1. September 1923 werden erhöht die Steuersätze des § 3 Abs. 1 des Biersteuergesetzes vom 9. Juli 1923/11. August 1923 in Verbindung mit der Verordnung vom 9. August 1923: von 170 800 Mark auf 478 200 M., von 175 000 auf 490 000, von 179 200 auf 501 800, von 183 300 auf 513 200, von 191 700 auf 536 800, von 200 000 auf 560 000, von 208 300 auf 583 200 Mark; der Steuersatz des § 4 des Biersteuergesetzes vom 9. Juli/11. August 1923 in Verbindung mit der in Nr. 1 genannten Verordnung für Einfuhrbier von 208 300 Mark auf 383 200 Mark.

Warenmarkt

München, 30. August. Der Fleischmarkt am Donnerstag war mit 394 Rinderviertel Frischfleisch und mit 13 Rinderviertel argentinischem Gefrierfleisch nur sehr mäßig beschickt. Frischfleisch war wieder in allen Qualitäten vorhanden, während das Gefrierfleisch nur aus Ausstichware bestand. Trotz neuerlicher Preissteigerung war die Kauflust der Metzger etwas besser als an den vorausgegangenen Markttagen, so daß der Gefrierfleischvorrat schnell und restlos, daß der Frischfleischvorrat bis auf einige wenige Stücke leichter Qualität geräumt werden konnte. Die Frischfleischpreise bewegten sich zwischen 700 000 bis 1 400 000 Mark das Pfund. Vom Gefrierfleisch kosteten die vorderen Viertel 850 000, die hinteren Viertel 880 000 Mark das Pfund.

München. (Münchener Produktenbericht vom Mittwoch, 29. August.) Weiterhin fest. Im Handel wurden in Waggonladungen folgende Großhandels-Einkaufspreise pro Zentner in Millionen festgestellt: Roggen 9—9,5, Weizen 12—12,75, Gerste alt 8,5—9,5, Hafer alt 7,75—8,75, Kleie ohne Sack 4,5—5; Rauhfutter: Heu gut, gesund, trocken 1,2—1,4, Heu gesund, trocken 1—1,2, Stroh gebündelt 0,8—0,9. Die Erzeugerpreise müssen gegenüber obigen Preisen niedriger sein. Multiplikator 1 527 619. Von den Mühlen wurden nachstehende Mehlpreise pro 100 Kilogramm in Millionen übermittelt: Weizenmehl 70proz. 53, Roggenmehl 80proz. 36,6, Weizenbrotmehl Nr. 4 27,8, Weizenfuttermehl Nr. 6 13,6. Sämtliche Preise für bayerische Mehle gelten nur als Richtpreise. Außerbayerische Mehle ohne festes Angebot.

Berlin, 30. August. Am Produktenmarkte gingen die Preise auf die Steigerung am Devisenmarkt sprunghaft in die Höhe. Das inländische Angebot beobachtete große Zurückhaltung. Die Forderungen wurden so erhöht, daß die Käufer zurückgeschreckt wurden. Die Umsätze hielten sich daher in engen Grenzen. Für Weizen zeigten die Mühlen sich kauflustig im Zusammenhang mit der andauernden Nachfrage nach Mehl. Die unklare Situation hielt sie jedoch vor größeren Geschäften zurück. Roggen war ziemlich ruhig. Gerste stellte sich bei geringem Angebot sehr erheblich höher. Hafer zum Versand war gefragt. Mais wurde beträchtlich höher gehalten. Ölsaaten und Mehl stellten sich beträchtlich höher. Der Preisstand für Futtermehl erhöhte sich gleichfalls beträchtlich.

Berlin, 30. August. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen, Märkischer 18000, Schlesischer 17500; Roggen, Märkischer 14—14500, Schlesischer 13000; Gerste, Sommergerste, Märkische, alte 15—16000; Hafer, Märkischer 13500 bis 15000, Schlesische 14000; Weizenmehl 55—63000; Roggenmehl 38—45000; Weizenkleie 8—8500; Roggenkleie 8—8500; Raps 15000; Rapskuchen 10—10500; Trockenschnitzel 5500—6000; Zuckerschnitzel 10000; Torfmelasse 4500—5000.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 250—325; Haferstroh 240—280; Gebündeltes Roggenlangstroh 270—290; Heu, gutes 360 bis 400; Heu, handelsüblich 280—320.

Berliner Metalle

Berlin, den 30. August 1923

Raffinadekupfer	8200–8300
Originalhüttenblei	1400–1450
Hüttenrohzink im freien Verkehr	1800–1850
Originalhüttenrohzink	—
Plattenzink	1350–1400
Originalhüttenaluminium	— —
Hüttenaluminium in Walzen	— —
Bankazinn	10000–10300
Straitszinn	10000–10300
Australzinn	10000–1030[illegible]
Hüttenzinn	950–980
Reinnickel	6000–620[illegible]
Antimon	1300–1400
Silber	220–225
Elektrolytkupfer	3458[illegible]00

Die Ziffern gelten als Tausender

Kurse

Berlin, 30. August. Fortgesetzter dringender Kaufbegehr, hauptsächlich aus dem besetzten Gebiet, führte am Devisenmarkt bei Mangel fast jeglichen Angebots zu einer Fortsetzung der scharfen Aufwärtsbewegung. Die Markentwertung im Ausland unterstützte diese Entwicklung. Der Dollar setzte bereits in den Vormittagsstunden mit über 10 Millionen ein und wurde gegen Mittag mit 11 Millionen genannt. Die amtliche Repartierung brachte keine Ermäßigung. Der Dollar wurde mit etwa 11 Millionen notiert, das englische Pfund mit 50 Millionen.

Der Dollar

10 972 500 G 11 027 500 B

Zürich, 30. Aug. (Devisenk., ohne Gew.) Holland 217,—, Berlin —,00006, Wien —,00078, 23,82 1/2, Brüssel 25,50, Budapest 0—03 1/8, Neu-Prag 16,334, Paris 31,25, London 25,20, Italien york 554,—, Warschau —,00023, Agram 5,87 1/2, Kopenhagen 103,25, Stockholm 148,—, Christiania 91,75, Madrid 74,75, Buenos Aires 177,50, Sofia 5,20.

Berlin, den 30. August 1923. Devisen-Kurse.

	30. 8. Geld	30. 8. Brief	29. 8. vor. Geldk.
Amstd.-Rd. 1 Fl.	4309200,—	4330800,—	2932650,—
Buen. Air. 1 Pes.	3551100,—	3580900,—	2403975,—
Christiania 1 Kr.	1795900,—	1804100,—	1216950,—
Kopenhagen 1 Kr.	2044875,—	2055125,—	1396500,—
Stockholm 1 Kr.	2952600,—	2967450,—	1995000,—
Helsingf. 1 f. M.	307230,—	308770,—	209475,—
Italien 1 Lira	478800,—	481200,—	323190,—
London 1 Pfd.-St.	49875000,—	50125000,-	33915000,-
New York 1 Dollar	10972500,—	11027500,-	7481250,—
Schweiz 1 Frcs.	1975050,—	1984950,—	1356600,—
Spanien 1 Pes.	1476300,—	1483700,—	1007475,—
Japan 1 Yen	5366500,—	5393450,—	3640875,—
Rio 1 Milreis	1039395,—	1044605,—	682240,—
Wien 100 Kr.	15561,—	15639,—	10573,—
Prag 1 Kr.	323190,—	324810,—	219450,20
Agram 1 Dinar	—	—	—
Budapest 1 Kr.	615,95	619,05	418,95,—
Sofia 1 Leva	103740,—	104260,—	77805,—

Berlin, den 30. August 1923. Noten.

	30. 8. Geld	30. 8. Brief	29. 8. vor. Geldk.
Amerikan. Noten	10972500,-	11027500,	7481250,—
Englische	49875000,-	50125000,-	33915000,-
Italienische	478800,	481200,—	323190,—
Rumänische	47880,	48120,—	33410,—
Schweizer	1975050,—	1984950,—	1356600,—
Türkische	—	—	—
Tschechische	323190,—	324810,—	219450,—
Kleine Tschechen	323190,—	324810,—	219450,—
Österreich. abgest.	15561,—	15639,—	10573,—
neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	4100,—	4300,—	—
Holländische	4309200,—	4330800,—	2932650,—
Ungarische	319,20	320,80	238,40

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Ragl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Jos. Huber. Verlag: Franz Eher Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Münchener Theater

National-Theater
Freitag, 31. Aug., abends 7 Uhr: Hamlet.
Samstag, 1. Sept.: Geschl.

Residenz-Theater
Freitag, 31. Aug., abends 6 Uhr: Ariadne auf Naxos.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Jan, der Wunderbare.

Prinzregenten-Theater
Freitag, 31. Aug.: Geschl.
Samstag, 1. Sept., nachm. 4 Uhr: Siegfried.

Münchner Künstler-Theater
Freitag, 31. Aug.: Geschl.
Samstag, 1. Sept., abends 7 Uhr: Maß für Maß.

Theater am Gärtnerplatz
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Die Bajadere.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Offenbach.

Schauspielhaus
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Kapitän Braßbounds Bekehrung.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Liebelei.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Madame Pompadour.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Madame Pompadour.

Volks-Theater
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.

Münchner Theater (Blumensäle)
Freitag, 31. Aug., abends 8 Uhr: Die beiden Reichenmüller.
Samstag, 1. Sept., abends 8 Uhr: Der verfluchte Hof.

Völkische Gaststätte „Deutsches Haus"
Hakenkreuz-Klause
Nürnberg Tetzelgasse 7
Treffpunkt aller Völkischen
Warme u. kalte Küche. Pg. Paul Strebel.

DIE FABRIKATE DER ÖSTERR. TABAKREGIE
SIND IN GANZ DEUTSCHLAND IN ALLEN BESSEREN CIGARRENGESCHÄFTEN ERHÄLTLICH.

Adolf Viktor von Koerber:
Der Feind im Land
Spiegelbilder aus deutscher Not und Schmach
Grundpreis gebunden M. 4,— geheftet . M. 2,80
Deutschvölkische Buchhandlung
München Postscheckkonto München 11346 Thierschstr. 15

Wien-München
Hotel Wagner
Sonnenstr. 23
Telephon 53484
Direktion Max Pfahler.
Täglich abends 8 Uhr Gastspiel Kurt Graf und das übrige große September-Programm
Ab 10 1/2 Uhr Bar Wien-München

Goldina-Kakao-Stube
neben dem Bad-Kaufhaus Platzl 1 gegenüber dem Hofbräuhause
Kakao, Kaffee, Tee, Eis, Limonade, Gebäck usw.
Bürgerlich gediegener, angenehmer Aufenthalt!
Fernruf Nr. 23029

Detektiv
Max Mair, München
Kaufingerstr. 14, Tel. 24391.
Altes Büro für Forschung, Ermittlung, Beobachtung, Beweise. Auskünfte jed. Art.

Kostüme, Anzüge, Mäntel
fertige bei gutem Sitz.
Ändern, Umarbeiten zu mäßigen Preisen.
G. Lasal
Schellingstraße 88/III Rckg.

Peterhof-Spiele
Marienplatz
Inh.: Hans Schwojer
Direktion: August Junker
Täglich Vorstellung
Sonn- u. Feiertags 4 und 8 Uhr und vorm. 10 Uhr
Alt-Münchner Frühschoppen-Konzert
Hackerbr.-Märzenbier

Jedermann freut sich
wenn er seine getragenen Schuhe, Stiefel, Herren- und Militärkleider gut verkaufen kann—wo? bei Melusin, Schuhmachermeister München, Westenrieder Str. 4

Suche dringend
Eisen pro Kilo M. 25000.- sowie sämtlich. Altmetalle, Zeitungen, Lumpen, Stampf usw.
Rohproduktenhandlung Georg Rauscher · München
Westendstr. 98 / Tel. 60728 / Freie Abholung

Möbeltransporte
per Bahn oder Auto-Möbelwagen, hier und auswärts, unter meiner Leitung
Georg Huber, München, Bayerstraße 73
Telephon 55051
Schöne Einlagerungsräume

Aus Judenknechtschaft zur Freiheit empor. Rett. o. Unterg. d. deutsch. Volkes.
Der Zusammenbruch. Rasse und Volk.
Politik d. Staatszerstör. Künftige Rassenpolitik
Unsere rassische Grundlage. Wesen u. Artung. Rassenverschlachterung durch Juda. Flugblatt
Alle 5 Schriften von Rich. Ungewitter gegen Voreinf. von 600 000 M. Ortsgrupp. erhalt. Rabatt.
R. Ungewitter, Verl., Stuttgart, Postscheck 12224

ANTON RALL
Edelmetall-Schmelze
Kaufingerstraße 35/I
VERKAUF von Feinmetallen für zahntechn. Zwecke
ANKAUF von Platin, Gold und Silber
Verkäufe an mich sind luxussteuerfrei

Teleph. 72590 u. 73278
FRANZ EGLE
Flaschengroßhandlung
München, Meindlstraße Nr. 53–54
Haltestelle Harras
Größt. Spezialgesch. Bayerns

Stellenmarkt
Älteres rüstiges Ehepaar, Parteigenossen, Kleinrentner, Frau tüchtige Wirtschafterin, suchen Tätigkeit als
Verwalter eines Gutes oder größeren Besitzes
gegen Verpflegung und Wohnung.
Nähere Angaben erbitten A. Kratzert, Bad Reichenhall-Kirchberg, Villa Tannenburg.

Günstige Kapitalsanlage
bei hoher monatlicher Gewinnauszahlung (bisher durchschnittlich 40 Prozent pro Monat) durch
Hansen & Co., Komm.-Ges.
Zweigniederlassung:
München, Bayerstr. 5/II Telephon 55024
Geschäftsstunden 9–5 Uhr.

Stenotypistin
perfekt in Stenographie
sucht sofort Stellung
Off. erb. u. A. C. W. Hauptpostlagernd

ANZEIGEN im „Völkischen Beobachter" haben stets Erfolg

len, so führte die Verwaltung zur Begründung des Antrages aus, der Finanzierung des Getreideverkehrs dienen.

Zum Zwecke der Ersparung bedeutender Unkosten soll nur eine geringe Anzahl kleiner Stücke geschaffen werden, dagegen eine große Anzahl Stücke zum Nominalbetrage von 1 Mill. Mark. Durch diese Emission, bei der den bisherigen Aktionären auf je eine alte zwei neue Aktien zu 18000 Proz. zum Bezuge angeboten werden sollen, werden der Gesellschaft 300 Milliarden neue Mittel zufließen. Der Übernahmekurs für die neuen Aktien, die von dem Bankhause Ellon übernommen werden, beträgt 15000 Proz., wobei Kapitalverkehrssteuer und Unkosten für Druck der Aktien usw. von dem Bankhaus getragen werden. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Julius Byck, Leon Davidsohn, Ludwig Hoffnung und Leopold Singer, sämtlich in Berlin. Vor Schluß der Versammlung richtete das neu in den Aufsichtsrat gewählte Mitglied Julius Byck heftige Angriffe gegen die Kreditpolitik der Berliner Großbanken gegenüber dem Berliner Getreidegroßhandel. Er behauptete, daß die Berliner Großbanken dem Getreidehandel mit einer Weltfremdheit gegenüberstehen, die durchaus nicht im Interesse der gesamten Getreideversorgung Deutschlands liege und auch der volkswirtschaftlichen Bedeutung, die der Getreidegroßhandel für sich in Anspruch nehmen kann, entspricht.

Bankier Hinsberg vom Barmer Bankverein erwiderte darauf, daß die Provinzbanken in der Kreditpolitik gegenüber dem Getreidegroßhandel sehr großzügig vorgegangen seien, und er nehme auch bestimmt an, daß seine Berliner Kollegen ebenso handelten. Er sei der Ansicht, daß die gegen die Berliner Großbanken geführten Angriffe unberechtigt sind. Allerdings werde bei der Kreditgewährung gegenüber dem Getreidegroßhandel eine gewisse Zurückhaltung in vielen Fällen notwendig sein.

Nur nicht aus der Schule plaudern. Das Geschäft rentiert sich doch auf jeden Fall!

Nochmals der Fall Wolff

Der kölnische Großindustrielle Otto Wolff, für uns kein unbeschriebenes Blatt mehr, gibt in der „Kölner Ztg." seine Ansichten über den Ausbau der deutsch-russischen Handelsbeziehungen zum besten. Er ist bekanntlich der Gründer der deutsch-russischen Handels-A.-G. Er erzählt etwa folgendes:

„Die Deutsch-Russische Handels-A.-G., die Gründung des Wolff-Konzerns selbst, habe bisher gezeigt, daß es möglich sei, mit Nutzen Handel mit Rußland zu treiben (!). Die Schwierigkeiten des Personals, der neuen Verhältnisse, der Bureaukratie seien überwunden, und wenn die Deutsch-Russische Handels-A.-G. bei einzelnen untergeordneten Verwaltungsstellen auf Schwierigkeiten stieß, so habe die russische Regierung nicht gezögert, durch sofortiges Eingreifen ihre vertraglich übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Erweiterung des Konsortiums habe sich im vollen Einverständnis mit der russischen Regierung vollzogen, so daß das, was erst als großer Schaden erschien, heute zum Vorteil der Gesellschaft ausgeschlagen sei.

Die wirtschaftliche Neuordnung hat eine rege Tätigkeit der Wirtschaft hervorgerufen. Wo früher Kirchhofsruhe, Angst und Pessimismus vorherrschten, regt sich heute kräftiges Leben (!). Es zeigt sich Vertrauen zu der Kraft des Landes und der energische Wille zum Leben. Man möchte beinahe als Außenstehender sagen, daß das Tempo zu schnell ist. Es zeigen sich hier und da amerikanische Züge, die an die ersten Zeiten der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft erinnern, so daß Befürchtungen für Rückschläge nicht ganz grundlos sind.

Das Bestreben der russischen Regierung ist tatkräftig darauf gerichtet, den Wiederaufbau der Industrie zu fördern, und dieses Bestreben drückt sich sehr klar auch in ihrer Handelspolitik aus: Alle Artikel, welche Aussicht haben, durch Rußland selbst gewinnbringend hergestellt zu werden, werden zur Einfuhr nicht zugelassen.

Es ist unwahrscheinlich, daß der Aufbau der Industrie Schritt halten wird mit den Bedürfnissen des Landes, denn es ist nicht zu bestreiten, daß Rußland soweit seine Landwirtschaft in Frage kommt im starken Aufschwung begriffen ist (!) und daß es an allen Enden und Ecken an Industrieprodukten fehlt. Diese Verhältnisse sind für Deutschland von größter Wichtigkeit. Unsere Industrie kann alles liefern und unser Land kann fast alles an Erzeugnissen aufnehmen, was Rußland ausführt. Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, diesen Markt für uns zu erschließen."

Wir glauben Herrn Wolff aufs Wort, was er über Rußland zu erzählen hat. Er ist von Herrn Moses Litwin (der zusammen mit Herrn Stinnes die Partei Stresemann regiert) glänzend informiert.

Man erzählte vor einiger Zeit so nebenbei, daß die Firma Otto Wolff Gelder der vaterländischen Notkasse beziehungsweise Ruhrgelder zu Devisenspekulationen verwendet habe. Staatssekretär Trendelenburg erklärte damals, daß die Firma aus der Ruhrhilfe vier Milliarden Mark zum Zweck von Lohnzahlungen angefordert habe, aber „zur Lösung schwebender Schuldverbindlichkeiten bestimmt worden" sei. Dies nur ein Streiflicht auf das Geschäftsgebaren des Herrn Otto Wolff, der neben seinen Interessen für Rußland auch noch das Schicksal Deutschlands nach seinen Kräften befördert.

So schließt sich der Kreis von Stresemann bis Wolff und Strauß zu einer imposanten Runde.

Die vaterländische Notkasse aber möge zusehen, daß ihre mühsam gesammelten Gelder an jene Stellen kommen, die ihrer bedürfen . . .

Der organisierte Raub

„Journee Industrielle" veröffentlicht folgende Ziffern über die Kohlen- und Kokseinfuhr aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich und Luxemburg vom 11.—20. August: Kohlen 34500 Tonnen, Koks 67200 Tonnen, Braunkohlen 600 Tonnen, insgesamt 102300 Tonnen.

Schwierigkeiten überall

Die Lage der Kaliindustrie hat sich in den letzten Wochen unter dem Einfluß der sprunghaften Steigerung der Materialpreise, Löhne und Frachten recht ungünstig gestaltet. Der Inlandsabsatz ist stark zurückgegangen, der vorliegende Auftragsbestand sehr zusammengeschrumpft, da der Eingang neuer Aufträge fast ganz aufgehört hat. Die Landwirtschaft hält angesichts der starken Preiserhöhungen und der Anforderungen, die an sie durch die neuen Steuerlasten gestellt werden, mit neuen Bestellungen zurück. Das Inlandgeschäft ist infolgedessen ganz ins Stocken geraten, während das Auslandsgeschäft sich noch nicht derart verschlechtert hat, da die deutsche Kaliindustrie zu den heutigen Preisen auf dem Weltmarkt noch konkurrenzfähig ist. Infolge des starken Rückganges des Inlandsabsatzes ist es in der Kaliindustrie bereits vielfach zu Kündigungen von Arbeitern gekommen. Jetzt hat man sämtliche Tarifverträge mit den Arbeitnehmern gekündigt. Wenn die Absatzverhältnisse nicht bald wieder eine Besserung erfahren, werden Betriebseinschränkungen in der Kaliindustrie unvermeidlich, da eine Aufrechterhaltung der Förderung durch Auf-Lager-Nehmen der Erzeugnisse bei den jetzigen finanziellen Schwierigkeiten nicht möglich sein wird.

Schwedischer Eisenmarkt

Die schwedische Erzausfuhr, der Export von Roheisen und Spezialstahl haben infolge der Ruhrbesetzung gelitten. Es sind etwa 17% der Hochöfen und 3 von den 80 bestehenden Martinöfen unter Feuer. Dieser Mangel ist zum Teil auch auf die Generalaussperrung der Walzwerkarbeiter zurückzuführen. Die Aussperrung, die seit dem 29. Januar gedauert hat, führte nach Berliner Meldungen bei einer von der Regierung zustande gebrachten Aussprache der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einer Einigung. Die Arbeit ist am 6. August wieder aufgenommen worden.

Berliner Index-Wirtschaft

Seit geraumer Zeit ist es üblich, die Lebenshaltungskosten und im Zusammenhang damit die Löhne und Gehälter für das ganze Reich nach dem in Berlin allwöchentlich festgesetzten sog. Reichsindex zu berechnen. Welche Bewandtnis es mit diesem Reichsindex hat, darüber belehrt uns die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die in ihrer Nr. 393/94 vom 28. August einen Aufsatz veröffentlicht mit der Überschrift: **„Die falsche Reichsteuerungsziffer.** Der Aufsatz unterzieht die **„Statistisch unmöglichen Berechnungsmethoden** der Reichsteuerungsstatistik einer Kritik und weist auf die Unzulässigkeit der jetzigen **statistischen Mantscherei** hin, die sich **hinter verschlossenen Türen,** wohlbehütet vor der Öffentlichkeit, bei der Errechnung des neuen wöchentlichen sogenannten Reichsteuerungsindex vollzieht. Schließlich gibt er die Mitteilungen eines größeren Industrieverbandes über die kürzlich stattgefundenen Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium wie folgt wieder:

„Als neuer Index wurde den verhandelnden Parteien vom Statistischen Reichsamt 72 Prozent mitgeteilt. Eine genauere Durchsicht der Indexziffern für die der Erhebung zugrundeliegenden Städte ergab indessen nur eine durchschnittliche Steigerung von 54 Prozent. Um über diese merkwürdige Unstimmigkeit Aufschluß zu gewinnen, wurde dann während der Lohnverhandlungen ein maßgebender Vertreter des Statistischen Reichsamts zum Reichsarbeitsministerium gebeten. Nach endloser Beratung mit Herren des Reichsarbeitsministeriums gab er endlich Aufschluß in einem ganz kleinen Kreise. Offenbar hielt er nicht für geraten allen anwesenden Vertretern der beiden Vertragsparteien Rede und Antwort zu stehen. Es stellte sich dann bei diesen Erörterungen heraus, daß die Wochendienstmeldungen der Städte, von denen Resultate vorlagen, tatsächlich nur eine Steigerung von 54 Prozent ergeben hätten, daß das Niveau der 71 Eildienstgemeinden, für welche Teuerungszahlen festgestellt werden, aber höher liege als das Niveau der befragten Städte. Zur Ausgleichung dieser Differenz habe man einen **gefühlsmäßigen Zuschlag** bis auf die Höhe von 72,2 Prozent gemacht. Daß diese Mitteilung auf die Vertragsparteien einen vernichtenden Eindruck machte, braucht nicht weiter betont zu werden."

Bis jetzt hat sich keine amtliche Stelle gerührt, um die Richtigkeit dieser Behauptungen zu bestreiten. Es muß also angenommen werden, daß es sich in der Tat so verhält. Und da müssen wir schon sagen, daß es einen Gipfelpunkt der Gewissenlosigkeit darstellt, den **Reichsindex nach dem Gefühl aufzustellen.** Das ganze Wirtschaftsleben stellt sich auf diesen Index ein und vertraut auf seinen gewissenhaften Ursprung. Und jetzt hört man, welch unverantwortlicher Unfug mit ihm getrieben worden ist und wahrscheinlich noch wird. Das heißt nichts anderes, als die **Auflösung,** in der sich unsere Wirtschaft dank der glänzenden Politik, die in Berlin getrieben wird, befindet, **in ein regelloses Chaos** zu verwandeln.

In diesem Zusammenhang muß es auch auffallen, daß an diesem Donnerstag wohl die Teuerungszahl der Lebenshaltung veröffentlicht worden ist, **nicht** aber wie bisher **die Indexziffer** selbst. Was geht also im Statistischen Reichsamt vor?

Wie wir dem aus eigener Kenntnis beifügen können, ist für die **bayerischen Verhältnisse** der Reichsindex nur teilweise benützt worden, weil wir in Bayern **Indexziffern der bayerischen Großstädte** haben, die bisher großes Vertrauen genossen haben. Das Bayerische Statistische Landesamt in München veröffentlicht von Zeit zu Zeit einen Index der bayerischen Städte. Dieser Index ist durchaus zuverlässig. Ebenso ist der Index, den das Statistische Amt der Stadt **München, aber nicht hinter verschlossenen Türen,** liefert und allwöchentlich veröffentlicht, mit größter Genauigkeit in zahlreichen Geschäften erhoben. Er ist gleichfalls durchaus zuverlässig, so daß viele süddeutsche Firmen die Indizes der Stadt München, Nürnberg usw. dem Reichsindex vorziehen.

Von der unteren Isar

Dem Bayerischen Kanal- und Schiffahrts-Verein hat auf eine Eingabe vom 1. Juni d. J. das Staatsministerium des Innern folgenden Bescheid erteilt:

„Über die Ausnützung der unteren Isar liegen mehrere Studien der Wasserkraftabteilung vor, auch sind bereits von privater Seite Ausnützungsvorschläge gemacht worden, so von dem Ingenieurbureau Hallinger und Geh. Oberbaurat Dr.-Ing. Schmick, sowie hauptsächlich von bodenwirtschaftlichem Standpunkt von Baurat Reischle (der am 5. Juni 1904 auf der Hauptversammlung des Vereins in Landshut darüber berichtete). Diese Vorarbeiten entsprechen in manchen Punkten nicht mehr den heutigen Anforderungen, die eine eingehende Berücksichtigung nicht nur wirtschaftlicher Kraftausnützung, sondern auch der Belange der Bodenkultur und der Schiffahrt verlangen. Die Aufstellung eines Bauentwurfs war seitens der Staatsregierung seit einiger Zeit in Aussicht genommen, mußte jedoch wegen dringlicherer Projekte zunächst zurückgestellt werden. In Würdigung der Eingabe des Kanal- und Schiffahrtsvereins soll nunmehr der Entwurfsaufstellung näher getreten werden. Weisung bezüglich der einleitenden Vorarbeiten ist bereits an die Regierung von Niederbayern ergangen. Die Wasserkraftabteilung, der die Leitung der Entwurfsaufstellung übertragen ist, wird mit dem Bayerischen Kanal- und Schiffahrts-Verein und dem Isarstädte-Verbande jeweils rechtzeitig wegen der bestehenden Wünsche und Anregungen in Fühlung treten."

Wertbeständige Holzanleihe

Die Stadt Baden-Baden wird eine wertbeständige Holzanleihe im Höchstbetrag von 50000 Festmeter Nadelnutzholz, verzinslich zu 6 Proz., in Stücken zu ½, 2 und 5 Festmeter auflegen. Aus der Anleihe sollen Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues, für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und aus dem Erlös der Anleihe eine Schuld von Schweizer Franken abbezahlt werden.

Kapitalbewegung

Nach bisher vorliegenden Nachrichten sind im Monat August an der Berliner Börse 86 Kapitalserhöhungen verzeichnet worden. Davon an Werten mit amtlicher Berliner Börsennotiz 51, an Werten ohne amtlicher Berliner Börsennotiz 86.

Unter ersteren sind: Aktienbrauerei Pornath (40,8 Millionen); Berliner Hypothekenbank A.G. Berlin (50); Buderus Eisenwerke (25); Dresdener Schnellpresse A.G. (33); Hermanna Portlandzementfabrik, Hannover (10); C. P. Goerz, Berlin (20); Habermann Guckes-Liebold A.G., Kiel (40); Held & Francke A.G., Berlin (179); Hillewerke, Dresden (40); Ph. Holzmann A.G., Frankfurt (120); Jubag, Berlin (25); C. W. Kemp Nachfg. Stettin (175); Lübecker Privatbank (100); Mecklenburgische Bank, Schwerin (40); Mecklenburgische Bank und Wechselbank, Schwerin (75); Meißener Ofen- und Porzellanfabrik (17,4); Miag Mühlenbau A.G. (200); Mollwerk A.G., Chemnitz (73); Nationale Automobil A.G. (1107); Ostdeutsche Hefewerke, Tilsit (70); Karl Petereit A.G., Königsberg (80); Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik (20); Poppe u. Wirth A.G., Berlin (5); J. D. Preuß A.G., Königsberg (32); Jos. Rathgeber, Waggonfabrik A.G., München-Moosach (15); Riehm u. Söhne, Berlin (66); Siegen-Solinger Gußstahl Aktienverein (150); Union Baugesellschaft Berlin (45); Vereinigte Berlin-Frankfurter Gummifabrik (12); Vereinigte Elbe-Schiffahrt, Dresden (95), Vereinigte Bothania-Werke, Gotha (48); Westmark A.G., Frankfurt (300); R. Wolf A.G., Magdeburg-Buckau (20).

Unter letzteren befinden sich: Aktienbrauerei Kaufbeuren, Kaufbeuren (13,4); A.G. für Kunstdruck, Niedersedlitz (16); Aktiengesellschaft für Lederfabrik, München (130); Allgemeine Bankverein A.G., Düsseldorf (300); Antenna A.G. für Fernmeldetechnik (230); Bank für Niedersachsen, Hannover (700); Koburger Handelsbank, Koburg (150); Deutsche allgemeine Versicherungsbank, Pößneck i. Thür. (1500); Deutsche Hansabank, A.G., München (162 und 414); Elite-Wagen A.G., Berlin (45); Fränkische Türen- und Möbelfabrik A.G., Hartheim (48); Getreide-Kredit-A.-G. Berlin (2000); Dr. Siegfried Guggenheimer A.G. Nürnberg (25); Hagenberg-Bau-A.-G., München (75); Hamburger Handelsbank A.G., Hamburg (1000); Handels- und Gewerbebank A.G., Frankfurt a. M. (145); Max Hasse u. Co., Berlin (29); Kammgarnspinnerei Gautzsch, Leipzig (17); Leipziger Handels- und Verkehrs-A.-G., Leipzig (294); National-Film-A.-G., Berlin (75); Ostpreußische Holz- und Kistenwerke, Tilsit (61,5); Reichmannsdorfer Goldbergbau, Hannover (200); Schmirgelwerke A.G., Berlin (30); Stettiner Papier- und Pappenfabrik (20); Stock, Motorpflug, Berlin (134); Stuttgarter Straßenbahn-A.-G., Stuttgart (67); Warenkreditbank-A.-G., Berlin (600).

Wirtschaftsrundschau

Schwindel und kein Ende

Berlin. Die Devisenbeschaffungsstelle weist darauf hin, daß ihr in den letzten Tagen verschiedene Fälle zur Kenntnis gekommen sind, in denen Banken zahlreiche Einzelposten von Reichsmarkbeträgen bis zum Gegenwert von 10 Pfund Sterling gleichzeitig an einem Tage zugunsten der gleichen Auslandsadresse zur Versendung gebracht haben. Hiermit ist unzweideutig unter Ausnutzung der formalen Freigrenze für Kleinüberweisungen eine Umgehung des Markkaufsverbotes beabsichtigt und verwirklicht. Die Devisenbeschaffungsstelle wird derartige ihr zur Kenntnis kommende Umgehungsversuche unnachsichtlich zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen.

Die Notverordnung

Berlin. Amtlich wird verlautbart: Bis zum Erlaß der Durchführungsbestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände können ausländische Zahlungsmittel (nicht Wertpapiere), die den allgemeinen Ankaufsbedingungen der Reichsbank entsprechen, unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß die Ablieferung auf Grund der genannten Notverordnung erfolgt, schon jetzt bei sämtlichen Reichsbankstellen, in Berlin bei der Devisenabteilung der Reichshauptbank, Jägerstraße 34 bis 36, unter Wahrung aller Rechte und Fristen gegen vorläufige Empfangsbescheinigung abgeliefert werden. Die vorläufige Empfangsbescheinigung ist nach näherer Anordnung der Durchführungsbestimmungen gegen endgültige Quittung auszutauschen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die in der Notverordnung in Aussicht gestellte Straffreiheit sich nicht auf den Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln erstreckt, der nach dem 26. August 1923 stattgefunden hat.

Arbeitsmarkt in Bayern

München. Die erst jetzt zur Veröffentlichung kommenden Zusammenstellungen des Bayerischen Statistischen Landesamts über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Bayern im Monat Juli lassen erkennen, daß das Wirtschaftsleben im Juli wie im übrigen Reiche so auch in Bayern unter dem Zeichen des vollkommenen Verfalls der deutschen Währung stand. Der Export erfuhr durch die Markentwertung nur teilweise eine geringe Belebung. Der männliche Arbeitsmarkt hatte im Juli eine kleine Besserung zu verzeichnen. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt war die Lage wieder besser, als auf dem männlichen.

Londoner Goldpreis

Berlin. Die Devisenbeschaffungsstelle gibt über den Londoner Goldpreis gemäß § 2 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 29. August bekannt: Der Londoner Goldpreis beträgt für eine Unze Feingold 90 sh 8 d, für ein Gramm Feingold demnach 34,98 Pence.

Goldzollaufgeld

Berlin. Für die Zeit vom 1. bis einschließlich 7. September beträgt das Goldzollaufgeld 129019900 Prozent.

Preisbewegung

Berlin. Mit Wirkung vom 3. September ab werden gemäß Beschluß des Reichskabinetts die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle für das von ihr an die Kommunalverbände zur Markenbrotversorgung gelieferte Getreide für die Tonne um 40 Millionen Mark im Durchschnitt erhöht.

Berlin. Der Verband der Verleihanstalten von Wagendecken setzte die Schlüsselzahl mit Wirkung vom 30. August auf 400000 fest.

Berlin. Die „B. Z." meldet: Der Preis für ein Schock Eier ist von gestern zu heute um fast zwei Millionen gestiegen. Ein Ei kostete heute im Kleinhandel 165000 bis 175000 M., womit der Friedenspreis für ein Ei weit überschritten ist. Margarine kostete im Großhandel bis eine Million für das Pfund, Schmalz im Kleinhandel etwa 1,4 Millionen. Der Preis für Molkereibutter betrug bis etwa 2,3 Millionen M.

Berlin. Elektrolytkupfernotiz: 2403600 M.

Berlin. Die vom Reichsverband für Damen-, Mädchen-Kleidung mit dem Verband der Fabrikanten von Blusen, Kostümen und verwandten Artikeln vereinbarte Wertmeßziffer ist, wie die „Deutsche Konfektion" mitteilt, ab 30. August auf 115000 erhöht. Im Verkehr des Einzelhandels mit den Verbrauchern gültige Wertmeßziffer beträgt ab 30. August 62000.

Berlin. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist die Teuerung der Lebenshaltung vom 20.—27. August um 57 Prozent gestiegen. Die Reichsindexziffer (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt demnach für den Anfang der laufenden Woche 1183434 gegen 753733 in der Vorwoche; die Steigerung ist auf Grund einer Preisnachweisung von 24 Städten errechnet worden. Für die vorige Woche hatte sich infolge des Anschlusses an den nur 14-tägig vorliegenden Index für den erweiterten Kreis von 71 Gemeinden ein anderer Teuerungssatz (72,5 Proz.) ergeben, als der aus den einfachen Mitteln im Wochenbericht der Städte errechnete (54 Proz.). Diesmal kommt eine solche Angleichung nicht in Frage, da die neue Teuerungszahl aus den 71 Gemeinden nicht vorliegt. — Sonstige Pressemeldungen über die letzte amtliche Indexziffer sind unrichtig.

*

Der Börsenverein deutscher Buchhändler setzte seine Schlüsselzahl mit Wirkung vom 29. 8. auf 1200000 fest.

Der Hacken-Verband, G. m. b. H. zu Hagen i. W., rechnet mit Wirkung vom 23. Aug. mit einem Grundpreise von einer Goldmark das Kilo für gewöhnliche schwarze Hacken. Die übrigen Preise sind entsprechend geändert, während die Berechnungs- und Zahlungsbedingungen bestehen geblieben sind.

Der Hämmer-Verband zu Hagen i. W. berechnet auf die Grundpreise seiner Liste I 3/20 in Goldmark ab 23. August einen Rabatt von 63 Proz. Die Berechnungs- und Zahlungsbedingungen sind bestehen geblieben.

Der Verband der deutschen Metallwarenindustrie, e. V., Berlin, gibt bekannt, daß der Vorstand und der Hauptausschuß angesichts der dauernden Markentwertung den Übergang zur wertbeständigen Preisstellung für dringend notwendig halten und infolgedessen den Verbandsmitgliedern und Fachgruppen die wertbeständige Berechnung über eine Edelvaluta, möglichst über den amerikanischen Dollar empfehlen.

Mit Rücksicht auf die Ungewißheit über die weitere Gestaltung der Kohlenpreise in den nächsten Tagen, der Frachten, Löhne usw. beschloß die Sechserkommission des Reichskalirates, die endgültige Entscheidung über das Ausmaß der vorzunehmenden Kalipreiserhöhung bis zur Klärung der Lage zu vertagen, um eine zweimalige Festsetzung der Kalipreise innerhalb weniger Tage zu vermeiden.

Mit Wirkung vom 1. September 1923 werden erhöht die Steuersätze des § 3 Abs. 1 des Biersteuergesetzes vom 9. Juli 1923/11. August 1923 in Verbindung mit der Verordnung vom 9. August 1923: von 170800 Mark auf 478200 M., von 175000 auf 490000, von 179200 auf 501800, von 183300 auf 513200, von 191700 auf 536800, von 200000 auf 560000, von 208300 auf 583200 Mark; der Steuersatz des § 4 des Biersteuergesetzes vom 9. Juli/11. August 1923 in Verbindung mit der in Nr. 1 genannten Verordnung für Einfuhrbier von 208300 Mark auf 383200 Mark.

Warenmarkt

München, 30. August. Der Fleischmarkt am Donnerstag war mit 394 Rinderviertel Frischfleisch und mit 13 Rinderviertel argentinischem Gefrierfleisch nur sehr mäßig beschickt. Frischfleisch war wieder in allen Qualitäten vorhanden, während das Gefrierfleisch nur aus Ausstichware bestand. Trotz neuerlicher Preissteigerung war die Kauflust der Metzger etwas besser als an den vorausgegangenen Markttagen, so daß der Gefrierfleischvorrat schnell und restlos, daß der Frischfleischvorrat bis auf einige wenige Stücke leichter Qualität geräumt werden konnte. Die Frischfleischpreise bewegten sich zwischen 700000 bis 1400000 Mark das Pfund. Vom Gefrierfleisch kosteten die vorderen Viertel 850000, die hinteren Viertel 880000 Mark das Pfund.

München. (Münchener Produktenbericht vom Mittwoch, 29. August.) Weiterhin fest. Im Handel wurden in Waggonladungen folgende Großhandels-Einkaufspreise pro Zentner in Millionen festgestellt: Roggen 9—9,5, Weizen 12—12,75, Gerste alt 8,5—9,5, Hafer alt 7,75—8,75, Kleie ohne Sack 4,5—5; Rauhfutter: Heu gut, gesund, trocken 1,2—1,4, Heu gesund, trocken 1—1,2, Stroh gebündelt 0,8—0,9. Die Erzeugerpreise müssen gegenüber obigen Preisen niedriger sein. Multiplikator 1527619. Von den Mühlen wurden nachstehende Mehlpreise pro 100 Kilogramm in Millionen übermittelt: Weizenmehl 70proz. 53, Roggenmehl 80proz. 36,6, Weizenbrotmehl Nr. 4 27,8, Weizenfuttermehl Nr. 6 13,6. Sämtliche Preise für bayerische Mehle gelten nur als Richtpreise. Außerbayerische Mehle ohne festes Angebot.

Berlin, 30. August. Am Produktenmarkte gingen die Preise auf die Steigerung am Devisenmarkt sprunghaft in die Höhe. Das inländische Angebot beobachtete große Zurückhaltung. Die Forderungen wurden so erhöht, daß die Käufer zurückgeschreckt wurden. Die Umsätze hielten sich daher in engen Grenzen. Für Weizen zeigten die Mühlen sich kauflustig im Zusammenhang mit der andauernden Nachfrage nach Mehl. Die unklare Situation hielt sie jedoch vor größeren Geschäften zurück. Roggen war ziemlich ruhig. Gerste stellte sich bei geringem Angebot sehr erheblich höher. Hafer zum Versand war gefragt. Mais wurde beträchtlich höher gehalten. Ölsaaten und Mehl stellten sich beträchtlich höher. Der Preisstand für Futtermehl erhöhte sich gleichfalls beträchtlich.

Berlin, 30. August. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen, Märkischer 18000, Schlesischer 17500; Roggen, Märkischer 14—14500, Schlesischer 13000; Gerste, Sommergerste, Märkische, alte 15—16000; Hafer, Märkischer 13500 bis 15000, Schlesische 14000; Weizenmehl 55—63000; Roggenmehl 38—45000; Weizenkleie 8—8500; Roggenkleie 8—8500; Raps 15000; Rapskuchen 10—10500; Trockenschnitzel 5500—6000; Zuckerschnitzel 10000; Torfmelasse 4500—5000.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 250—325; Haferstroh 240—280; Gebündeltes Roggenlangstroh 270—290; Heu, gutes 360 bis 400; Heu, handelsüblich 280—320.

Berline[illegible] [illegible]etalle

Berlin, den 30. August 1923

Raffinadekupfer	3200—3300
Originalhüttenblei	1400—1450
Hüttenrohzink im freien Verkehr	1800—1850
Originalhüttenrohzink	— —
Plattenzink	1350—1400
Originalhüttenaluminium	— —
Hüttenaluminium in Walzen	— —
Bankazinn	10000—10300
Straitszinn	10000—10300
Australzinn	[illegible]—1030
Hüttenzinn	[illegible]—9800
Reinnickel	6000—6200
Antimon	1300—1400
Silber	220 225
Elektrolytkupfer	3458900

Die Ziffern gelten als Tausender

Kurse

Berlin, 30. August. Fortgesetzter dringender Kaufbegehr, hauptsächlich aus dem besetzten Gebiet, führte am Devisenmarkt bei Mangel fast jeglichen Angebots zu einer Fortsetzung der scharfen Aufwärtsbewegung. Die Markentwertung im Ausland unterstützte diese Entwicklung. Der Dollar setzte bereits in den Vormittagsstunden mit über 10 Millionen ein und wurde gegen Mittag mit 11 Millionen genannt. Die amtliche Repartierung brachte keine Ermäßigung. Der Dollar wurde mit etwa 11 Millionen notiert, das englische Pfund mit 50 Millionen.

Der Dollar

10972500 G 11027500 B

Zürich, 30. Aug. (Devisenk., ohne Gew.) Holland 217,—, Berlin —,00006, Wien —,00078, 23,82½, Brüssel 25,50, Budapest 0—03⅛, Neu… Prag 16,334, Paris 31,25, London 25,20, Italien …york 554,—, Warschau —,00023, Agram 5,87½, Kopenhagen 103,25, Stockholm 148,—, Christiania 91,75, Madrid 74,75, Buenos Aires 177,50, Sofia 5,20.

Berlin, den 30. August 1923. Divisen-Kurse.

	30. 8. Geld	30. 8. Brief	29. 8. vor. Geldk.
Amstd.-Rd. 1 Fl.	4309200,—	4330800,—	2932650,—
Buen. Air. 1 Pes.	3551100,—	3580900,—	2403975,—
Christiania 1 Kr.	1795900,—	1804100,—	1216950,—
Kopenhagen 1 Kr.	2044875,—	2055125,—	1396500,—
Stockholm 1 Kr.	2952600,—	2967450,—	1995000,—
Helsingf. 1 f. M.	307230,—	308770,—	209475,—
Italien 1 Lira	478800,—	481200,—	323190,—
London 1 Pfd. St.	49875000,—	50125000,-	33915000,-
New York 1 Dollar	10972500,—	11027500,-	7481250,—
Schweiz 1 Frcs.	1975050,—	1984950,—	1356600,—
Spanien 1 Pes.	1476300,—	1483700,—	1007475,—
Japan 1 Yen	5366500,—	5393450,—	3640875,—
Rio 1 Milreis	1039395,—	1044605,—	682240,—
Wien 100 Kr.	15561,—	15639,—	10573,—
Prag 1 Kr.	323190,—	324810,—	219450,20
Agram 1 Dinar	—	—	—
Budapest 1 Kr.	615,95	619,05	418,95,—
Sofia 1 Leva	103740,—	104260,—	77805,—

Berlin, den 30. August 1923. Noten.

	30. 8. Geld	30. 8. Brief	29. 8. vor. Geldk.
Amerikan. Noten	10972500,-	11027500,	7481250,—
Englische	49875000,-	50125000,-	33915000,-
Italienische	478800,	481200,—	323190,—
Rumänische	47880,—	48120,—	33415,—
Schweizer	1975050,—	1984950,—	1356600,—
Türkische	—	—	—
Tschechische	323190,—	324810,—	219450,—
Kleine Tschechen	323190,—	324810,—	219450,—
Österreich. abgest.	15561,—	15639,—	10573,—
neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	4100,—	4300,—	—
Holländische	4309200,—	4330800,—	2932650,—
Ungarische	319,20	320,80	238,40

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Nagl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Jos. Huber. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Münchener Theater

National-Theater
Freitag, 31. Aug., abends 7 Uhr: Hamlet.
Samstag, 1. Sept.: Geschl.

Residenz-Theater
Freitag, 31. Aug., abends 6 Uhr: Ariadne auf Naxos.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Jan, der Wunderbare.

Prinzregenten-Theater
Freitag, 31. Aug.: Geschl.
Samstag, 1. Sept., nachm. 4 Uhr: Siegfried.

Münchner Künstler-Theater
Freitag, 31. Aug.: Geschl.
Samstag, 1. Sept., abends 7 Uhr: Maß für Maß.

Theater am Gärtnerplatz
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Die Bajadere.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Offenbach.

Schauspielhaus
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Kapitän Braßbounds Bekehrung.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Liebelei.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Madame Pompadour.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Madame Pompadour.

Volks-Theater
Freitag, 31. Aug., abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Samstag, 1. Sept., abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.

Münchner Theater (Blumensäle)
Freitag, 31. Aug., abends 8 Uhr: Die beiden Reichenmüller.
Samstag, 1. Sept., abends 8 Uhr: Der verfluchte Hof.

Wien-München
Hotel Wagner
Sonnenstr. 23
Telephon 53484
Direktion
Max Pfahler.
Täglich abends 8 Uhr
Gastspiel
Kurt Graf
und das übrige
große
September-Programm
Ab 10½ Uhr
Bar Wien-München

Detektiv
ax Mair, München
Kaufingerstr. 14, Tel. 24391.
Altes Büro für Forschung, Ermittlung, Beobachtung, Beweise. Auskünfte jed. Art.

Kostüme, Anzüge, Mäntel
fertige bei gutem Sitz.
Ändern, Umarbeiten
zu mäßigen Preisen.
G. Lasal
Schellingstraße 38/III Rckg.

Völkische Gaststätte „Deutsches Haus"
Hakenkreuz-Klause
Nürnberg Tetzelgasse 7
Treffpunkt aller Völkischen
Warme u. kalte Küche. Pg. Paul Strebel.

DIE FABRIKATE DER ÖSTERR. TABAKREGIE
SIND IN GANZ DEUTSCHLAND IN ALLEN BESSEREN CIGARRENGESCHÄFTEN ERHÄLTLICH.

Adolf Viktor von Koerber:
Der Feind im Land
Spiegelbilder aus deutscher Not und Schmach
Grundpreis
gebunden M. 4,—
geheftet . M. 2,80
Deutschvölkische Buchhandlung
München Postscheckkonto München 11346 Thierschstr. 15

Goldina-Kakao-Stube
neben den Dachauern Platzl 1 gegenüber dem Hofbräuhause
Kakao, Kaffee, Tee, Eis, Limonade, Gebäck usw.
Bürgerlich gediegener, angenehmer Aufenthalt!
Fernruf Nr. 23029

Peterhof-Spiele
Marienplatz
Inh.: Hans Schwojer
Direktion:
August Junker
Täglich Vorstellung
Sonn- u. Feiertags 4 und 8 Uhr
und vorm. 10 Uhr
Alt-Münchner Frühschoppen-Konzert
Hackerbr.-Märzenbier

Jedermann freut sich
wenn er seine getragenen Schuhe, Stiefel, Herren- und Militär-Kleider gut verkaufen kann—wo?
bei Melnsin, Schuhmachermeister
München, Westenrieder Str. 4

Suche dringend
Eisen pro Kilo M. 25000,- sowie sämtlich. Altmetalle, Zeitungen, Lumpen, Stampf usw.
Rohproduktenhandlung
Georg Rauscher · München
Westendstr. 98 / Tel. 60728 / Freie Abholung

Möbeltransporte
per Bahn oder Auto-Möbelwagen, hier und auswärts, unter meiner Leitung
Georg Huber, München, Bayerstraße 73
Telephon 55051
Schöne Einlagerungsräume

Aus Judenknechtschaft
zur Freiheit empor. Rett. o. Unterg. d. deutsch. Volkes.
Der Zusammenbruch. Rasse und Volk.
Politik d. Staatszerstör. Künftige Rassenpolitik
Unsere rassische Grundlage. Wesen u. Artung. Rassenverschlachterung durch Juda. Flugblatt
Alle 5 Schriften von Rich. Ungewitter gegen Voreins. von 600000 M. Ortsgrupp. erhalt. Rabatt.
R. Ungewitter, Berl., Stuttgart, Postscheck 12224

ANTON RALL
Edelmetall-Schmelze
Kaufingerstraße 35/I
VERKAUF
von Feinmetallen für zahntechn. Zwecke
ANKAUF
von Platin, Gold und Silber
Verkäufe an mich sind luxussteuerfrei

Teleph.
72590 u. 73278
FRANZ EGLE
Flaschengroßhandlung
München, Heindlstraße Nr. 53–54
Ballestelle Barras
Größt. Spezialgesch. Bayerns

Stellenmarkt
Älteres rüstiges Ehepaar, Parteigenossen, Kleinrentner, Frau tüchtige Wirtschafterin,
suchen Tätigkeit als
Verwalter eines Gutes oder größeren Besitzes
gegen Verpflegung und Wohnung.
Nähere Angaben erbitten A. Kratzert, Bad Reichenhall-Kirchberg, Villa Tannenburg.

Günstige Kapitalsanlage
bei hoher monatlicher Gewinnauszahlung (bisher durchschnittlich 40 Prozent pro Monat) bietet
Hansen & Co., Komm.-Ges.
Zweigniederlassung:
München, Bayerstr. 5/II Telephon 55024
Geschäftsstunden 9–5 Uhr.

Stenotypistin
perfekt in Stenographie
sucht sofort Stellung
Off. erb. u. A. C. W. Hauptpostlagernd

ANZEIGEN im „Völkischen Beobachter" haben stets Erfolg